Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse – So geht's

Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse

– So geht's

Irina Bohn
unter Mitarbeit von Monika Bradna

Band 216
Schriftenreihe des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Verlag W. Kohlhammer

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bohn, Irina:

Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse – So geht´s / Irina Bohn unter Mitarbeit von Monika Bradna. [Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] – Stuttgart : Kohlhammer 2002

(Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bd. 216)
ISBN 3-17-017617-X

In der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden Forschungsergebnisse, Untersuchungen, Umfragen usw. als Diskussionsgrundlage veröffentlicht. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt der jeweiligen Autorin bzw. dem jeweiligen Autor.

Alle Rechte vorbehalten. Auch fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie/Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
10118 Berlin

Titelgestaltung: 4 D Design Agentur, 51427 Bergisch-Gladbach

Gesamtherstellung: DCM • Druckcenter Meckenheim, 53340 Meckenheim

Verlag: W. Kohlhammer GmbH
2002

Verlagsort: Stuttgart
Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei holzfrei weiß Offset

Vorwort

Die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen, ist ein alle Arbeits- und Lebensbereiche durchziehendes Thema und eine Aufgabe, die sich entsprechend der rechtlichen Verankerung auf verschiedenen Ebenen inzwischen in Deutschland und allen anderen Ländern der EU im Prozess der Umsetzung befindet.

Gender Mainstreaming ist Leitprinzip in Politik und Verwaltung und damit Querschnittsaufgabe für alle Organisationen und Personen, die an der Gestaltung politisch-administrativer Konzepte und Maßnahmen beteiligt sind.

Mit der Verpflichtung zu einer Politik und Praxis des Gender Mainstreaming haben Politik und Verwaltung die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen bei allen Vorhaben zu berücksichtigen.

Das erfordert einen systematisch angelegten Sensibilisierungs- und (Um-) Orientierungsprozess sowohl der beteiligten Institutionen als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Auch die Kinder- und Jugendhilfe steht vor diesem Prozess und muss die bisher angewandten Strategien und bestehenden Strukturen ihrer Arbeits- und Entscheidungspraxis unter dem Blickwinkel von Gender Mainstreaming beleuchten, ggf. neu ordnen und den Erfordernissen gemäß verändern.

Ich halte es für besonders wichtig, dass der Gender Mainstreaming-Ansatz in allen jugendpolitischen Programmen und Handlungsfeldern umgesetzt wird, weil dort Bewusstsein und gesellschaftliches Handeln geprägt werden.

Erstmalig wurde Gender Mainstreaming mit den zum 01. Januar 2000 in Kraft getretenen Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) als Leitprinzip für alle Kinder und Jugendliche betreffenden Programme eingeführt.

Diese Richtlinien sehen den Gleichstellungsauftrag sowohl als eigenständigen Ansatz als auch als Strategie im Sinne einer Querschnittsaufgabe vor.

Die spezifischen Belange von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern, die unterschiedlichen Auswirkungen einer Maßnahme auf die Geschlechter sowie die Förderung von Mädchen und jungen Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben im Jugendbereich müssen nun bei allen Maßnahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes als Thema und Aufgabe von besonderer Bedeutung berücksichtigt werden.

Damit steht die Kinder- und Jugendhilfeplanung vor der Aufgabe, Gender Mainstreaming in ihrem Handlungsfeld zu verankern und zu etablieren.

Kinder- und Jugendhilfeplanung kann und soll die objektiven und unterschiedlichen Bedingungen des Aufwachsens von Mädchen und Jungen sichtbar machen und analysieren; sie kann daraus am Bedarf orientierte Konzepte für Gender Mainstreaming in der Jugendhilfeplanung entwickeln und implementieren. Die Kinder- und Jugendhilfe steht damit vor einem erforderlichen Paradigmen- und Strukturwandel.

Der vorliegende Bericht „Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse – So geht`s“ zeigt auf, welche zentrale Bedeutung dabei eine mädchenbewusste Kinder- und Jugendhilfeplanung haben kann und welche Voraussetzungen für ihre Implementierung erforderlich sind.

Die mädchenbewusste Kinder- und Jugendhilfeplanung sollte dabei so in das Gesamtsetting von Jugendhilfestrukturen integriert werden, dass mädchenpolitische Interessen stärkere Durchsetzungskraft finden.

Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung arbeitet bereits seit Mitte der 90er Jahre mit Standards, die sich mit den Prinzipien des Gender Mainstreaming-Ansatzes weitgehend decken: integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung ist eine Querschnittsaufgabe, sie berücksichtigt alle Planungselemente und setzt diese um, sie ist – unabhängig vom Geschlecht – Aufgabe aller an der Planung beteiligten Fachkräfte und ein Prozess des Dialogs, sie arbeitet vernetzt ressortübergreifend und ist systematischer Bestandteil der regulären Planungsabläufe. Insofern kann die mädchenbewusste Kinder- und Jugendhilfeplanung auch ein Orientierungsrahmen für die Implementierung von Gender Mainstreaming Konzepten sein.

Der Gender Mainstreaming-Ansatz wird gerade dort wirksam, wo bisher Mädchenarbeit mit ihrer ausschließlichen Fokussierung auf Mädchen strukturell, konzeptionell und inhaltlich eingeschränkt war.

Diese geschlechterdifferenzierte, mädchenbewusste Kinder- und Jugendhilfeplanung wurde in Erfurt, Jena, Nürnberg und den Landkreisen Bergstraße und Nordhausen mit Erfolg erprobt.

Ich wünsche mir, dass diese Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu einer neuen geschlechterdifferenzierten Sichtweise in der Jugendhilfeplanung beiträgt.

Christine Bergmann

Dr. Christine Bergmann
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Begleitwort

Im Jahr 1996 veröffentlichte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den vom ISS-Frankfurt a.M. erarbeiteten Reader „Von der mädchengerechten zur integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“. Mit diesem Reader wurde erstmalig der Versuch unternommen, Jugendhilfeplanung so zu denken und zu strukturieren, dass die Interessen von Mädchen und jungen Frauen integraler Bestandteil der fachlichen Prozesse sein können. Als Institut, das einen deutlichen Arbeitsschwerpunkt in der Jugendhilfeplanung hat, leitete uns damals die Überzeugung, dass die Mädchenarbeit sich zukünftig nur in einer fachlichen Austauschbeziehung zum regulären Jugendhilfesystem und als Querschnittsaufgabe würde fortentwickeln und stabilisieren können. Im Instrument der Jugendhilfeplanung sahen wir – und sehen wir auch heute noch – den Rahmen, in dem diese wichtigen Prozesse vollzogen werden können und müssen.

Das Projekt stand unter zwei zentralen Zielsetzungen, und zwar

1. geeignete methodische Verfahren zur Erhebung der Lebenslage von Mädchen und jungen Frauen und ihrer geschlechtsspezifischen Problemlagen, zur Erkennung der Defizite des Hilfesystems und zur Entwicklung von notwendigen Maßnahmen und

2. einer geeigneten Organisation kommunikativer Verfahrenswege, die es ermöglichen, mädchenbewusste Jugendhilfeplanung in das Gesamtsetting von Jugendhilfestrukturen zu integrieren und damit auch die Durchsetzungskraft mädchenpolitischer Interessen zu stärken.

Diese Zielsetzungen sind in ein Gesamtablaufmodell integriert, das im Abschnitt 3 dargestellt wird und in das die einzelnen Verfahrensschritte integriert wurden, um Aussagen zu praktikablen Erhebungsverfahren weiblicher Lebenswelten, zu integrierbaren Konzepten mädchenbewusster Planungsinstrumente und zu Bestanderhebungsverfahren zu machen. Im Abschnitt 4 werden exemplarisch die Ergebnisse des instrumentellen Vorgehens verdeutlicht. Erkenntnisse und Erfahrungen aus der praktischen Anwendung insbesondere zu Professionalisierungswegen und Transferprozessen werden im Abschnitt 5 dargelegt. Im Abschnitt 6 werden weiterführende Erkenntnisse aus dem Modellprojekt abgebildet, an denen sich die Grenzen von Jugendhilfeplanung verdeutlichen.

In Abschnitt 7 schließlich werden unter Heranziehung der neueren Diskussion zum Gender Mainstreaming-Modelle zur Überwindung dieser Schnittstellen entwickelt. Mit dem vorliegenden Bericht „Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse – So geht´s“ wollen wir dazu ermuntern, die Potentiale beider Ansätze zu erkennen und zu nutzen. Im Verlauf des Projektes haben wir mindestens zwei relevante Schnittstellen erkannt, die für eine Verknüpfung sprechen. Wir erhoffen uns nunmehr erneut „eine kräftige Wiederbelebung der Diskussion um mädchenbewusste Ansätze in der Jugendhilfe unter dem Vorzeichen einer veränderten gesellschaftlichen Position von Mädchen und jungen Frauen“.

Die Integration der Ausgangsfragestellungen und Zielsetzungen mit dem Ansatz des „Gender Mainstreaming“ ist wesentliches Element des Empfehlungsteils im Abschnitt 7 im Sinne einer Weiterentwicklung mädchen- bzw. geschlechtsspezifischer Jugendhilfeplanungen. Wir zeichnen ein Bild davon, auf welche praktische Weise sich die Ansätze der Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung und des Gender Mainstreaming miteinander verschränken lassen, um neue Potentiale zu erschließen.

Im Anhang schließlich ist eine Vielzahl exemplarischer Instrumente für unterschiedliche Planungsschritte enthalten.

Unser Fazit ist ermunternd: Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming-Prozesse können einander in vernünftiger Weise ergänzen. Als Ergebnis solchermaßen kombinierter Verfahren könnte eine bedarfsorientierte Gleichstellungspolitik in der Jugendhilfe stehen. Dies wäre ein deutlicher Schritt nach vorne für die Mädchenarbeit und die Jugendhilfe insgesamt!

Georg Weigel
Direktor

Irina Bohn
Projektleiterin

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgangslage und Zielsetzungen des Modellprojektes .. 15

2 Umsetzung des Modellprojektes 17

3 Das Konzept der Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung
(Irina Bohn) 19

3.1 Erkundungsphase: Was ist gleichstellungspolitisch in der Jugendhilfe vor Ort von Bedeutung? 20

3.2 Organisation und Kooperation: Wer arbeitet wie zusammen? 24

3.3 Erhebungsphase: Was wollen Zielgruppen und Institutionen? 27

3.4 Analysephase: Was ist der fachlich ersichtliche Bedarf? 33

3.5 Transferphase: Wie wird aus fachlichen Bedarfen Handeln? 36

4 Übergänge zwischen Schule/Ausbildung/Beruf
(Irina Bohn/Monika Bradna) 40

4.1 Zentrale Erkenntnisse aus den Erkundungen zu den Zielgruppen junger Frauen im Übergang zwischen Schule/Ausbildung/Beruf 41

4.1.1 Daten zur Ausbildungssituation von Mädchen und jungen Frauen 41

4.1.2 Ergebnisse der Schülerinnenbefragung Erfurt 42

4.1.3 Ergebnisse der SchülerInnenbefragung in Nordhausen..... 44

4.1.4 Daten zur Situation von Mädchen auf dem Arbeitsmarkt 47

4.2 Zentrale Erkenntnisse aus den Bestandserkundungen..... 55

4.2.1 Hilfen für junge allein erziehende Mütter 55

4.2.2 Beratungssituation von HauptschülerInnen am Übergang von der Schule in Ausbildung 57

5 Erkenntnisse aus der Praxis der Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung (Irina Bohn/Monika Bradna) ... 63

5.1 Inhaltliche Ausrichtung der Planung ... 63

5.2 Organisatorische Verankerung ... 65

5.3 Instrumentelles Vorgehen ... 67

5.4 Qualifizierung ... 68

5.5 Politische Verankerung ... 71

6 Weiterführende Erkenntnisse aus dem Modellprojekt (Irina Bohn) ... 75

7 Exkurs: Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe (Irina Bohn) ... 79

8 Zur Verknüpfung von Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming (Irina Bohn) ... 84

8.1 Gemeinsamkeiten zwischen den Ansätzen „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ und „Gender Mainstreaming“ ... 84

8.2 Modell der Verknüpfung zwischen „Integrierter Mädchenbewusster Jugendhilfeplanung“ und „Gender Mainstreaming“ ... 91

9 Ausblick und Empfehlungen ... 96

10 Literaturangaben ... 100

11 Anhang ... 103

11.1 Exemplarische Erhebungsinstrumente ... 103

11.1.1 Fragebogen zur Lebens- und Freizeitsituation von Schülerinnen und Schülern der Abgangsklassen (Nordhausen) ... 103

11.1.2 Fragebogen für die Einrichtungen am Übergang in die Arbeitswelt (Bergstraße) ... 115

11.1.3 Leitfaden für die Befragung junger allein erziehender Mütter im Landkreis Nordhausen 125

11.1.4 Leitfaden für Schlüsselpresonen in der Schule/Schulsozialarbeit (Aussiedlerinnen in Jena) 128

11.1.5 Auswertungskriterien für Interviews mit Schlüsselpersonen . 131

11.2 Qualifizierungen 132

11.2.1 Konzeption zum Workshop 132

11.2.2 Ergebnisse des Workshops „Erarbeitung von Leitlinien zur mädchenbewussten Spielraumplanung in Nürnberg am 11./12.10.1999 135

1 Ausgangslage und Zielsetzungen des Modellprojektes

Das Modellprogramm „Mädchen in der Jugendhilfe“, das wurde bis Ende 2001 in seiner zweiten Laufzeit realisiert, ist der Kontext, in dem das Modellprojekt „Integrierte mädchenspezifische Jugendhilfeplanung“ umgesetzt wurde. Während in der ersten Programmphase (1991 bis 1995) die Zielsetzungen und die zur Anwendung kommenden fachlichen Standards der einzelnen Projekte offen angelegt waren, um eine experimentelle Weiterentwicklung der Mädchenarbeit zu befördern, zeichnete sich die weitere Umsetzung durch eine stärkere Fokussierung der programmatischen Intentionen aus. Die Ausschreibung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 19.04.1997 wies als zentrale Zielsetzungen des Programms aus:

- die Entwicklung eines gleichberechtigten Miteinanders der Geschlechter und den Abbau der strukturellen Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen im Rahmen der Jugendhilfe;
- die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur Lösung von Problemlagen spezifischer Zielgruppen oder von speziellen Problemlagen;
- den Transfer von Erfahrungen und Wissen aus der bisherigen Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in die Jugendhilfe.

Hintergrund dieser differenzierten Zielsetzungen war die Initiierung von innovativen Handlungsansätzen, die einen Paradigmen- bzw. Strukturwandel befördern sollten: Statt Mädchenarbeit außerhalb der regulären Strukturen der Jugendhilfe zu denken und umzusetzen sollten Wege beschritten und erprobt werden, die über die Partizipation und eine aktive Beteiligung der Mädchenarbeit am Gesamtsetting, ihre Integration – und damit auch Verankerung – in die Strukturen der Jugendhilfe befördern.

An diesem Anspruch auf eine strukturelle Gesamtentwicklung des Jugendhilfesystems unter mädchenspezifischen Gesichtspunkten setzte das Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ an. Ausgehend von der im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankerten Verpflichtung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe, dafür Sorge zu tragen, dass die „erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen (...) rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen“ (§ 80 KJHG) suchte das Projekt nach machbaren Wegen zur Umsetzung der planerischen Verpflichtungen unter den Zielvorgaben des § 9 Abs. 3 KJHG. Jugendhilfeplanung wurde hierbei nicht nur als

Strukturierungsinstrument der Jugendhilfe – und damit der Verortung von Mädchenarbeit innerhalb dieses Systems – verstanden, sondern insbesondere auch als Prozess der Qualifizierung ihrer Leistungsfelder. Damit ist explizit auch die Qualifizierung der Handlungsansätze der Jugendhilfe durch eine geschlechterdifferenzierte Perspektive gemeint. Mädchenarbeit ist eine Querschnittsaufgabe der Jugendhilfe und keine „Zusatzaufgabe", die Einführung ihres fachlichen Know-Hows in alle Leistungsfelder ist mit der Erwartung eines generellen Qualifizierungsschubs verbunden.

Der **Auftrag** des Modellprojektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung" lag in der Erprobung

⇒ *geeigneter methodischer Verfahren* zur Erhebung der Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen und ihrer geschlechtsspezifischen Problemlagen, zur Erkennung der Defizite des Hilfesystems und zur Entwicklung von notwendigen Maßnahmen und

⇒ *einer geeigneten Organisation kommunikativer Verfahrenswege*, die es ermöglichen, mädchenbewusste Jugendhilfeplanung in das Gesamtsetting von Jugendhilfestrukturen zu integrieren und damit auch die Durchsetzungskraft mädchenpolitischer Interessen zu stärken.

Fünf Teilziele waren hierbei insbesondere zu verfolgen:

1. Es waren praktikable Erhebungsverfahren zur Erhebung weiblicher Lebenswelten zu erproben, die insbesondere zielgruppenspezifische Differenzierungen ermöglichen sollten;
2. Es waren Verfahren zu erproben, die den Bestand an Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe auf ihre angemessene Ausrichtung auf die vor Ort vorfindbaren Belange prüfbar machen;
3. Es waren integrierte Organisationsformen zu gestalten, die einerseits zu einer ausreichenden Berücksichtigung mädchenspezifischer Interessen beitragen und andererseits alle Kooperationspartner in einer Kommune zusammenarbeiten lassen;
4. Es waren Professionalisierungsprozesse in Hinblick auf zeitgemäße Methoden der Arbeitsorganisation einzuleiten;
5. Es waren Transferwege aus den Planungszusammenhängen in die Jugendhilfelandschaft hinein zu erproben, die geeignet sind, die Notwendigkeit von Mädchenarbeit deutlich zu machen und diese in der Jugendhilfe vor Ort zu verankern.

2 Umsetzung des Modellprojektes

Das Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde im Rahmen des Modellprogramms „Mädchen in der Jugendhilfe“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Laufzeit des Projektes hat am 01.01.1998 begonnen und endete am 31.03.2000. Eine Verlängerung für die Standorte Nordhausen und Erfurt wurde für 6 Monate beantragt und bewilligt.

Die zwei zentralen Aufträge des Modellprojekts kamen in vier Bausteinen in jeweils unterschiedlichen Standorten, die unter Berücksichtigung der Standortkriterien „Ost/West, Stadt/Landkreis, kommunale und Landesebene“ ausgewählt wurden, zur Umsetzung:

Die erste Zielsetzung: „**Erprobung methodischer Verfahren**“ umfasste die Teilbereiche:

- Sozialraumanalyse, die in der **Stadt Jena** erprobt wurde;
  - Leistungsbausteine waren u.a.: ExpertInnen-Interviews; Gruppeninterviews mit Betroffenen; zielgruppenspezifische Auswertung einer SchülerInnenbefragung, Gruppendiskussionen in AG´s nach § 78 KJHG, Fortbildungen; Beratung bei der Planung, Erstellung eines Sozialatlasses
- Bestandserhebung, die im **Landkreis Bergstraße** zur Umsetzung kam;
  - Leistungsbausteine waren u.a.: ExpertInnenbefragungen in Schule und Jugendhilfe; SchülerInnenbefragung; Expertenworkshops Schule/Jugendhilfe; Fortbildung; Einrichtungsbefragungen, Erstellung von Empfehlungen
- Betroffenenbeteiligung und Bedarfsermittlung, die in der **Stadt Nürnberg** erarbeitet wurde;
  - Leistungsbausteine waren u.a: ExpertInnenworkshop; SchülerInnenbefragungen; Zukunftswerkstatt, Workshop zur Spielraumplanung und Erarbeitung eines Grundgerüstes für die mädchenspezifische Spielraumgestaltung und Durchführung der Planung; ExpertInnen-Befragung; Fortbildungen

Zusätzlich zu den Planungsbausteinen wurden mit finanzieller Beteiligung durch das Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit

- Im **Landkreis Nordhausen** und der **Stadt Erfurt** zwei Gesamtplanungen erprobt.
  - Leistungsbausteine waren u.a.: Jugendpolitische Hearings; ExpertInnen-Interviews, SchülerInnenbefragungen, NutzerInnenbefragun-

gen, Einrichtungsbefragungen, Gruppeninterviews mit ASD-Teams, Gruppendiskussionen in Planungsgruppen; fachliche Begleitung der Planungsgruppen, Zusammenstellung sozialräumlicher Daten; Fortbildungen; Erstellung von Empfehlungen

Die zweite Zielsetzung: **„Erprobung einer geeigneten Organisation kommunikativer Verfahrenswege“** umfasste die Teilbereiche:

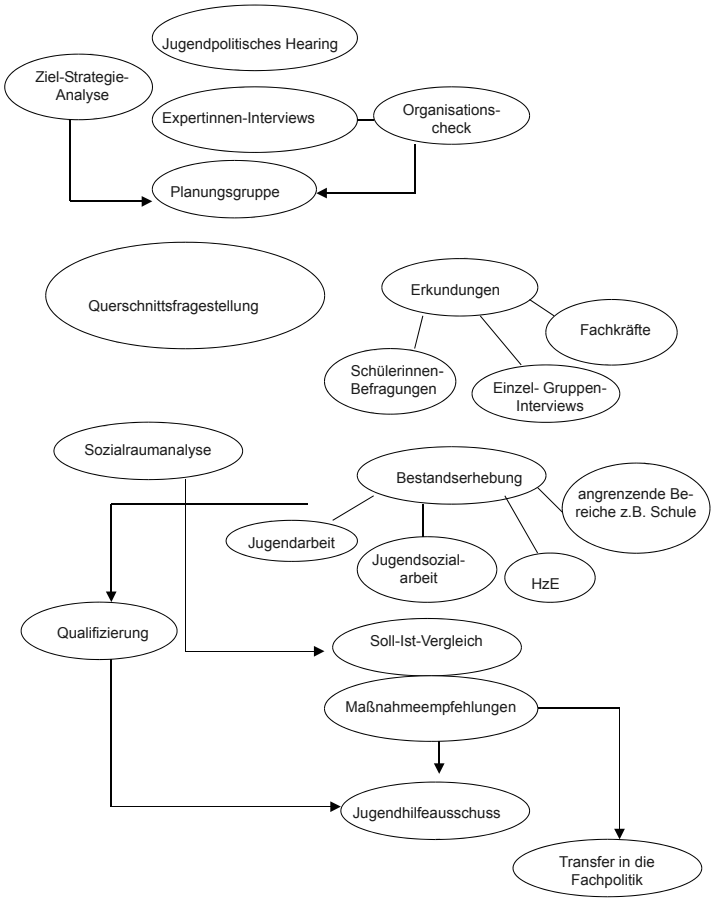
- Erfahrungstransfer: Dieser Baustein wurde auf **Landesebene in Thüringen** mittels Fortbildungsreihen für alle Thüringer Planerinnen und Planer umgesetzt.
  - z.B. „Sozialraumorientierte Planung“; Referentin: Dr. Sylke Sallmon
  - „Bedarfsanalysen in der Jugendhilfeplanung“; Referent: Hans-Georg Weigel
  - „Wie werden fachliche Standards definiert und in der Jugendhilfeplanung eingesetzt?“ Referentin: Prof. Dr. Hiltrud von Spiegel
  - „Bildung von Indikatoren und Qualitätsstandards eine Schlüsselqualifiation für die Qualitätsarbeit“ Referentin: Prof. Dr. Hiltrud von Spiegel
- Organisationsentwicklung: Die **Landesarbeitsgemeinschaft „Mädchenpolitik / Mädchenarbeit“** in Thüringen wurde durch das ISS-Frankfurt a.M. gezielt durch Fortbildungen und Beratungsangebote begleitet. Die Fortbildungen beinhalteten Themenbereiche, die eine wirksamere Vernetzung und Profilierung der mädchenpolitischen Arbeit in Thüringen befördern sollten
  - z.B.: „Planspiel Jugendhilfeplanung“, Referentin: Adelheid Krämer
  - „Zielbestimmung für die Arbeit der LAG“ Referentin: Adelheid Krämer
  - „Öffentlichkeitsarbeit“, Referentin: Andrea Frankenberg

3 Das Konzept der Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung

(Irina Bohn)

Im Folgenden werden die Erkenntnisse zur konzeptionellen Umsetzung der Zielsetzungen der „Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ vorgestellt und erläutert. Zunächst wird das entwickelte Gesamtmodell des Planungsdesigns dargestellt. Es bildet die Gesamtkonzeption ab, mit der in den einzelnen Planungsstandorten vorgegangen wurde. In diesem Gesamtkonzept fügen sich die entwickelten Instrumente und Verfahren zur Erreichung der Teilziele zusammen und erreichen eine gegenseitige Wirkungskraft. Das Modell ist in 5 Phasen eingeteilt, die nachfolgend detailliert dargestellt werden.

Abbildung 1: Fragen wegen verwendeten Farbzuordnungen in Abbildung und Überschrift



3.1 Erkundungsphase: Was ist gleichstellungspolitisch in der Jugendhilfe vor Ort von Bedeutung?

Zu Beginn jeder geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung geht es darum herauszufinden, welche manifesten oder virulenten Themenstellungen das lokale Jugendhilfesetting vor Veränderungsanforderungen stellen. Hierbei gilt es zunächst drei unterschiedliche Handlungsebenen zu erkennen: die objektiven Rahmenbedingungen des Aufwachsens von

Mädchen und Jungen, die jeweiligen Problemlagen und Bedürfnisse spezifischer Zielgruppen sowie die fachlichen und organisationsspezifischen Ausgangslagen.

Im Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde ein Verfahren zur Eingrenzung der Planungsanforderungen gewählt, das die geschlechtsspezifischen Fragestellungen mit den jugendpolitisch relevanten Entwicklungsnotwendigkeiten koppelt. Statt also im Auftakt der Planung direkt eine Einengung auf die Thematik der Lebens- und Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen anzustreben, wurde der Zugang über jugendhilferelevante Themenstellungen von Zielgruppen insgesamt gesucht. Diese Vorgehensweise bewirkte unterschiedliche Ergebnisse. Zum einen wurde im System der Jugendhilfe markiert, dass mädchenspezifische Fragestellungen Teil der regulären Jugendhilfepolitik sind und in diesem Rahmen behandelt werden müssen. Damit sind Mädchenfragen nicht an den Rand der Planung gestellt, sondern Teil der originären Planungsprozesse.

Der Zugang über diese inhaltliche Fragestellung ermöglichte es weiterhin, zunächst alle planungsrelevanten Akteurinnen und Akteure anzusprechen, ihr Interesse zu wecken und mit ihrem spezifischen Know-How in den Prozess einzubinden. Mit der Frage nach den Problemlagen von Kindern und Jugendlichen vor Ort und den lokalen Entwicklungsnotwendigkeiten wurde ein Einstiegssetting in die mädchenbewusste Jugendhilfeplanung geschaffen, das die professionellen Interessen aller Fachkräfte anspricht. Mit dem Verfahren der Koppelung wurde sichergestellt, dass möglichst zahlreiche Fachkräfte der Jugendhilfe und angrenzender Arbeitsfelder bei der Formulierung der relevanten Themenstellungen beteiligt sind. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass VertreterInnen unterschiedlicher Hierarchiestufen und aller Arbeitsfelder der Jugendhilfe aktiv einbezogen werden.

Im Projekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde ein Verfahren der Selektion der Themenfelder eingesetzt, das der Delphi-Methode entliehen ist: Zunächst wurden **jugendpolitische Hearings** durchgeführt, zu denen eine breite, nicht selektierte Fachöffentlichkeit quer durch alle Hierarchieebenen eingeladen wurde. Mittels einer metaplangestützten Moderation wurden die Fachkräfte darum gebeten, die Themen, Lebens- und Problemlagen von Kindern und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Stadt oder im Landkreis zu benennen. Diese Themensammlung fand im Plenum statt und wurde thematisch gewichtet. Hiernach teilten sich die Fachkräfte in Arbeitsgruppen auf, in denen sie die Frage bearbeiteten, was die benannten Themen, Lebens- und Problemlagen für Mädchen und für Jungen in Ihrer/m Stadt/Landkreis bedeuten.

D. h., dass aus den jugendpolitischen Fragestellungen heraus die relevanten mädchenspezifischen und auch jungenspezifischen Themen abgeleitet wurden. Es wurden die jeweiligen spezifischen Ausprägungen der Fragestellungen auf die Lebenssituation von Mädchen und Jungen erarbeitet und im Plenum vorgestellt und ergänzt. Mit dieser Vorgehensweise wurde insbesondere deutlich, dass es keine Bereiche der Jugendhilfe und Jugendhilfepolitik gibt, in denen keine Geschlechterdifferenzierungen wirksam werden. Am Ende der Hearings lag eine erste Zusammenstellung relevanter Themen für die inhaltliche Ausrichtung der Planungen vor.

Diese Zusammenstellung wurde im zweiten Arbeitsschritt als Grundlage für die Strukturierung von **Expertinnen- und Experteninterviews** genutzt. Es wurde entlang der selektierten Themen ein strukturierter Leitfaden entwickelt. Die Expertinnen wurden im Verlauf des Interviews gebeten, die Themensammlung zu den mädchenspezifischen Fragestellungen zu kommentieren, zu vervollständigen und zu gewichten. Die ExpertInnen wurden weiterhin aufgefordert, Themen zu benennen, die aus ihrer Sicht heraus jugendpolitisch relevant sind und die bislang außer Acht geblieben waren. Es wurden Fragen zur Beurteilung der lokalen Planungsprozesse gestellt und um eine Einordnung der mädchenspezifischen Anliegen in diesem Setting gebeten. Als ExpertInnen wurden Fachkräfte unterschiedlicher Ressorts und Verantwortlichkeiten befragt: Fachkräfte unterschiedlicher Leistungfelder der Jugendhilfe, VertreterInnen der öffentlichen und freier Träger, Vorsitzende oder Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse, Frauenbeauftragte, Vertreterinnen der politischen Parteien.

Im letzten Arbeitsschritt wurde die **erkenntnisleitende Querschnittsfragestellung** für den Planungsprozess erarbeitet und verbindlich formuliert. Dies bedeutete, dass aus dem Setting der Gesamtfragestellungen einzelne Themenbereiche ausgewählt und gewichtet werden mussten. Dies erfolgte dadurch, dass die Ergebnisse aus den Hearings und Interviews in die Planungsgruppen eingespeist und diskutiert wurden. In Abwägung mit den allgemeinen Planungszielen vor Ort wurde dann entschieden, welche Fragestellung im Planungsprozess bearbeitet werden soll. Drei Kriterien wurden als Entscheidungsgrundlage mit herangezogen:

1. der Grad an sozialer Dringlichkeit;
2. die Chance auf Realisierbarkeit im Rahmen der zeitlichen Vorgaben des Projektes und
3. die Reichweite der Einflussnahme von Jugendhilfeleistungen.

Diese Fragestellung wurde fortan als erkenntnisleitende Querschnittsfragestellung dem gesamten Planungsprozess zugrunde gelegt, d.h., dass alle weiteren Planungsschritte so ausgerichtet werden, dass sie Erkenntnisse zur Ausprägung dieser Fragestellung in den Lebenswelten der Mädchen erbringen, die Potentiale der Jugendhilfeleistungen und angrenzender Instanzen zur Bearbeitung dieser spezifischen Lebenslagen bewerten und konkrete Veränderungen und Verbesserungen erarbeiten. Die ausgewählten Querschnittsfragestellungen wurden dem Jugendhilfeausschuss zur Bestätigung vorgelegt.

Die Praxis:

Beim jugendpolitischen Hearing formulierten die Anwesenden folgende Themenstellungen als Problemlagen für Kinder und Jugendliche:

- soziale Beziehungen im Nahraum
- Freizeit und Lebensraum
- Gewalt
- Drogen
- Armut und Konsumerscheinungen
- Interessenvertretung

Priorisiert wurden für die Weiterarbeit in Gruppen und der mädchenspezifischen Fokussierung die Themen:

- Identitätsfindung
- Gewalt
- Freizeit und Lebensraum

Bei den ExpertInneninterviews stellte sich eine andere Themenauswahl und Priorisierung dar. Wichtig waren ihnen die Themen:

- Identitätsfindung
- Soziale Beziehungen im Nahraum
- Beruf, Ausbildung und Perspektiven

Auf der Sitzung der Planungsgruppe wurden unterschiedliche Argumente für einzelne Themen in Erwägung gezogen. Das Thema: Beruf, Ausbildung und Perspektiven, das ExpertInnen als dringlich einstuften, wurde mit dem Argument, dass die Reichweite der Einflussnahme der Jugendhilfe äußerst begrenzt sei, abgeschmettert. Das Thema „Identitätsfindung“ wurde als nicht ausreichend jugendpolitisch aktuell eingeschätzt, so blieb das Thema „Soziale Beziehungen im Nahraum“ auch als Schnittstelle zum Themenbereich „Freizeit

und Lebensraum“ auf der Agenda stehen. Diese Fragestellung fügte sich auch gut in den Umstand, dass die Planung sozialräumlich umstrukturiert werden sollte. Als planungsbegleitendes Institut konnten wir zunächst nicht über diese Auswahl glücklich sein, uns erschien es so, als wäre dieses Thema als Ausweichmanöver vor wirklich bedeutsamen Themen gewählt worden. Wir standen vor der Anforderung, den Prozess so zu moderieren, dass die relevanten mädchenspezifischen Fragen sichtbar und bearbeitbar werden.

3.2 Organisation und Kooperation: Wer arbeitet wie zusammen?

Das Setting der lokalen Jugendhilfe ist wie auch das Gefüge aller sozialen Organisationen nicht ausschließlich durch infrastrukturelle Rahmenbedingungen geprägt, sondern insbesondere auch vom internalisierten Selbstverständnis der Arbeitsfelder und den gelebten Beziehungen zwischen den AkteurInnen. So ist es denn für einen erfolgreichen Verlauf von Planung notwendig, die internen Kommunikations-, Rollen- und Beziehungsstrukturen möglichst gut zu kennen, denn im Verständnis der „Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ können Veränderungen nur in und mit dem System selbst und nicht gegen das System bewirkt werden. Es gilt demnach, einerseits die Schwachstellen und Widerstände des Jugendhilfesettings gegen Veränderungen (insbesondere mädchenspezifischer Art), andererseits aber vor allem die Entwicklungspotentiale und unterstützenden Akteurinnen zu identifizieren. Mit diesem Wissen im Rücken können – bezogen auf die formulierten Zielsetzungen – konkrete Wege der Einflussnahme durchdacht und umgesetzt werden.

Je konkreter eine mädchenspezifische Jugendhilfeplanung umgesetzt wird, desto deutlicher wirken sich die Strukturbedingungen des Jugendhilfesystems vor Ort auf das Planungsgeschehen aus und desto konkreter und realistischer muss mit diesen Rahmenbedingungen gearbeitet werden. So nutzt es z. B. wenig, ausschließlich die patriarchalen Implikationen der Funktionsweise interner Amtsstrukturen anzuprangern, wenn generell eine Kultur des Ausschlusses, z. B. Freier Träger, die Arbeits- und Entscheidungsstrukturen vor Ort prägt oder z.B. personelle Überforderungen sichtbar werden. Hier muss statt dessen genau überlegt werden, welche Personen zwingend am mädchenbewussten Planungsgeschehen beteiligt werden müssen und auf welche Weise dies realisierbar ist.

Als zu Beginn der Planungen in den Standorten der Prozess der Erarbeitung der Querschnittsfragestellungen umgesetzt wurde, wurden Interviews mit Schlüsselpersonen der öffentlichen und freien Träger geführt. Hierbei war es nicht nur von Bedeutung, die gleichstellungspolitischen Fragestellungen zu eruieren, sondern diese Interviews dienten auch als sog. „**Organisations-checks**“. Gemeint ist damit, dass mit Hilfe der Interviews gezielt versucht wurde herauszufinden, welche „Arbeitskultur“ im Jugendamt vorherrscht, wie Jugendhilfeplanung bisher verankert war, wer wichtige „Meinungsführer“ sind und mit welcher Haltung dem Thema „Mädchenarbeit“ bei öffentlichen und freien Trägern begegnet wird. Die gewonnenen Ergebnisse dienten der Organisation der Planungen. So konnten die Planungsgruppen strategisch besetzt werden z. B. auch mit FunktionsträgerInnen, die die Prozesse möglicherweise von außen gebremst hätten. Ebenso konnten konflikthafte Schnittstellen zum Gesamtplanungsprozess erkannt und bei der Anlage der mädchenbewussten Planung bedacht werden. Mit dieser Arbeitsweise konnten BündnisparterInnen erschlossen und große Klippen umschifft werden. Es konnte aber nicht systemverändernd in den Ablauf der Leistungserbringung der Organisationen eingewirkt werden. Denn eines muss klar sein: Wenn im System strukturelle Probleme sichtbar werden, die mit den Mitteln einer geschlechterspezifischen Planung nicht lösbar sind, so macht es wenig Sinn, gegen das System zu arbeiten und das eigene mädchenspezifische Planungsvorhaben in diesem Konfliktfeld zu positionieren.

Zu diesem Vorgehen gehört ebenfalls, sich ein Organigramm des Amtes zu besorgen und die Zuschnitte der Abteilungen, die personelle Besetzung und Tätigkeitsschwerpunkte u. a. mit ausgewählten Fachkräften zu analysieren. Es lassen sich auf diese Weise schnell Informationen erschließen, die für einen erfolgreichen Planungsverlauf von großer Bedeutung sind.

Die Praxis :

In einem Standort stellte sich aufgrund des Organisations-Checks heraus, dass die Kooperation zwischen den Abteilungen des Amtes davon abhängig war, ob die Leitungskräfte bereits vor der Wende zusammengearbeitet haben oder nicht. In diesem Standort wurden zwei Themenstellungen formuliert. Eine hiervon hätte die Kooperation aller Abteilungen erfordert. Wir haben uns – diesen Hintergrund kennend – dafür entschieden eine Themenstellung zu bearbeiten, die eingegrenzte „kooperationbereite“ Abteilungen betraf.

Als die wesentlichen Informationen vor Ort zusammengetragen waren und in einigen Standorten Probleme bei der Organisation der Planungsprozesse auftraten, halfen interne Ziel-Strategie-Analysen das weitere Vorgehen zu planen. Bei diesen **Ziel-Strategie-Analysen** wurden zunächst die eigenen Zielsetzungen benannt und in ein Verhältnis zu den allgemeinen Standards der Planung gesetzt. Hiernach wurden die Interessen der jeweiligen Akteure antizipiert und dokumentiert. Dann wurde auf die gegensätzlichen Haltungen hin eine allgemeine Zielsetzung formuliert und Strategien zum Erreichen dieses Zieles entwickelt. Dieses Verfahren wurde immer dort angesetzt, wo relevante unterschiedliche Interessen auftauchten. Es half, Situationen zu analysieren, Ziele zu strukturieren und Klarheit in die Vorgehensweise zu bekommen.

Im Rahmen des Projektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde so vorgegangen, dass die **Planungsgruppen**, die vor Ort bestanden, in ihrem Kompetenzbereich belassen und auch für die mädchenbewusste Planung genutzt wurden. Neue Gremien entstanden dort, wo die Planung neu begonnen (z. B. Bergstrasse) oder wesentlich umstrukturiert wurde (z. B. Erfurt).

Im Rahmen der „Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ wurde zunächst entlang der Themenstellung angestrebt, die Fachkräfte aller Handlungsebenen aus allen berührten Arbeitsfeldern der Jugendhilfe und auch aus über die Jugendhilfe hinaus tangierten Bereichen in einem interdisziplinären planungsbezogenen Netz zu bündeln. Nachdem in einem ersten Schritt anknüpfend an die örtlichen Planungs- und Organisationsstrukturen die entsprechenden Planungsgremien initiiert bzw. aktiviert worden waren, wurde ausgehend von den definierten Themen diskutiert, welche weiteren Institutionen direkt und kontinuierlich in diese Planungsgremien integriert werden sollen. Als Kompetenzbereiche, die mindestens vertreten sein sollten, wurden aus den Gremien heraus definiert:

- Vertreterinnen mit Kompetenzen aus der Jugendhilfepraxis (insbesondere auch in der Arbeit mit Mädchen) aus möglichst allen Handlungsfeldern der Jugendhilfe;
- VertreterInnen mit Kompetenzen aus jugendhilfeexternen Bereichen (z. B. Gleichstellungsbeauftragte);
- VertreterInnen mit Kompetenzen aus der (frauen)politischen Ebene.

Um die Teilnahme an den Prozessen z. B. von politischen VertreterInnen zu sichern, wurde vereinbart, je nach aktuellem Diskussionstand in die Planungsgremien zusätzliche ExpertInnen einzuladen, um aktuell auf-

tretenden Informationsbedarfen gezielt Rechnung zu tragen. Anhand dieses Vorgehens sollte es gelingen, nicht nur innerhalb des Jugendhilfesystems mädchenbewusste Planungsstrategien zu etablieren, sondern diese in die verschiedenen jugendhilferelevanten Strukturen der Kommunen zu integrieren. Dieses interdisziplinäre Beteiligungsverfahren ist daher insbesondere in den Standorten von großer Bedeutung, in denen sich bislang innerhalb der regulären Strukturen kein Netzwerk von Mädchenarbeiterinnen etablieren konnte.

3.3 Erhebungsphase: Was wollen Zielgruppen und Institutionen?

Mädchen und junge Frauen sind keine „Sonderzielgruppe" der Jugendhilfe, sondern eine Klientel, die täglich Einrichtungen, Dienste und Angebote der Jugendhilfe in Anspruch nimmt. Ihre jeweiligen Lebenslagen, Probleme und geschlechtsspezifischen Betroffenheiten von den sozialen Bedingungen des Aufwachsens sind somit auch nicht der „Sonderfall" in der Jugendhilfe, für den es spezialisierter und abgekoppelter Angebote bedarf, auch wenn damit außer Frage steht, dass für bestimmte Bedarfslagen von Mädchen und jungen Frauen geschlechtshomogene Angebote notwendig und fachlich indiziert sind.

Ausgehend von den Querschnittsfragestellungen war es also zunächst von großer Bedeutung, eine Eingrenzung und Spezifizierung der betroffenen Zielgruppen vorzunehmen. In den Planungsgruppen wurden deshalb mehrere Arbeitsgruppensitzungen aufgewendet, um aus den Erfahrungsbereichen der Fachkräfte heraus diejenigen Gruppen herauszufiltern, auf die im weiteren Planungsgeschehen gezielt eingegangen werden sollte. Kriterien für die Auswahlprozesse waren:

- Zugrundelegung einer relevanten Größe der Zielgruppen (Jugendhilferelevanz);
- Zugrundelegung einer mädchenspezifischen Lebenslage;
- Zugrundelegung einer innovativen Tendenz (es sollte nicht altbekanntes neu problematisiert werden).

Ebenso war es hilfreich und von Bedeutung, Daten aus den **Sozialraumanalysen** in die Auswahlprozesse mit aufzunehmen. Sie lieferten klare Anhaltspunkte für die Eingrenzung von Zielgruppen.

Die Praxis:

Nach der Formulierung der Themenstellung „Soziale Beziehungen im Nahraum“ wurden eine Arbeitsgruppensitzung der Planungsgruppe einberaumt, die den Auftrag hatte, die Zielgruppen, die mit dieser Themenstellung in Zusammenhang stehen, zu benennen. Da die Fragestellung äußerst diffus war, wurde die Planerin gebeten, eine Zusammenstellung der sozial-räumlichen Daten vorzubereiten, die eine Strukturierung des Themas erlauben sollte. Es zeigte sich, dass in einem Stadtteil eine hohe Konzentration sozial belasteter Familien lebten und der Stadtteil aufgrund von Teilsanierungen stark segregiert war. Aus der Sicht der Fachkräfte zeichneten diesen Sozialraum aus, dass dort sog. Multiproblemfamilien leben, d. h. Familien, in denen vielfältige psycho-soziale Probleme vorkommen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Überschuldung, Suchtmittelgebrauch und Erziehungsunvermögen. Die Bereitschaft der betroffenen Familien, Angebote anzunehmen und die persönliche Hilfe nach Kräften zu unterstützen und Selbsthilfepotentiale zu entwickeln, nähme ab. In der Folge wurde die Themenstellung umformuliert zu „Familiäre Problemlagen und ihre Auswirkungen auf Mädchen und junge Frauen“. Als mögliche Zielgruppen wurden identifiziert:

- Überlastete/überforderte Mädchen, die familiäre Problemlagen auffangen;
- Schulisch und beruflich benachteiligte Mädchen;
- Mädchen im schwierigen Übergang der familiären Ablösung.

Im Anschluss an dieses Auswahlverfahren wurden **Erhebungsinstrumente für Erkundungen** entwickelt und eingesetzt, die dazu dienen sollten, gezieltere Informationen zu den Zielgruppen zu gewinnen. Dabei wurde oftmals ein Verfahren der dreifachen Abstufung gewählt, d. h., dass quantitative Befragungen mit einer größeren Anzahl von Mädchen und Jungen (z. B. SchülerInnen-Befragungen) erfolgten, dass weiterhin qualitative Befragungen einerseits mit Mädchen selbst und im dritten Schritt insbesondere auch den Professionellen durchgeführt wurden.

Wichtig war zunächst die Analyseinstrumente stringent auf die erkenntnisleitende Fragestellungen hin auszurichten. Hierzu ist besonders wichtig, ein Verfahren der Begrenzung und argumentativen Führung zu entwickeln. So unbestritten dieses Vorgehen methodisch ist, so wenig ist es im planerischen Alltag verankert. Gerade in der mädchenspezifischen Planung neigten Planungsbeteiligte oft zu breit angelegten Befragungen, um ein möglichst vielfältiges Meinungsspektrum einzuholen.

Jugendhilfeplanung steht ja immer vor der Anforderung, die Interessen und Wünsche „der“ Betroffenen einzuholen. In der Praxis zeigte sich hingegen, dass ein solches Vorgehen bestenfalls mit „Mythen“ über die Lebenslagen von Mädchen, die von Fachkräften formuliert werden, aufräumt, denn konkrete Anhaltspunkte für vertiefende Erkundungen erbringt.

Die Praxis:

Nachdem im o. g. Standort die Querschnittsfragestellung „Soziale Beziehungen im Nahraum“ konkretisiert wurde auf die Frage der „Familiären Problemlagen und ihrer Auswirkungen auf die Mädchen“ in einem belasteten Stadtteil, wurde von den Fachkräften der Planungsgruppe die These vertreten, dass die Mädchen aus diesen Familien in hohem Maße Überforderungen ausgesetzt seien. Sie hätten zahlreiche Pflichten zu übernehmen und erhielten keine Unterstützung bei der Sicherstellung ihres Lebensweges, insbesondere bei der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung. Auffällig war hierbei, dass im Stadtteil fast genauso viele Alleinerziehende mit 1 bis 2 Kindern lebte (1532) wie Ehepaare mit 1 bis 2 Kindern (1873).

Bei der Durchführung einer Schülerinnenbefragung von 138 Mädchen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren ergab sich jedoch ein anderes Bild:

- 58% der Mädchen wohnten mit ihren leiblichen Eltern zusammen. 23% lebten in Patch-work-Familien. 18% wuchsen ausschließlich bei ihren Müttern oder Vätern auf.
- Zwar gaben 46% der befragten Mädchen an, Freizeiteinschränkungen zu unterliegen, weil sie Verpflichtungen zu Hause hätten, vorneweg rangierten aber die schulischen Belastungen mit 56%.
- Während 64% der Mädchen mit Geschwistern aufwachsen, gaben nur 4 Mädchen an, ihre Geschwister versorgen zu müssen. Nur 10 Mädchen beurteilten ihre häuslichen Verpflichtungen als sehr unangenehm.
- Danach gefragt, wie Eltern auf schlechte Leistungen in der Schule reagieren, gaben 87% der Mädchen an, dass die Eltern verständnisvoll reagieren.

Auf diesem Wege kamen wir nicht weiter. Wir zogen daraufhin genauere Daten heran und stellten fest:

- Junge Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahren machen mit 65% einen überproportionalen Anteil an den Sozialhilfeemp-

fängern aus. Hierbei stellen junge Mütter die größte Personengruppe beim Zuwachs an jugendlichen Sozialhilfeempfängern.
- 68% der jungen Sozialhilfeempfänger haben ein oder mehrere Kinder. 60% der Kinder sind unter 3 Jahre alt.

Die daraufhin eingeleitete Befragung der ASD-Teams im ausgewählten Sozialraum machte dann deutlich:

- dass im Zeitraum von 6 Monaten 30 minderjährige Mädchen Kinder bekamen und,
- dass in zahlreichen Fällen diese minderjährigen Mütter aus den sog. „Multiproblemfamilien“ stammten.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass erst im Zusammenspiel der Fakten, sich die relevanten Informationen zusammenfügen lassen. Die schrittweise Begrenzung der Informationsgewinnung hilft bestimmte Fragestellungen zu beenden und gleichzeitig einen kontinuierlichen Informationsverlauf herzustellen, wenn quantitative und qualitative Daten miteinander in Beziehung gebracht werden.

Zwei Aspekte waren bei diesem Vorgehen weiterhin von Bedeutung. Die Erhebungsinstrumente waren im Einstieg so ausgerichtet, dass sie möglichst auch Erkenntnisse für die gesamte Jugendhilfeplanung erbringen. Damit sollte die Verknüpfung zwischen regulärer Planungspraxis und mädchenspezifischer Ausrichtung gefestigt werden.

Zum anderen wurden die Instrumente, die quantitativ und auf eine Vielzahl von Befragten ausgerichtet waren, auf beide Geschlechter bezogen. Nur in einem Fall wurden nur Mädchen einer Schulklasse befragt mit dem Ergebnis, dass die Daten wenig aussagekräftig waren. Erst mit zunehmender Eingrenzung der Zielgruppen, wurde die Vergleichbarkeit der Ergebnisse irrelevant. Erst die Gegenüberstellung der Daten und deren Interpretation lassen bedarfsangemessene Aussagen zu. Gegenüberstellen bedeutet weiterhin auch, dass mädchen- und jungenspezifische Daten differenziert und verglichen werden müssen. Erst aus einem Abgleich zwischen den Geschlechtern lassen sich bewertende Aussagen treffen, allein mädchenzentrierte Erhebungen lassen nur deskriptive Betrachtungen zu.

In den Standorten der „Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ wurde das Verfahren zur Bestandserhebung so angelegt, dass ausgehend von der thematischen Eingrenzung und den Ergebnissen der zielgruppenspezifischen Erhebungen unterschiedliche relevante Ar-

beitsfelder der Jugendhilfe aufgefordert waren, ihre Leistungen in Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit zu überprüfen. Auch hier war es von Bedeutung, die Meinung der Betroffenen selbst sowie die der Fachkräfte über einen bestehenden Bedarf an Leistungen zu erfragen.

Die Praxis:

In einem Standort wurde im Rahmen der zielgruppenspezifischen Erkundungen eine NutzerInnenbefragung in unterschiedlichen Einrichtungen durchgeführt. Das Ergebnis dieser Befragung war, dass die Mädchen seltener die Einrichtungen besuchten als Jungen, sich weniger mit den Angeboten auskannten und die Einrichtungen häufiger als die Jungen aufsuchten, um mit SozialarbeiterInnen zu sprechen. Familiäre Probleme wurden von ihnen hierbei häufig thematisiert, während die Jungen eher Probleme mit Gleichaltrigen oder Gewalterfahrungen zum Thema machten.

Über die Zielgruppen sagten die Ergebnisse nicht viel aus. Als aber im Gesamtsetting der Planung es um die bedarfsangemessene Ausgestaltung der Angebote ging, waren diese Informationen ein wichtiger Baustein im Argumentationsgefüge. Es zeigte sich, dass eine Schnittstelle, an der Mädchen Unterstützungen suchten, nicht ausreichend ausgestaltet und genutzt wurde.

An den Standorten des Projektes wurde von Beginn an darauf hingewiesen, dass die Beteiligung der Mädchen in einer geeigneten Form vorgesehen ist, jedoch erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Problemkomplexität auf einzelne, konkrete Fragestellungen reduziert werden kann. Welche Form für die Beteiligung am ehesten geeignet ist, hängt letztlich vom Alter der Zielgruppen und den Fragestellungen ab. Teilweise herrscht in den Planungsgremien geradezu eine „Beteiligungseuphorie“ vor. Hierbei wird allerdings übersehen, welche Qualität die Ergebnisse der Betroffenenbeteiligung haben sollen. Bei der „Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ soll die Beteiligung der Mädchen nicht als Selbstzweck zelebriert werden, sondern dazu dienen, Informationen und Erkenntnisse in die Planung einfließen zu lassen, die bisher vor Ort über die jeweiligen Zielgruppen nicht bekannt waren.

Das KJHG schreibt in § 80 Abs. 1 vor, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen haben. Damit ist gemeint, dass sowohl die Zahl der bestehenden Einrichtungen und Dienste erfasst werden, als auch deren Leistungen Beurteilung erfahren sollen.

Für den Bereich der geschlechterdifferenzierten Planung wäre die **Bestandserhebung** rasch abzuarbeiten, wenn lediglich nach den gezielten Angeboten für Mädchen oder Jungen geschaut würde. In der Regel sind die Angebote begrenzt, sowohl, was deren Zahl betrifft, als auch die Arbeitsfelder, in denen diese angesiedelt sind.

Im Rahmen des Modellprojektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde diese Vorgehensweise als zu verkürzt angesehen. Wenn Mädchenarbeit eine Querschnittsaufgabe der Jugendhilfe ist oder sein soll, dann dürfen nicht nur einzelne Angebote in den Blick genommen werden, sondern muss die Leistungsfähigkeit zahlreicher Arbeitsfelder überprüft werden. Aber damit nicht genug: Für das Zustandekommen und die Qualität sozialpädagogischer Tätigkeiten sind auch die Organisationsbedingungen von Jugendämtern (und auch von freien Trägern) von großer Bedeutung (vgl. Jordan/Schone 1999, S. 180). Wenn also ein umfassendes Bild von der Leistungsfähigkeit des Jugendhilfesystems gewonnen werden soll, dann bedeutet dies in Bezug auf eine geschlechterrelevante Planung insbesondere die Identifizierung und Mobilisierung von bestehenden Potentialen. Die Bestandsfeststellung und Bedarfsermittlung liegen hier sehr eng beieinander. Eine wesentliche Erfahrung aus dem Modellprojekt ist, dass die Bestandserhebung mit dem Know-How aus der Querschnittsfragestellung gekoppelt sein und insbesondere auf betroffene Arbeitsfelder angewandt werden sollte. Es sollte möglichst in zahlreichen Arbeitsfeldern danach gefragt werden, welchen formulierbaren Bedarf es gibt, welche Angebote mit welcher Wirkung von wem und mit welcher regionalen Verteilung vorgehalten werden. Insbesondere im Abgleich mit den Bedürfnissen der Zielgruppe sollte das Nicht-Vorhandensein von Leistungen hinterfragt werden. D. h., dass es notwendig ist, das Gesamtsystem und seine Leistungsfähigkeit in den Blick zu nehmen und mehr als nur eine Bestandsaufnahme zu realisieren.

Wie bereits erwähnt, gelingt ein solches Vorgehen besser in einer Planungsgruppe, die ressortübergreifend zusammengestellt ist, als in arbeitsfeldhomogenen Bezügen. Damit wird deutlich, dass die Bestandserhebung nach dem vorliegenden Konzept nicht nur die Erfassung und Beurteilung bestehender Angebote bedeutet, sondern das systematische Einbringen der Fragestellung, welche Leistungen jedes einzelne Arbeitsfeld erbringt bzw. erbringen sollte, um die Bedarfslagen der im Planungsprozess spezifizierten Zielgruppen zu decken. Das ist ein grundsätzlich anderes Vorgehen, das gezielt die Ressourcen und Entwicklungsnotwendigkeiten aller Arbeitsfelder in den Blick nimmt. Im Modellprojekt ist dieser Aspekt nur in Teilen gelungen: So war es immer möglich, z. B. das Arbeitsfeld Schule oder auch die Arbeitsverwaltung in

die Planungsgruppen mit zu integrieren und dort Informationen zu erhalten und einen wichtigen Meinungsaustausch herbeizuführen. Bei der konkreten Analyse der Leistungsfähigkeit jugendhilfeexterner Arbeitsbereiche stellte sich aber heraus, dass ein systematischer Einbezug nicht möglich war (außer in einem Standort, wo die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule zentrales Thema der Planung) war. Eine wesentliche Ursache hierfür ist im begrenzten Auftrag der Jugendhilfe zu sehen. Es bestand große Zurückhaltung davor, in die Kompetenzbereiche anderer Ressorts einzugreifen. Ein solches Vorgehen hätte eine übergeordnete Übereinstimmung vorausgesetzt, die zu Planungsbeginn nicht ersichtlich war und im Prozess nicht nachgeholt werden konnte.

3.4 Analysephase: Was ist der fachlich ersichtliche Bedarf?

Begrenzen, Gegenüberstellen und Erweitern, so können die relevanten Handlungsabfolgen zusammengefasst werden, die im Projekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ eingesetzt wurden, um zu handlungsleitenden und handhabbaren Erkenntnissen über die Lebens- und Problemlagen einzelner Zielgruppen zu gelangen.

Ein wesentlicher Faktor für das Gelingen geschlechtsspezifischer Planungen liegt, dies zeigt das o. g. Beispiel, in der klaren argumentativen Führung eines roten Fadens und der Ausrichtung der Erhebungsinstrumente an den erkenntnisleitenden Fragestellungen.

Im Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurde im nächsten Schritt so vorgegangen, dass die gewonnenen Informationen aus den quantitativen und qualitativen Erhebungen sowie der unterschiedlichen Ebenen gegenübergestellt und im Verhältnis zueinander ausgewertet wurden. Es wurde ein **SOLL-IST-Vergleich** erstellt. Aus der Gegenüberstellung von Betroffenenaussagen und Aussagen von ExpertInnen und insbesondere auch detaillierter Statistiken können wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. An dieser Schnittstelle zeigt sich in dramatischer Weise, welch geringen Bezug professionelle Alltagstheorien zu den formulierten Interessen der Betroffenen haben. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die befragten ExpertInnen in Sachen Mädchenarbeit sind oder nicht. In allen Fällen zeigte sich, dass die Definitionsmacht in der Hand der Fachkräfte liegt und wesentlich stärker von organisationsinternen Routinen als von den Bedürfnislagen der Betroffenen geprägt ist. Demzufolge ist es fachlich angebracht, rein advokatorische Planungsansätze abzulehnen, auch wenn es Mädchenarbeiterinnen sind, die für ihre Klientel sprechen.

Die Praxis:

In einem Standort wurden zunächst unterschiedliche Fachkräfte aus der Jugendhilfe und angrenzender Bereiche zu Lebenslagen von Aussiedlerinnen befragt. Im Ergebnis kam folgendes Bild zustande:

- Die Mädchen seien stark familiär eingebunden und hätten deshalb wenig Freizeit;
- Die Mädchen hätten ihre Geschwister und den Haushalt zu versorgen und lebten im Wertekanon von Großfamilien;
- Die Mädchen kämen nicht in die Einrichtungen, da sie zurückgezogen seien und Angst vor Ablehnung hätten;
- Die Mädchen seien eher an Konsum und weiblichen Themen interessiert und damit nicht für die Angebote in Jugendhilfeeinrichtungen zu interessieren.

Bei der Befragung der Mädchen selbst ergab sich hingegen folgendes Bild:

- Die Mädchen gaben an, ausreichend Freizeit zu haben;
- Die häuslichen Pflichten der Mädchen begrenzten sich auf das Aufräumen ihrer Zimmer und Mithelfen im Haushalt;
- Die Mädchen waren belustigt über die Vorstellung, sie lebten im Kontext von Großfamilien;
- Die Mädchen gaben an, gerne in Gruppen „Bummeln zu gehen". Dieses „Bummeln" erklärt sich aus dem Bewegen im öffentlichen Raum, das in den Herkunftsländern eine wichtige soziale Freizeitbeschäftigung ist;
- Die Mädchen gaben an, in Einrichtungen zu gehen, wenn sie spezifische Hilfen oder Information benötigen;
- Die Mädchen wünschten sich Orte, wo sie ihre kulturellen Traditionen (Tanzen) pflegen können.

Eine SchülerInnenbefragung, die für alle SchülerInnen im Rahmen der Planung durchgeführt und für die Aussiedlerinnen getrennt ausgewertet wurden, machte weiterhin deutlich:

- 80% der Aussiedlerinnen haben ein eigenes Zimmer;
- 13% der Aussiedlerinnen gaben an, am Wochenende ihre Zeit Zuhause zu verbringen, während dies 40% der Nicht-Aussiedlerinnen angaben;
- Häufigste Freizeitbeschäftigungen der Aussiedlerinnen sind: Musik hören, tanzen, Briefe schreiben, Bummeln, mit Freunden zusammen sein, Instrumente spielen;

- Mehr Aussiedlerinnen als Nicht-Aussiedlerinnen sind in der Gewerkschaftsjugend, in politischen Jugendorganisationen oder Organisationen wie der freiwilligen Feuerwehr organisiert, während nur halb so viele Mitglieder in Sportvereinen sind.

Die aus der Gegenüberstellung gewonnenen Erkenntnisse wurden im nächsten Schritt in das Analysepotential der Planungsbeteiligten integriert, d. h., in die Planungsgruppen eingespeist. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zeigen, dass es nicht sinnvoll ist, die Erkenntnisse in homogene Arbeitszusammenhänge (z. B. ein ASD-Team) einzubringen, sondern in möglichst plural zusammengesetzten, erweiterten Arbeitsgruppen fachlich ausgehandelt werden sollten. Zum einen erweitert sich der Interpretationsspielraum meist erheblich um Sichtweisen, die in homogenen Bezügen ausgeblendet sind. Zum anderen wächst die Bereitschaft zur Reflexion des professionellen Handelns, weil alle Arbeitsfelder in den Blick genommen werden.

Die Praxis:

In einem Standort hatten sich Fachkräfte darauf festgelegt, dass es keinen spezifischen Bedarf für junge Mütter gibt, eine berufliche Ausbildung in den Blick zu nehmen. Aus Sicht ihres Settings heraus lautete der Auftrag sicherzustellen, dass das Wohl der Kinder gewährleistet wird. In diesem Zusammenhang scheiterte jeder Versuch, die Perspektive der Mütter in den Vordergrund zu rücken. Erst in dem erweiterten Kreis von Fachkräften der Planungsgruppe war es möglich, diesen Blickwinkel zu thematisieren. Hier fanden sich eben auch Fachkräfte, die in den Müttern ihre Klientel sahen und – wenn auch verhalten – nach Unterstützungsleistungen unterschiedlichster Art fragten. Es entwickelte sich eine gemeinsame erweiterte Sicht, die Eingang in die Empfehlungen vor Ort nahm.

Gelungen ist im Projekt eine Erweiterung der Sichtweisen innerhalb des Jugendhilfesystems z. T. unter Heranziehung externer Tätigkeitsbereiche. So wurden u. a. in einer Planungsgruppe fachliche Standards für die Arbeitsfelder der Hilfen zur Erziehung und der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit entwickelt mit dem Grundsatzziel der Förderung beruflicher Perspektiven von Mädchen und jungen Frauen. Wichtig war bei diesem Vorgehen das gemeinsame Arbeiten der Fachkräfte der unterschiedlichen Leistungsfelder, das u. a. das Ergebnis erbrachte, dass die Klärung und Festschreibung der schulischen und beruflichen Perspektive unabdingbar in das Hilfeplanverfahren gehört und die entsprechen-

den Fachkräfte am Prozess beteiligt werden müssen. Wichtig war hier ebenfalls, dass bereits konkrete Informationen zur Lebenslage von Betroffenen vorlagen – so z. B. das Ergebnis der Befragung von jungen Müttern, das deutlich machte, dass ihnen fast ausschließlich Kommunikations- und Austauschangebote gemacht werden, kaum aber realisierbare Ausbildungswege und Arbeitszugänge vorhanden sind.

Den Ergebnissen aus dem SOLL-IST-Vergleich wurden die Angebotsstrukturen der Leistungsfelder in einem weiteren Schritt gegenübergestellt. Aus dem bestehenden Bestand heraus wurden die Schnittstellen herausgearbeitet, in denen Potentiale für die Arbeit mit den Zielgruppen noch nicht ausreichend genutzt wurden. Hier wurden dann konkrete Empfehlungen für einzelne Maßnahmen bzw. Weiterentwicklungen gemacht.

Unter Beibehaltung der Argumentationsstränge und in einer verzahnten Aufbereitung der quantitativen und qualitativen Daten wurden die **Empfehlungen** schriftlich dokumentiert, die den Jugendhilfeausschüssen eingereicht wurden.

3.5 Transferphase: Wie wird aus fachlichen Bedarfen Handeln?

Planungsprozesse sind kommunikative Prozesse, die durch strukturierte Diskurse Veränderungspotentiale freisetzen. Die diskursiven Qualifizierungsprozesse, die von Planungen ausgehen, sind meist von großer Bedeutung, auch wenn deren Innovationspotential nicht immer mess- und steuerbar ist. Planungsprozesse müssen aber unabhängig von dieser Tatsache insbesondere auch in konkreten Vorschlägen zur bedarfsangemessenen Verbesserung der Leistungserbringung münden, wenn sie nicht zu „Schubladenwerken“ verkommen sollen. Dies gilt insbesondere für geschlechterdifferenzierte Planungen, deren Nutzen im Allgemeinen viel stärker hinterfragt wird.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch das Zusammenwirken aller bisher benannten Kriterien im Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ eine Akzeptanz der Planungsergebnisse bei den Beteiligten erfolgte. Hilfreich bei der Erreichung dieses Zieles war vor allem folgende Vorgehensweise. Bei der Formulierung der Empfehlungen wurde darauf geachtet, dass die Begründungszusammenhänge klar und nachvollziehbar mitformuliert wurden. Dabei wurde darauf geachtet, dass möglichst quantitative Daten, Selbstaussagen der Betroffenen und die Bewertungen der Fachkräfte zusammengeführt

wurden. Weiterhin wurde gezielt bedacht, nicht lediglich Schwachstellen zu benennen, sondern auch mögliche Anpassungsleistungen aus der bestehenden Angebotsstruktur heraus zu definieren.

Hilfreich war auch, dass während der Projektumsetzung Transferwege gestaltet und ein Schwerpunkt auf die **Qualifizierung** von Fachkräften gelegt wurden. So wurden in allen Standorten zahlreiche Fachtagungen und Fortbildungen durchgeführt. Prinzip dieser Fortbildungen war die Inhalte so zu strukturieren, dass sie einen Bezugspunkt für die gesamte Jugendhilfe aufwiesen. Im Rahmen dieser fachbezogenen Inputs wurde aber immer darauf geachtet, dass die konkreten Beispiele oder Arbeitsgruppenaufträge mädchenspezifische Ausgestaltungen erhielten.

Die Praxis:

Prof. Hiltrud von Spiegel führte einen Workshop zur Formulierung fachlicher Standards in der Jugendhilfe und der Rolle von Jugendhilfeplanung in diesem Prozess. Im Anschluss daran erfolgte eine Nachbereitung zum Thema „Bildung von Indikatoren und Qualitätsstandards". In beiden Fortbildungen wurden praktische Arbeitsgruppenaufträge in einen mädchenspezifischen und planerischen Zusammenhang gestellt. Auf diese Weise konnten zahlreiche Fachkräfte angesprochen und gleichzeitig ein Zugang zu mädchenspezifischen Aspekten erwirkt werden. Da die mädchenspezifischen Fragestellungen im Modellprojekt gekoppelt mit den allgemeinen Entwicklungsbedarfen behandelt wurden, ergingen auch über geschlechtsspezifische Fragestellungen hinaus Anstöße in die jeweiligen Planungsprozesse (siehe zu den Inhalten die Instrumente im Anhang).

Im Projekt wurde weiterhin darauf geachtet, dass die Ergebnisse aus den Planungsprozessen vor Ort, die überlokale Relevanz hatten, in **erweiterte fachpolitische Diskurszusammenhänge** gespeist werden. Die Themen sollten gesellschaftliche Konturen entwickeln und damit Inhalt von Politik werden.

Nachdem sich für Thüringen abzeichnete, dass dem Thema der beruflichen Perspektiven von jungen Frauen zentrale Bedeutung zukommt, wurden die Informationen in die LAG Mädchenpolitik eingebracht. Es wurde versucht, dahingehend auf die Arbeit der LAG Einfluss zu nehmen, dass diese die Strukturierung ihrer internen Arbeitsabläufe an dieses inhaltliche Thema koppelt und damit ein thematisches Arbeitsprofil entwickelt. Die LAG sollte damit einerseits effektiver arbeiten, sie sollte

andererseits auch dieses aktuelle Thema in die Diskussion bringen und befördern.

Die Ergebnisse der Erkundungen in den Standorten wurden an weiteren Schnittstellen eingebracht, die als bedeutsam für die Entwicklung von gesellschaftlichem Bewusstsein und Handlungspotentialen angesehen wurden. Auf der Messe „Frauen und Arbeit“ wurden die Ergebnisse führenden PolitikerInnen und Wirtschaftsexperten vorgetragen. Ebenso erfolgte die Information des Gleichstellungsausschusses des Landes.

Es wurden Schnittstellen zur Tätigkeit anderer Bereiche gesucht und versucht, Kräfte zu bündeln. Gemeinsam mit den Landesbehörden, den Kommunen und der zuständigen Beauftragten des gemeinsamen Arbeitsamtes Thüringen/Sachsen-Anhalt wurde ein Workshop zur Lebenslage von jungen Frauen an den Schnittstellen Ausbildung/Beruf/Familie durchgeführt.

Dennoch weist der letzte Arbeitsschritt noch die stärksten Schwierigkeiten auf. Während die Ergebnisse der Planung bei den Beteiligten und Fachkräften weitgehend auf Akzeptanz stoßen und nachvollziehbar waren, ist es bis zum Handeln noch ein weiter Weg. Ansatz der Integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung war es, die Vorgänge nicht aus den allgemeinen Planungsbelangen herauszukoppeln, sondern in den regulären Abläufen zu halten. Dies bedeutete davon auszugehen, dass, wenn die Jugendhilfeausschüsse bei der Auswahl der Themenstellungen beteiligt waren, Zwischenergebnisse vorgetragen wurden und auch sonst z. T. personell eingebunden waren, sie auch ein Interesse an den Ergebnissen der Planungen haben müssten. Dies bedeutete auch, dass die Planungskräfte zuletzt eigenständig die Koppelung in die Jugendhilfeausschüsse und die Verwaltung hinein leisteten. Die Ergebnisse der Planungen wurden von den Jugendhilfeausschüssen zur Kenntnis genommen. Gezielte Maßnahmen wurden – unserer Kenntnis nach – bislang nicht beschlossen.

Es zeigt sich an dieser Stelle, dass mit einer solchermaßen angelegten Planung Aufmerksamkeit in der Verwaltung und bei freien Trägern erreicht werden kann. Die politische Ausrichtung der **Jugendhilfeausschüsse** macht es aber notwendig, dass Themen mehr als nur fachlich stringent sichtbar werden. Sie müssen sich zu gesellschaftlich relevanten „Problemlagen“ verdichten. Hier spielen eine Reihe von Faktoren eine Rolle, die nicht immer in der Hand von Jugendhilfeplanungsprozessen liegen. Eine wesentliche Erfahrung ist hierbei auch, dass JugendhilfeplanerInnen, die kommunal eingebunden sind, viel begrenztere Mittel zur Verfügung stehen, als einer außenstehenden Institution.

Die Kommunikationswege in nächsthöhere Zusammenhänge, die benötigt werden, damit Themen gesellschaftliche Relevanz entwickeln, sind nicht immer gegeben oder werden z. T. nicht effektiv genutzt. Solche Prozesse brauchen aber ebenso Zeit und eine professionelle Form der Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu konnten die Planungsergebnisse nur einen Anschub leisten, denn sie leiteten nach der Formulierung der Themenstellung zunächst vor allem in die fachlichen Diskurse der Jugendhilfe über. Das ist der Auftrag, den Fachkräfte sehen und annehmen.

Für Thüringen kann aber das Fazit gezogen werden, dass die Planungsergebnisse zur Lebenslage von jungen Frauen an der Schnittstelle zwischen Ausbildung/Berufstätigkeit und Familie den Kern des derzeitigen fachpolitischen Handlungsbedarfes getroffen haben. Durch die Kommunizierung der Ergebnisse auf Landesebene hat sich die Einsicht etabliert, dass im Interesse von benachteiligten jungen Frauen – wie z. B. jungen Müttern – gehandelt werden muss. Hierzu fand ein Fachgespräch mit ausgewählten Kommunen und Fachkräften statt. Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten sollen ausgelotet und miteinander besprochen werden. Es sollen sowohl Impulse in die Kommunen widergespiegelt wie auch Unterstützungsnotwendigkeiten auf Landesebene eruiert werden.

Damit zeigt sich, wie wichtig das Zusammenspiel aller AkteurInnen auf unterschiedlichen Ebenen ist. Das Ergebnis ist auch eine Bestätigung der Hypothese, dass mädchenspezifische Belange durchaus handlungsrelevant aufgegriffen werden, wenn sie nach den Kriterien der fachpolitischen Relevanz erarbeitet wurden.

4 Übergänge zwischen Schule/Ausbildung/Beruf

(Irina Bohn/Monika Bradna)

Die zuvor erläuterte Planungskonzeption wird in der operativen Ausrichtung maßgeblich durch die örtlichen Variablen bestimmt. Dies kommt in der Eingrenzung auf die Zielgruppe zum Ausdruck und/oder in der Schwerpunktsetzung im Bereich des Handlungsfeldes. Dieses Kapitel dient der Illustration der Bandbreite von Planungsausrichtungen am Beispiel der Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Es zeigt zugleich die thematische Palette der Planungsergebnisse und ihre fachliche Relevanz auf.

Der gesamte Komplex, der sich um die Frage der Berufstätigkeit von Mädchen und jungen Frauen eröffnet, ist das zentrale Thema, wenn nach den aktuellen jugendpolitisch relevanten Fragestellungen gefragt wird. In allen Standorten wurden die Fragen nach den Chancen von Mädchen und jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt von ExpertInnen aller Arbeitsbereiche der Jugendhilfe fokussiert und als zentral bewertet. Damit bündeln sich in den Diskursen die ökonomisch-soziale Realität vor dem Hintergrund bestehender gesellschaftlicher Leitbilder.

Aus der Auswertung von 16 ExpertInneninterviews (Amtsleitungen, Sachgebietsleitungen, Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse, Gleichstellungsbeauftragten, Vorsitzenden von Arbeitsgemeinschaften, VertreterInnen freier Träger) und den Erfahrungen der Fachkräfte der Jugendhilfe, die im Rahmen von Hearings an der Planung im Landkreis Nordhausen und der Stadt Erfurt beteiligt wurden, kristallisierte sich als jugendpolitisch prioritäres Thema die Frage der **Chancen von jungen Frauen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** heraus. Alle Beteiligten an den Planungsprozessen formulierten eine deutliche Beunruhigung, angesichts der ökonomischen und folglich auch sozialen Benachteiligung von jungen Frauen.

4.1 Zentrale Erkenntnisse aus den Erkundungen zu den Zielgruppen junger Frauen im Übergang zwischen Schule/ Ausbildung/Beruf

4.1.1 Daten zur Ausbildungssituation von Mädchen und jungen Frauen

Mädchen und junge Frauen sind in vielen Bereichen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes von Benachteiligungen betroffen (vgl. zu den aktuellen hier angeführten Daten, Jugendberufshilfe Thüringen e.V., Potentialanalyse Thüringen 1999/2000 sowie Jugendberufshilfe Thüringen e.V., Stellungnahme für die Anhörung im Gleichstellungsausschuss des Thüringer Landtages zu dem Thema „Mädchenpolitik in Thüringen", Erfurt 16.01.1997):

- Die Nachfrage von Mädchen und Jungen nach einer Ausbildung im dualen System ist nominal gleich hoch. 1999 waren die Mädchen bei den nicht vermittelten Bewerbern nahezu doppelt so hoch vertreten (822 bzw. 4,2% Mädchen und 464 bzw. 2,4% Jungen).
- 1999 hat sich die Zahl der weiblichen Bewerber, die in eine betriebliche Berufsausbildung einmünden, erhöht. Sie liegt jetzt bei 50%. Jungen münden zu 55 % ein. Allerdings gilt hier zu beachten, dass die Mädchen in der Regel besser schulisch ausgebildet sind, als die Jungen.
- Entsprechend dieser Befunde sind Mädchen deutlich stärker in Maßnahmen vertreten, die Marktbenachteiligungen abbauen wie in dem Jugendsofortprogramm, an dem Mädchen mit 55% beteiligt sind oder der Berufsfachschulausbildung, bei dem der Anteil der Mädchen bei 79% liegt. Damit potenzieren sich aber für die Mädchen Benachteiligungen, da sie vorwiegend in Berufsfeldern der sozialen Dienstleitungen qualifiziert werden. Der Anteil der Mädchen an allen Beteiligten der Berufsfachschule mit Realschulabschluss beträgt 89%.
- Mit Abschluss des Berufsberatungsjahres 1998/1999 wurden 2.168 Jugendliche in eine Berufsausbildung für Benachteiligte integriert, der Mädchenanteil beträgt hierbei jedoch nur 40%. Der Anteil der Mädchen, an den Jugendlichen mit Realschulabschluss in diesen Maßnahmen beträgt 65%.
- Damit wird deutlich, dass Mädchen mit höheren Schulabschlüssen als die Jungen in Sonderprogrammen unterkommen müssen. Obwohl Mädchen schulisch höhere Abschlüsse vorweisen können, der Anteil der Mädchen an den Abiturienten beträgt 1999 60%, haben sie bei Bewerbungen deutlich schlechtere Chancen.
- 1999 beträgt der Anteil der Mädchen, die in ein Berufsvorbereitungsjahr einmünden 49%. Mädchen sind allerdings im Berufsgrundbil-

dungsjahr überrepräsentiert (83%). Sie werden dort in den Berufsfeldern Gesundheit bzw. Ernährung und Hauswirtschaft auf eine Ausbildung im sozialen Dienstleistungsbereich vorbereitet, d. h., wiederum auf frauentypische Berufe mit deutlichen Risiken verwiesen.
- In der Kategorie weiterführender Schulbesuch, stellen Mädchen 58% der SchülerInnen.
- 55% aller SchülerInnen, die nach Schulabgang direkt in eine Arbeit münden, sind junge Frauen.

Es zeichnen sich somit folgende Benachteiligungsrisiken ab:

- Mädchen haben bessere schulische Abschlüsse als Jungen, sind aber beim Zugang zur beruflichen Ausbildung benachteiligt;
- Mädchen finden sich trotz höherer Abschlüsse in Sonderprogrammen wieder, vollziehen also Warteschleifen statt zielgerichteter Qualifizierungen;
- Mädchen sind stärker in Maßnahmen integriert, die sie auf soziale oder Dienstleistungsberufe vorbereiten. Die geschlechtsspezifische Berufsorientierung birgt große Nachteile, sowohl was die Verdienstmöglichkeiten anbetrifft, als auch die berufliche Weiterqualifizierung.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen sind auch die Bewertungen von Mädchen hinsichtlich ihrer beruflichen Perspektiven zu deuten. In den SchülerInnenbefragungen, die in Erfurt und Nordhausen durchgeführt wurden, sieht es zunächst so aus, als ob sich die Mädchen optimistisch ihrer Zukunft stellen, bei genauem Hinsehen zeichnet sich jedoch ab, dass mit steigendem Alter die Besorgnis der Mädchen steigt und die Mädchen durch geschlechtstypische Präferenzen Arbeitsmarktbenachteiligungen in Kauf nehmen müssen.

4.1.2 Ergebnisse der Schülerinnenbefragung Erfurt

In Erfurt wurden 138 Mädchen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren aus den Stadtteilen Kräpfervorstadt, Johannesplatz, Ilversgehofen und Johannesvorstadt befragt. Die Befragung erfolgte als Schulklassenbefragung an vier Schulen (Regelschule 1, Regelschule 4, Regelschule 6 und der Integrierten Gesamtschule). 117 der befragten Mädchen besuchten die Regelschule, 21 Mädchen die Integrierte Gesamtschule.

Die überwiegende Mehrheit der Mädchen hat sich zum Zeitpunkt der Befragung bereits Gedanken über ihre beruflichen Perspektiven gemacht (n=135). 48% der Mädchen haben darüber schon intensiv nachgedacht, 46% beschäftigen sich zeitweise mit ihren beruflichen Per-

spektiven, nur 8% geben an, dies noch nicht zu tun. Im Hinblick auf die Einschätzung ihrer Zukunft teilt sich die Gruppe der Mädchen auf. Von allen Mädchen, die die Frage beantworteten (n=124) geben 45% an, besorgt zu sein, 41% sehen ihre Zukunft zuversichtlich oder eher zuversichtlich. Auffällig ist aber, dass mit steigendem Alter auch der Anteil der Mädchen, die sich besorgt zeigen, steigt. 47% der 16- bis 18jährigen sehen ihre berufliche Zukunft eher oder sehr besorgt, während dies nur 26% der 12- bis 14jährigen tun. Demgegenüber steht aber dennoch eine Gruppe von Mädchen, die sich zuversichtlich zeigt, 39% der 16- bis 18jährigen sehen ihre Zukunft eher oder sehr zuversichtlich.

Danach gefragt, welche Kriterien für ihre zukünftige Berufstätigkeit von hoher oder eher nachrangiger Bedeutung sind, gaben die Mädchen vor allem hohe Bewertungen im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit ab.

93% der Mädchen (n=136) bewerteten eine sichere Arbeit als sehr wichtig.

92% der Mädchen (n=133) fanden ebenfalls eine abgeschlossene Berufsausbildung sehr wichtig.

56% der Mädchen (n=129) bewerteten dann nette KollegInnen als sehr wichtig. Hierbei fällt allerdings auf, dass je älter die Mädchen werden, desto weniger kommt diesem Kriterium eine sehr wichtige Bedeutung zu (12- bis 14jährige 65%, 14- bis 16jährige 53%, 16- bis 18jährige 44%).

45% der Mädchen (n=130) bewerten es als sehr wichtig, viel Geld zu verdienen. Während die 12- bis 14jährigen dies zu 47% noch als sehr wichtig beurteilen, sind es dann aber nur noch 29% der 16- bis 18jährigen.

Eine eigene Firma zu besitzen findet die Mehrzahl der Mädchen (n=124) kaum wichtig (31%), ebenso wie selbst einmal Chefin zu werden (35%).

Nach ihren Berufswünschen befragt, gaben 28% der Mädchen (n=89) an, einen medizinischen Beruf und 25% der Mädchen einen Beruf im Dienstleistungssektor anzustreben. 38% der Mädchen kann es sich in keinem Fall vorstellen, in einem typischen Männerberuf zu arbeiten, 23% nur in äußerstem Notfall. Nur 6% der Mädchen haben einen Berufswunsch, der in einem männertypischen Berufsfeld liegt.

Die Mädchen wurden gebeten, auf einer Skala von 1 bis 5 die Wichtigkeit von Zukunftsoptionen zu bewerten. Als wichtigste Option bewerte-

ten die Mädchen „berufliche Karriere machen“ mit insgesamt 46,5%. 16- bis 18jährige bewerten dieses Vorhaben sogar mit 67% als wichtigstes Ziel. Das Leben zu genießen werten 42% der Mädchen als sehr wichtig. Demgegenüber bewerten nur 13% der Mädchen es als sehr wichtig Kinder zu haben. 42% der 16- bis 18jährigen ordneten ihren Kinderwunsch als eher nachrangig auf Punkt 4 der Skala an. Als Schlusslicht der Bewertung wichtiger Lebensoptionen von Mädchen rangiert das gesellschaftliche Engagement. 45% der Mädchen werteten dieses Ziel als unbedeutend für sich (Punkt 5 der Skala). 16- bis 18jährige finden gesellschaftliches Engagement zu 58% unwichtig für ihr Leben.

Danach gefragt, ob sie Angst vor der Zukunft hätten, antworteten die Mädchen (n=110) überwiegend negativ. 40% gaben an oft, 35% manchmal und 25% nie Angst zu haben.

4.1.3 Ergebnisse der SchülerInnenbefragung in Nordhausen

In Nordhausen wurden insgesamt 171 SchülerInnen der Abgangsklassen an allen Schulen zu ihrer Berufsausbildung und beruflichen Zukunft befragt. Es handelt sich hierbei also um eine Stichprobe aus allen Schulen. 52% der befragten Schüler waren Mädchen, 48% Jungen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren. 72% der SchülerInnen besuchten eine Regelschule, 28% ein Gymnasium.

Nach ihren Berufswünschen befragt antworteten Mädchen und Jungen deutlich differenziert. Während bei Jungen KFZ-Berufe mit 27% und handwerkliche Berufe mit 24% dominieren, sind es bei den Mädchen soziale Berufe mit 18%, kaufmännische Berufe mit 16% und kreative Berufe mit 12%. Jungen wünschen sich zu 10% einen Beruf im Multimedia-Bereich, Mädchen nur zu 4%.

Mädchen und Jungen haben sich vor allem für einen Beruf entschieden, weil sie der Auffassung sind, Spaß an ihm zu haben. (90% der Jungen, 83% der Mädchen gaben dies an). Mädchen wollen zudem (84%) mit Menschen arbeiten, demgegenüber nur 54% der Jungen. Die erwarteten Verdienstmöglichkeiten rangieren an dritter Stelle der Entscheidungskriterien, 68% der Jungen haben sich aus diesem Grund für einen Beruf entschieden und 63% der Mädchen. Für Mädchen sind die Kriterien, mit der Ausbildung auch in eine Berufstätigkeit zu münden sowie Arbeit und Familie verbinden zu können eher von Bedeutung als für Jungen (Berufstätigkeit Mädchen 53%, Jungen 42%, Familie und Beruf Mädchen 39%, Jungen 23%).

Die meisten SchülerInnen sind zuversichtlich im Hinblick auf ihre Berufsausbildung. 57% der SchülerInnen geben an, sehr oder eher zuversichtlich zu sein. 35% äußern sich eher oder sehr besorgt. Eher besorgt sind 30% der Mädchen und 26% der Jungen.

Etwas anders stellt sich die Einschätzung der beruflichen Zukunft der Mädchen und Jungen dar. Jungen schätzen sie in der Mehrzahl (41%) eher optimistisch ein. Bei den Mädchen dominiert hingegen die Beurteilung teils/teils (41%). 62% der Mädchen und 69% der Jungen gaben ihre Einschätzung vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit beurteilen Mädchen mit 41% deutlich häufiger als Grund für eine negative Einschätzung als Jungen (27%).

Danach gefragt, welche Rahmenbedingungen die SchülerInnen akzeptieren würden, um berufstätig zu sein, machten die SchülerInnen folgende Angaben.

Die Mehrzahl der Mädchen 40% würde nur im Notfall und 23% in gar keinem Fall häufiger in eine andere Stadt ziehen, die Mehrzahl der Jungen gibt an, dies auf gar keinen Fall zu wollen (35%) oder nur im äußersten Notfall (28%). Die Mehrzahl der SchülerInnen könnte aber mit einer häufigen Abwesenheit von Zuhause leben (43%; Mädchen 46%, Jungen 41%). 60% der SchülerInnen würden sich nur im Notfall oder auf gar keinen Fall auf ein befristetes Arbeitsverhältnis einlassen. Auf gar keinen Fall würden dies 32% der Jungen und 23% der Mädchen tun. Den Job nehmen, der gerade angeboten wird, finden 9% der Mädchen absolut o. k. und 17% der Jungen. Nur im Notfall würden sich 27% der Mädchen und 24% der Jungen darauf einlassen.

Danach gefragt, wer sie bei ihrer Berufswahl unterstützt, gab die Mehrzahl der SchülerInnen an, dass es ihre Mutter sei (92% der Mädchen; 90% der Jungen). Jungen erhielten aber wesentlich häufiger ebenfalls Unterstützung durch ihre Väter (85% der Jungen, 64% der Mädchen). Für Mädchen waren Freunde und Freundinnen demgegenüber wichtige Unterstützungspartner (77% der Mädchen, 46% der Jungen).

Die Berufsberatung des Arbeitsamtes haben 69% der Mädchen und 48% der Jungen in Anspruch genommen. GymnasiastInnen (91%) nutzen die Berufsberatung des Arbeitsamtes wesentlich häufiger als RegelschülerInnen (46%). Jeweils 90% der Mädchen und Jungen haben das Berufsinformationszentrum BIZ genutzt, 81% der Mädchen und 82% der Jungen haben an der Berufsberatung des Arbeitsamtes im Unterricht teilgenommen. 55% der Mädchen und 59% der Jungen haben

eine Einzelberatung im Arbeitsamt wahrgenommen, 43% der Mädchen und 33% der Jungen eine Einzelberatung des Arbeitsamtes in der Schule.

60% der Jungen aber nur 47% der Mädchen sind mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes zufrieden.

Nur insgesamt 25% der Mädchen und 30% der Jungen haben andere Beratungsmöglichkeiten in Anspruch genommen. Mädchen informieren sich überwiegend über Broschüren, während Jungen eher Angebote von Unternehmen in Anspruch nehmen.

Mädchen und Jungen präferieren etwa zu 95% eine Einzelberatung. 80% der Mädchen halten ein Praktikum für hilfreich, während Jungen eher Firmenbesichtigungen (57%) und Internetrecherchen (58%) als hilfreich beurteilen. Interessant ist, dass 66% der Mädchen also mehr Mädchen als Jungen Internetrecherchen als hilfreiche Informationsquelle angeben.

82% der Mädchen und 76% der Jungen bevorzugen eine spezielle Beratungsstelle. An zweiter Stelle benannten Mädchen (66%) und Jungen (64%) das Arbeitsamt. An dritter Stelle folgt die Schule (54% der Mädchen und 40% der Jungen).

Aus den Befragungsergebnissen wird deutlich:

- Mädchen äußern sich tendenziell eher optimistisch, was ihre berufliche Zukunft anbetrifft, sie leben also in der Hoffnung, eine befriedigende Berufsbiographie entwickeln zu können. Je älter die Mädchen sind, desto deutlicher verringert sich die Gruppe der optimistischen Mädchen. Immerhin gaben gut 40% der Mädchen in Erfurt an, oft Angst vor der Zukunft zu haben.
- Mädchen wünschen sich prioritär Berufe, in denen sie sichere Arbeitsplätze finden, sie bewerten Kriterien wie „Karriere machen“ und „viel Geld verdienen“ hoch ein. Demgegenüber entscheiden sie sich vor allem für Berufe in sozialen, kaufmännischen, medizinischen oder kreativen Bereichen. Mit Menschen zu arbeiten ist ein Kriterium, das 84% der Mädchen wichtig finden, jedoch nur 54% der Jungen. D. h., dass zwischen Erwartungen an den Beruf und faktischer Berufswahl eine deutliche Diskrepanz auszumachen ist. So ist es dann auch zu erklären,
- dass Mädchen deutliche Kompromisse machen, je älter sie werden. Während es noch 47% der Mädchen im Alter zwischen 12 und 14

Jahren wichtig finden, viel Geld zu verdienen, sind es nur noch 29% der 16- bis 18jährigen.

- Während die 13. Shell-Studie die deutliche Mobilitätsbereitschaft von Mädchen in den neuen Bundesländern unterstreicht (13. Shell-Studie 2000, S. 293), zeichnet die Befragung in Nordhausen ein gegenteiliges Bild. 40% der Mädchen würde nur im Notfall häufiger in eine andere Stadt ziehen, 23% in gar keinem Fall. Ebenso würde die Mehrzahl der Mädchen (60%) gar nicht oder nur im Notfall einen befristeten Arbeitsvertrag akzeptieren. Ein knappes Drittel würde sich nur im Notfall darauf einlassen, den Job zu nehmen, der gerade frei ist. Damit wird deutlich, dass zwischen den Flexibilisierungsansprüchen des Marktes und der Flexibilisierungsbereitschaft der Mädchen zunächst Unterschiede festzustellen sind.
- Mädchen bewerten offensichtlich Familie und Mutterschaft als nachrangige Lebensoption. 46,5% der Mädchen finden es sehr wichtig Karriere zu machen, nur 13% beurteilen es als sehr wichtig Kinder zu haben. 39% der Mädchen finden es ausschlaggebend für die Berufswahl, ob sich der Beruf mit einem Familienleben vereinbaren lässt. Hier bietet sich zunächst die Interpretation an, dass Mädchen Beruf und Familie als entweder/oder Option erleben. Da sie zunächst mit den Anforderungen des beruflichen Lebens konfrontiert sind, werden die privaten Lebensoptionen zurückgestellt. Damit erleichtern sich für die Mädchen sicherlich die Einstiegschancen in eine berufliche Biographie, die Probleme, auf die die Mädchen dann wahrscheinlich nicht vorbereitet sind, tauchen erst später auf, wenn es faktisch gilt, mit der getroffenen Berufswahl Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu verbinden.

4.1.4 Daten zur Situation von Mädchen auf dem Arbeitsmarkt

In Thüringen waren 1999 im Jahresdurchschnitt 18.977 Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren arbeitslos (vgl. zu allen hier angeführten Daten Potentialanalyse Thüringen, Jugendberufshilfe Thüringen e.V.). Damit sank die Quote der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr um 10,5%. Dieser Rückgang, der zunächst positiv stimmt, ist in erster Linie den Aktivitäten im Rahmen des Jugendsofortprogramms der Bundesregierung zu verdanken. Weit über zwei Drittel der TeilnehmerInnen des Sofortprogramms verfügen bereits über eine berufliche Qualifikation und traten somit zunächst nicht auf dem Arbeitsmarkt an. Es zeigte sich im Jahr 1999 dennoch massiv das sog. zweite Schwelle-Syndrom. Seit Oktober 1999 liegt die Gesamtjugendarbeitslosigkeit um durchschnittlich 5% über den Werten des Vorjahres. Im differenzierten Blick auf die

Geschlechter lässt sich zunächst feststellen, dass der Anteil von Mädchen an allen arbeitslosen Jugendlichen bei 38,8% liegt, dieses Bild ist jedoch oberflächlich verzerrt. Spätestens beim differenzierten Blick auf den Bezug von Sozialhilfe wird deutlich, dass Mädchen deutlich überrepräsentiert sind. 1999 bezogen 10.024 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren Sozialhilfe. Jugendliche stellen damit ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger Thüringens. Junge Frauen sind in dieser Gruppe mit 63,5% deutlich überrepräsentiert. Der Anteil der Mädchen ohne Berufsausbildung an allen Sozialhilfeempfängern dieser Altersstufe liegt bei 38,8%. Gut 63% der SozialhilfeempfängerInnen ohne Berufsabschluss sind junge Frauen. Ebenso verhält es sich bei der Altersstufe von 21 bis 25 Jahren. Ihr Anteil an allen SozialhilfeempfängerInnen dieser Altersstufe liegt zwar bei 21%, von allen SozialhilfeempfängerInnen ohne Berufsabschluss sind es aber wiederum die jungen Frauen, die den größeren Anteil, nämlich 63% ausmachen. Insgesamt 2.054 weibliche Sozialhilfeempfängerinnen geben an, dass sie aufgrund häuslicher Bindung nicht erwerbstätig sein können, das sind 20% aller SozialhilfeempfängerInnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese jungen Frauen Kinder betreuen. Junge Frauen verbleiben aber nicht wegen fehlender beruflicher Ausbildung in der Sozialhilfe. Der Anteil der Frauen an den Sozialhilfeempfängern, die eine Lehre abgeschlossen haben und sogar höhere berufliche Qualifizierungen vorweisen können, liegt bei 67,5%.

Diese Situation stellt sich nicht nur thüringenweit dar, sondern auch in den Standorten des Projektes. In Erfurt lag der Anteil der jungen Frauen an allen arbeitslosen Jugendlichen bei 37,6%. Ihr Anteil bei den SozialhilfeempfängerInnen lag demgegenüber bei 58% (vgl. Potentialanlyse Erfurt 1999/2000, Jugendberufshilfe Thüringen e.V.). Ähnlich stellt sich die Situation in Nordhausen dar. Der Anteil der Mädchen an allen arbeitslosen Jugendlichen lag 1998 bei 38,2%, in der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen beträgt der Anteil der weiblichen Sozialhilfeempfänger 53,9%, in der Altersgruppe der 18- bis 21jährigen bei 59% und in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen 66,8%. In Nordhausen betrug der Anteil der Mädchen in der Altersgruppe zwischen 21 und 25 Jahren, die Sozialhilfe erhalten und keinen Berufsabschluss haben 75% (vgl. Potentialanalyse Landkreis Nordhausen 1998/1999, Jugendberufshilfe Thüringen e.V.).

Die Jugendberufshilfe Thüringen e.V. führte 1999 eine Befragung von 191 jugendlichen SozialhilfeempfängerInnen in sechs Standorten in Thüringen durch (vgl. Auswertung der Befragung jugendlicher Sozialhilfeempfäner im Freistaat Thüringen im November 1999, Jugendberufs-

hilfe Thüringen e.V.). 58% der Befragten waren junge Frauen, 42% junge Männer. Die Auswertung der Befragung macht deutlich:

- 68% der jungen Sozialhilfeempfängerinnen haben ein oder mehrere Kinder. 60% der Kinder sind unter 3 Jahre alt;
- Drei Viertel der jungen Frauen geben an, dass sie aufgrund der Notwendigkeit zur Kindererziehung nicht erwerbstätig sind;
- 87,5% der SozialhilfeempfänerInnen mit Realschulabschluss sind junge Frauen, 57% der SozialhilfeempfängerInnen mit Hauptschulabschluss oder qualifiziertem Hauptschulabschluss sind junge Frauen und nur 37% der SozialhilfeempfängerInnen ohne Schulabschluss sind junge Frauen;
- 45% der jungen Sozialhilfeempfängerinnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die jungen Frauen führten als Gründe hierfür an, den nicht vorhandenen Schulabschluss (evtl. reichte der HSA nicht für den Ausbildungswunsch), das fehlende Lehrstellenangebot und die Tatsache, dass sie ein Kind bekamen;
- Junge Frauen, die Sozialhilfe beziehen, kommen zu etwa einem Drittel aus schulischen oder ähnlichen Ausbildungsformen (Studium) und zu einem weiteren Drittel aus kaufmännischer Ausbildung;
- 96% der jungen Sozialhilfeempfängerinnen hätten gerne eine abgeschlossene Berufsausbildung erreicht, empfinden ihren Zustand als belastend. 58% der befragten jungen Frauen geben an, dass sie so schnell wie möglich aus dem Sozialhilfebezug ausgestiegen wären, wenn sie so gekonnt hätten, wie sie wollten. 87% der jungen Frauen stimmen eher zu, wenn sie die Frage beantworten „ich habe nie gedacht, dass ich einmal von Sozialhilfe leben muss“;
- Nach ihren besonderen Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten befragt, geben die jungen Sozialhilfeempfängerinnen geschlechtstypische Antworten. 38% können gut mit Menschen umgehen, 19% sehen ihre Fähigkeiten im Bereich Büro, Computer u. ä., 10% im handwerklichen Bereich, 7% im gesundheitlichen Bereich und 5% im gastronomischen Bereich. Danach gefragt, welche Arbeitsfelder sie besonders ansprechen würden, antworten die jungen Frauen ebenfalls geschlechtstypisch. Die Arbeit mit Menschen rangiert an erster Stelle (32%), dann kommt der Gesundheitssektor (23%), dann die Tätigkeitsfelder Büro (16%) und Gastronomie (14%). Handwerkliche Tätigkeiten sprechen junge Frauen nur zu 5% an.

Auf der Basis dieser Zahlen zeigt sich deutlich, dass für junge Mütter eine hohe Gefahr besteht, keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Frühe Mutterschaft ist gleichwohl insbesondere ein Risiko im Hinblick auf den Einstieg in die berufliche Ausbildung.

Spannend sind in diesem Zusammenhang die Deutungen, die dieses Risiko durch die ExpertInnen erfährt. In den Interviews finden sich nur auffällig wenige Passagen zu den systemimmanenten geschlechtsspezifischen Benachteiligungen wie sie etwa diese Aussage dokumentiert:

> *„Angebote von Bildungsträgern und Angebote von Beschäftigungsprojekten gehen immer wieder noch in traditionelle Richtungen: Mädchen machen Hauswirtschaft und Gartenbau. Mädchen werden kaum an technische Dinge herangeführt, nicht im IT Bereich, der jetzt der große Schlager ist. Gerade was die Förderung benachteiligter Mädchen anbetrifft gibt es noch große Potentiale, Mädchen Chancen zu eröffnen, technische oder handwerkliche Berufe zu ergreifen, um ihnen in der Zukunft auch bessere Chancen einzuräumen." (Interview Nr. 13)*

Statt dessen äußerten sich die ExpertInnen ausführlich zur Frage des doppelten Lebensentwurfes von Mädchen. Zunächst gilt es aus der Tradition der DDR anzunehmen, dass Mädchen, auch der jetzigen Generation, eine Sozialisation im Hinblick auf einen doppelten Lebensentwurf, d. h. Erwerbstätigkeit und Familie, erfahren haben. Sie haben ihre Mütter in DDR-Zeiten und im Falle gelungener Transformationsprozesse in Erwerbstätigkeit erlebt. Dort, wo die Übergänge nicht gelangen, erlebten Mädchen in ihren Familien die Krisen und Probleme, die mit Erwerbslosigkeit verbunden sind. Vor diesen gesellschaftlichen und sozialen Hintergründen, gilt es anzunehmen, dass ExpertInnen die Bedeutung von Erwerbstätigkeit für Mädchen sensibel wahrnehmen und die strukturellen Verdrängungsmechanismen scharf kritisieren.

Die ExpertInnen, die wir interviewt haben, nehmen aber in zahlreichen Fällen einen anderen Blickwinkel ein. Sie schildern vornehmlich, dass im Zuge der Erfahrungen, die Mädchen in ihrer Familie und auf dem Arbeitsmarkt machen, sie den Rückzug in die Mutterschaft als Option und Chance erleben:

> *„In zahlreichen Fällen ist es so, dass die Mädchen schwanger werden, Kinder kriegen ganz bewusst aus dem Hintergrund heraus, „Ich schaffe es über den Bildungsweg nicht, ich kriege keine Arbeit, aber wenn ich jetzt ein Kind kriege, dann kriege ich Erziehungsgeld, Kindergeld usw." Wenn sie dann für den Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, dann bekommen sie auch Sozialhilfe. D. h. nicht, dass sie die staatlichen Unterstützungen ausnutzen, wie das von manchen Seiten aus der Politik so dargestellt wird, sondern dass sie einen Weg suchen, sich zu retten, ihr Leben zu finanzieren. Da wird einfach auf uralte Muster zurückgegriffen. (...) Im Frühjahr waren wir in einem Austauschprojekt in der Slowakei und haben*

uns dort u. a. metallverarbeitende Betriebe angeschaut. In den Werkhallen waren 30 bis 40% der Arbeiter Frauen. Ich habe mich sofort in alte DDR Zeiten zurückversetzt gefühlt. Die Mädchen, von denen ich eben sprach, hätten früher halt in solchen Betrieben ihren Arbeitsplatz gehabt. Sie hätten ohne langen Ausbildungsweg irgendwo als Produktionsarbeiter ihren Arbeitsplatz gehabt, und wären dort auch ganz gut zurechtgekommen bei dem ganzen Versorgungsgefüge und auch in einem Gefüge, aus dem man nicht so gut ausbrechen konnte. Von daher ist es ganz schön merkwürdig zu sehen, dass die Mädchen in ein uraltes Muster zurück verfallen." (Interview 12)

„Also, erst einmal wirkt sich das auf das ganze Leben bei den Mädchen aus, die sind, wenn sie schon mal bei der Ausbildung benachteiligt sind, keine Lehrstelle bekommen, finanziell und ökonomisch abhängig von dem späteren Ehepartner. Das wirkt sich auf das ganze Selbstbewusstsein aus, auf die Motivation, irgend etwas zu tun. (...) Das kann natürlich auch bei den Mädchen passieren, dass die sich dann zurückziehen, wirklich auf die Mutter- und Frauenrolle und das dann so leben, wie das dann auch so gewollt ist von unserer Regierung, sag ich mal. Und das würde ich für sehr bedenklich halten". (Interview 3)

Obwohl diese Interviewpassagen den Rückzug von Mädchen in die Familie als Rückschritt bewerten, machen sie gleichsam deutlich, dass über die Kinderfrage weniger als Zugangsrisiko auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gesprochen wird, sondern über die Kinderfrage als Option auf einen alternativen Lebensentwurf zur Erwerbstätigkeit.

Diese Haltung ist auch dort herauszulesen, wo MitarbeiterInnen die Abkehr auch aus der Ablehnung der mütterlichen Lebensentwürfe in Verbindung mit dem erfahrenen Mangel an Fürsorge, Zuwendung, Förderung und Zeit begründen. Mädchen, die die Erfahrungen von Doppelbelastung ihrer Mütter hautnah miterleben, die ihrerseits wenig Unterstützung und Förderung bei der beruflichen Orientierung erfahren haben und statt dessen im Alltagshandeln deutlich dahingehend sozialisiert wurden, Aufgaben in Haushalt und Geschwisterbetreuung zu übernehmen, ziehen sich nach Meinung der ExpertInnen aktiv vor den Anforderungen des Arbeitslebens zurück und sehen eine Chance auf eine befriedigende Lebensführung in der Hinwendung auf eine eigene Familie, in der die ausschließliche Mutterrolle nicht nur von dem Stress des Bestehens auf dem Arbeitsmarkt befreit, sondern auch gleichzeitig die Möglichkeit bietet, die eigenen familiären Kränkungen wiedergutzumachen.

„Wir haben sehr viele Mädchen, die bei uns Hilfe suchen ohne ihre Mütter, die uns eindeutig sagen, die Hilfe meiner Mutter will ich nicht. Die also für sich schon – das ist auch Identität – für sich selber sagen, das, was ich jeden Tag hier erlebt habe, das kann nicht mein Leben sein". (Interview Nr.10)

„Ist nur einer da der erzieht, wer ist das?, meistens ja wohl die Mütter, wo ist dann die Vaterrolle, wo die Mutterrolle. Die besteht nun mal darin Geld zu verdienen, Haushalt und Kinder zu versorgen, also alle Funktionen in einer Person zu vereinen. So wird die Rolle übertragen und da brechen die Mädchen in einfachere Lösungen aus". (Interview Nr. 11)

„Wenn man die Mädchen fragt, egal, wie die drauf sind, auch wenn die schon 12 Wochen nicht in der Schule waren, dann haben die trotzdem im Kopf, dass sie das alles hinkriegen: die werden einen Schulabschluss machen, die werden einen Beruf erlernen, die werden Geld verdienen, die werden eine eigene Wohnung haben, das ist in den Köpfen so drin, auch wenn man von außen erst einmal sieht, dass das ziemlich unrealistisch ist. (...) Das ist dann so ein Ausweg auszuhalten, dass das alles nicht so ist, dass man dann ein Kind hat, dann ist sowieso alles anders und dahinter steht dann oftmals auch der Wunsch, es mit dem eigenen Kind alles besser zu machen". (Interview Nr. 14)

„Arbeitslosigkeit und Ausbildung ist ein besonderes Problem von Mädchen und dann das Problem Familie. (...) Ich denke, dass Mädchen sich mehr einen Kopf machen um ihr Umfeld, und warum hat die Mutti heute geweint, warum gibt es jetzt nur Tiefkühlpizza. Ich denke, dass Jungen sagen, Pizza ist doch o. k. und Mädchen machen sich Gedanken, die wollen ihr Umfeld gestalten und ich denke Familie und Arbeitslosigkeitsperspektive ist für Mädchen das wichtigste Feld." (Interview Nr. 16)

Damit zeichnet sich unter der Hand ein Trend ab, der äußerst bedenklich stimmen muss. Während Mädchen gerade in den neuen Bundesländern ihre Zukunftsperspektiven in der Tendenz positiv beurteilen, Beruf und Karriere deutlich vorrangig bewerten, so sind ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich schlechter als in früheren Zeiten. Gerade die Chance einen doppelten Lebensentwurf zu realisieren ist merklich gesunken. Noch extremer stellt sich die Situation für junge Mütter dar, die den Einstieg in die berufliche Ausbildung verpassen und damit auf dem Arbeitsmarkt doppelt benachteiligt sind. Werden die Ergebnisse der Potentialanalysen, der SchülerInnenbefragungen

und der ExpertInneninterviews gegenübergestellt, so zeichnet sich eine doppelte Auflösung institutionalisierter biographischer Verläufe ab. Einerseits betonen die Mädchen in den Befragungen ihre Erwerbsbiographien, diese stehen aber im Widerspruch zu den realen Chancen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Andererseits lassen sich aus den ExpertInneninterviews und dem Berufswahlverhalten von Mädchen deutliche Signale einer Restabilisierung traditioneller Muster „weiblichen Lebens“ entnehmen. Diese Tendenzen machen deutlich, in welcher grundlegenden Weise Mädchen heute Brüche in den Selbstbildern restaurieren müssen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass Mädchen über ihre Mütter Vorbilder des doppelten Lebensentwurfes übernommen haben, so haben Mädchen in den neuen Bundesländern derzeit an zwei Fronten zu kämpfen: an der Verwirklichung ihrer Erwerbsbiographie und gleichzeitig an der Konstruktion ihrer Familienbiographie. Während die Seite der „Verliererinnen“, also der Mütter ohne Erwerbsarbeit, noch sichtbar werden kann, findet die Seite der augenscheinlichen „Gewinnerinnen“, also der Mädchen, die den Einstieg in Ausbildung und Arbeit ohne Kinder schaffen, keine Thematisierung.

Die Frage, welche Bedeutung es für junge Frauen im Osten hat, ihre tradierten Vorstellungen von Familie zurückzustellen, wird bisher an keiner Stelle in den Blick genommen. Weder in den Umfragen, noch in den ExpertInneninterviews finden sich deutliche Stimmen, die die Umstände, unter denen Mädchen heute ihre Lebensentwürfe entwickeln müssen, differenziert benennen. Ganz im Gegenteil erscheint ein Einrichten im Status quo um sich zu greifen, dem noch positive Seiten abgewonnen werden, so z. B. wenn der Rückzug in die Mutterrolle als Option geschildert wird. In der Ära der Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten scheint der Rückzug in individuelle Lösungen raumgreifend akzeptiert worden zu sein. Angesichts des anderen historischen Hintergrundes, den die jungen Frauen in den neuen Bundesländern haben, ist dieser Umstand eine äußerst schwierige Entwicklung.

Kehrt man zum Ausgangspunkt der Überlegungen zurück und der Fragestellung, welche inhaltlichen Wurzeln Mädchenarbeit in den neuen Bundesländern entwickeln kann, dann wird anhand des skizzierten Bildes deutlich, dass derzeit nichts notwendiger erscheint, als eine Mädchenarbeit im Sinne einer gezielten Förderung von Mädchen im Hinblick auf die Entwicklung von stabilen Lebensentwürfen. Dies ist um so notwendiger deshalb, weil sich die Fachkräfte, so zeigen es die Interviews,

weder differenziert auskennen, noch dezidiert diese Frage reflektieren, obwohl sie sie als zentral einstufen.

Mädchenarbeit in Thüringen sollte sich gezielt der Entwicklung von Konzepten der Förderung von Mädchen in beruflicher Hinsicht widmen. Ziele eines solchen Ansatzes müssten sein:

- eine frühe und gezielte Berufsberatung, die Mädchen zukunftsweisende und alternative Berufsfelder erschließt;
- eine Berufsberatung im Sinne einer Biographieplanung, die Mädchen mit den Lebensbereichen Beruf und Familie vertraut macht und eine persönliche Profilierung ermöglicht;
- eine gezielte Förderung von Mädchen in zukunftsträchtigen Berufssparten;
- eine gezielte Förderung von Mädchen auf dem ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt;
- eine passgenaue Vermittlung von Mädchen nach Bildungsstand und Kenntnissen, die unnötige Warteschleifen reduziert;
- eine gezielte Förderung von benachteiligten Mädchen, also solchen, die mangelhaft schulisch ausgebildet sind oder biographische Risiken (z. B. aus dem Bereich der erzieherischen Hilfen kommend) tragen;
- eine gezielte Förderung von jungen Müttern, um ihnen den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen und die Sicherstellung einer finanzierbaren Kinderbetreuung.

Im Zusammenhang mit der beruflichen Förderung von Mädchen und jungen Frauen sollte auch analysiert werden, welche sozialisierende Wirkung spezielle Bildungsangebote (z. B. nach § 241 SGB III, Berufsfachschulen) haben. Sie können nämlich durchaus Wirkungen in Richtung auf eine Unterstützung sowie in Richtung auf eine **Reglementierung bzw. Einweisung in chancengeminderte Ausbildungsverläufe** entwickeln. Dafür sprechen auch die Ergebnisse der SchülerInnenbefragungen, die eine deutliche Erwartungsreduzierung, je näher der Zeitpunkt des Übergangs auf den Ausbildungsmarkt rückt, aufzeigen.

Insofern bedarf es darüber hinaus eines intensiven Diskurses und konkreten Einsatzes dafür, junge Frauen in ihrer Lebensplanung nicht auf die Entwicklung einer Erwerbsbiographie einzugrenzen, sondern bei der Verwirklichung eines ganzheitlichen Lebensentwurfes zu unterstützen. Hierzu bedarf es

- eines dezidierten Ansatzes im Rahmen der beruflichen Förderprogramme;

- Diskurse, die den Roll-Back-Effekt vor dem Hintergrund der Tradition von weiblicher Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern thematisieren;
- die Entwicklung von flexiblen Ausbildungs- und Arbeitszeitmodellen;
- die Erschließung von flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie
- einer gezielten Hinführung von Vätern zur aktiven Beteiligung an der Familienarbeit.

Die Vergangenheit der Frauen in Thüringen lag nicht in der Entweder-Oder-Option von Beruf und Familie. Ebenso kann auch die Zukunft der jungen Frauen in Thüringen nicht in dem Modell liegen, das der folgende Auszug aus einem Interview skizziert:

> *„Ich beobachte auch diese Tendenz, dass Frauen an den Kochtopf gehören. (...) Für mich ist das auch ein Ansatz, dass man jede Tätigkeit, die für die Familie stattfindet, aufwertet. (...) Es gibt keine niederen und hochwertigen Arbeiten. Ich sage immer, wenn der Manager nicht Daheim jemanden hätte, der die Wäsche wäscht, dann wäre er im dreckigen Hemd. Also, diese Arbeiten sind genauso wichtig. Das wäre natürlich schön, wenn man das schaffte, dass die Mädchen zu diesem Selbstbewusstsein kommen“. (Interview Nr. 15)*

4.2 Zentrale Erkenntnisse aus den Bestandserkundungen

4.2.1 Hilfen für junge allein erziehende Mütter

Im Landkreis Nordhausen wurden Mädchen und junge Mütter mit und ohne Schulabschluss am Übergang in Ausbildung fokussiert. Hierzu wurden 43 Einrichtungen der Jugendberufshilfe und der Jugendarbeit zu ihren Angeboten für diese Zielgruppen mit Hilfe eines Fragebogens schriftlich befragt. Die Rücklaufquote betrug 74%.

Von diesen 32 Einrichtungen halten neun Angebote für die Zielgruppen vor. Zwar arbeiten acht der Einrichtungen landkreisweit, aber nur eine Einrichtung hat ihren Standort außerhalb der Stadt Nordhausen. Da der öffentliche Personennahverkehr nicht allzu gut ausgebaut ist, stellt sich hier die Frage nach der Erreichbarkeit der Einrichtungen und damit

auch der Zugänglichkeit der Angebote für Mädchen und Mütter, die außerhalb der Stadt leben.

Die Angebote im Rahmen der **Jugendarbeit** bestehen in der Beratung, Vermittlung, Information und Organisation von Erfahrungsaustausch. Die zentralen Themen beim Erfahrungsaustausch der jungen Mütter sind Erziehungs- und Beziehungsfragen sowie ihre finanzielle Situation. Dennoch ist festzustellen, dass sich keines dieser Angebote explizit an junge allein erziehende Mütter richtet.

Die Angebote der **Jugendberufshilfe** richten sich an Mädchen ohne (Haupt-)Schulabschluss. Sie haben zum Ziel, einen Hauptschulabschluss nachzuholen oder auf eine Ausbildung bzw. einen Beruf vorzubereiten. Auch in diesem Handlungsfeld fanden sich keine spezifischen arbeitsweltorientierten Angebote für junge allein erziehende Mütter.

Zentrale Erkenntnis ist, dass es gezielt auf diese Zielgruppe zugeschnittene, sogenannte passgenaue Hilfen so nicht gibt. Ihr spezifischer Beratungs- und Hilfebedarf am Übergang in Beruf und Ausbildung wird im System der Jugendhilfe subsummiert, jedoch nicht dezidiert aufgegriffen. Dies gilt gleichermaßen auch für die Arbeitsverwaltung.

Danach gefragt, welche Angebote und Hilfen am Übergang in Ausbildung bzw. Arbeitswelt für junge allein erziehende Mütter fehlen, gaben die Einrichtungen folgende Einschätzungen ab:

Fehlende **Unterstützungsleistungen im Vorfeld** von Ausbildung und Erwerbstätigkeit sind

- Hilfe bei Behörden und Ämtern
  (z. B. Begleitung bei Behördengängen und Hilfe bei Formularen);
- Förderung der Akzeptanz der jungen ledigen Mütter;
- Motivation der Arbeitgeber zur Einstellung von ledigen Müttern.

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der Ausbildung oder Erwerbstätigkeit fehlen

- Teilzeitstellen bzw. Arbeitsstellen ohne Spät- und Nachtschicht;
- flexible Arbeitszeiten;
- Ausbildungsplätze ohne Schichtarbeit.

Fehlende ausbildungs- und berufsbegleitende Unterstützungsleistungen bei der Kinderbetreuung sind

- Begleitung in der Bewältigung/Absicherung der Kinderbetreuung;
- wohnortnahe Kindergartenplätze bzw. Tagesmütterangebote;
- Betreuung bei Krankheit des Kindes bzw. Erweiterung der bezahlten Tage bei Krankheit des Kindes.

In den Interviews mit allein erziehenden jungen Müttern und ExpertInnen der Jugendberufshilfe fanden sich die genannten Einschätzungen der Fachkräfte aus der Befragung bestätigt. Diejenigen jungen Mütter, die sich um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz bemühten, scheiterten häufig bereits im Vorfeld. Die jungen Mütter fühlen sich durch die institutionellen Beratungsstellen (Jugendamt, Sozialamt, Berufsberatung) über die potentiellen Unterstützungsleistungen nur unzulänglich informiert. Sie sind mit der ressortübergreifenden Verzahnung der erhaltenen Informationen auf sich allein gestellt und überfordert. Darüber hinaus fühlen sie sich nicht akzeptiert und verstanden, wenn die Beratungsleistungen überwiegend auf Kindesversorgung und Hygienefragen abzielen. Das folgende Zitat eines freien Trägers mag hiervon einen Eindruck vermitteln:

> *„Den jungen Müttern sollte durch höheres und verlängertes Erziehungsgeld die Möglichkeit gegeben werden, länger als 3 Jahre zu Hause zu bleiben und sich ganz der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Durch die großen Defizite in der Erziehung und den Mangel an Zuwendung bei Kindern entstehen die großen Probleme an den Schulen und damit mangelnde Bildung sowie Drogen und andere Suchtprobleme.“ (T 3)*

4.2.2 Beratungssituation von HauptschülerInnen am Übergang von der Schule in Ausbildung

Im Landkreis Bergstraße stand im Rahmen des vom Fachausschuss Jugendhilfeplanung am 23. Juni 1998 beschlossenen Projektes „Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule“ die Beratungssituation von HauptschülerInnen im Übergang zu Ausbildung und Beruf im Zentrum der „Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“. Alle 18 Einrichtungen in diesem Handlungsfeld (Jugendberufshilfe und Jugendarbeit) wurden gebeten einen teilstandardisierten Fragebogen zu ihren Angeboten auszufüllen. Zwölf Einrichtungen, das entspricht aufgerundet 67 %, kamen dieser Aufforderung nach.

Zwar führen diese Einrichtungen punktuelle Beratungen und Gespräche im Einzelfall durch, aber lediglich zwei von sieben Einrichtungen der Jugendberufshilfe bieten konkrete Angebote im Handlungsfeld Übergang in Ausbildung an. Ausschließlich diese beiden Einrichtungen gaben an, ihre Beratungsarbeit und ihre Angebote methodisch/didaktisch und eine der Einrichtungen auch hinsichtlich der Inhalte nach Geschlecht zu differenzieren. Keine dieser sieben Einrichtungen der Berufshilfe arbeitet mit einem geschlechtsbezogenen Ansatz.

Im Wesentlichen findet die Beratung der HauptschülerInnen am Übergang in die Ausbildung durch die BeraterInnen der Arbeitsverwaltung vor Ort oder in der Schule statt. Die Berufsberatung des zuständigen Arbeitsamtsbezirkes nimmt keine Differenzierung nach Geschlecht in der Beratungsarbeit vor.

Um die Bedeutung dieses knappen Ergebnisses deutlich werden zu lassen, müssen dem die Ergebnisse der SchülerInnenbefragung der 8. und 9. Hauptschulklassen im Landkreis gegenüber gestellt werden. Die SchülerInnen der Abgangsklassen ausgewählter Schulen wurden im Rahmen der schriftlichen Befragung zu ihrer beruflichen Zukunft und zur Nutzung des Beratungsangebotes befragt. 40% von den 243 Befragten waren Mädchen.

Mädchen (93%) wie Jungen (98%) haben als eines ihrer wichtigsten Ziele eine Ausbildung vor Augen. Beide Geschlechter (92%) halten eine abgeschlossene Berufsausbildung für ihr zukünftiges Berufsleben für sehr wichtig. Der Ausbildungsabschluss hat bei den Mädchen mit 59% nur leicht weniger als bei den Jungen mit 63% Priorität. Etwa 80% der Mädchen und Jungen haben einen Wunschberuf.

Von den insgesamt 192 Jugendlichen wurden folgende Angaben über die Kenntnisse ihres Wunschberufes gemacht:

- Jeweils die Hälfte der Mädchen und der Jungen gab an, sich bezüglich der erwarteten Zugangsvoraussetzungen auszukennen, jeweils etwa ein Viertel gab an, ein wenig darüber zu wissen;
- die Kenntnisse über die Inhalte der Ausbildung liegen schwerpunktmäßig im Bereich „kenne mich aus“ (42%) und „weiß ein wenig“ (33%);
- was die Kenntnisse über die Chancen auf einen späteren Arbeitsplatz angeht, gibt es bei den Mädchen eine sehr starke Polarisierung: während 23% angeben, fast alles zu wissen, gibt es 34%, die „kaum Ahnung“ haben oder „gar nichts“ wissen. Jungen schätzen sich tendenziell besser informiert ein;

- Bezüglich der Arbeitszeiten sind Jungen und Mädchen gut informiert: sie geben überwiegend an, fast alles zu wissen oder sich auszukennen;
- Hinsichtlich der Verdienstmöglichkeiten fällt bei den Mädchen auf, dass es hier relativ hohe Informationsdefizite gibt: 18% geben an, es nicht zu wissen, während es bei den Jungen nur 10% sind;
- was die Veränderungserfordernisse des Berufsbildes des Wunschberufes angeht, so sind die Mädchen sehr schlecht informiert: 32% geben an, darüber nichts zu wissen (Jungen 19%).

Angesichts der Wünsche, die die Jungen und Mädchen an ihre zukünftige berufliche Zukunft haben und dem Wissen, über das sie verfügen, gibt es große Diskrepanzen. Besonders gut informiert sind die Jungen und Mädchen bei pragmatischen Aspekten des Alltags (Arbeitszeiten und beruflicher Alltag).

Insbesondere fällt auf, dass die Mädchen im Hinblick auf die Verdienstmöglichkeiten und die voraussichtlichen Veränderungen des Berufsbildes sowie die Chancen auf dem Arbeitsmarkt schlechter informiert sind. Unter der Maßgabe, dass diese Aspekte tragende Eckpfeiler der (berufs-)biographischen Planung sind, ist der Befund als signifikant einzuschätzen. Mädchen gehen hier – unbewusst – ein deutlich höheres Zukunftsrisiko ein.

In den Mittelpunkt rückt damit die Frage, mit wem sich Mädchen und Jungen hinsichtlich Ihrer Berufswahl besprechen und wo sie hilfreiche Informationen erhalten:

- 93% der Mädchen und 86% der Jungen gaben an, mit der Mutter über ihre Berufswahl zu sprechen. Bei den Mädchen steht an zweiter Stelle der Freund oder die Freundin mit 70% und erst an dritter Stelle der Vater mit 66%, gefolgt vom Arbeitsamt mit 48% und dann erst den Verwandten mit 46%. Bei den Jungen dagegen folgt an zweiter Stelle der Häufigkeitsnennung der Vater mit 80%, dann mit 54% Verwandte, danach mit 43% der Freund oder die Freundin und erst an fünfter Stelle mit 41% das Arbeitsamt.
- Bei den Nennungen derjenigen Personen, von denen sie hilfreiche Informationen bei der Berufswahl erhalten haben, zeigt sich bei den Mädchen folgende Reihenfolge: Mutter (88%), Vater (56%), Freund, Freundin (36%), LehrerIn (28%) und an fünfter Stelle das Arbeitsamt (27%); bei den Jungen sieht die Reihenfolge folgendermaßen aus: Mutter (80%), Vater (77%), Verwandte (35%), Geschwister (26%), Freund/Freundin und das Arbeitsamt (je 20%).

- Von den Befragten gaben 37 SchülerInnen an, bereits einen Ausbildungsplatz zu haben (15%). Lediglich 8% der Mädchen, aber 20% der Jungen verfügten zum Zeitpunkt der Befragung über einen Ausbildungsplatz (im absoluten Verhältnis 2:7). Dies entspricht nicht dem zahlenmäßigen Geschlechterverhältnis von 2:3 der Befragten; die Mädchen sind deutlich schlechter mit Ausbildungsplätzen ausgestattet.
- Auf die Frage, wie sie zu ihrem Ausbildungsplatz gekommen sind, gaben beide Geschlechter mit etwa 51% an, über ihre Beziehungen durch das Praktikum zum Ausbildungsplatz gekommen zu sein. Unterschiede gibt es jedoch bei der Vermittlung durch das Arbeitsamt, hier waren 25% der Mädchen erfolgreich aber nur 4% der Jungen; die Beziehungen oder Hinweise der Eltern führten bei den Mädchen in 38% zum Erfolg, bei den Jungen deutlich mehr mit 45%. Die Hinweise von Verwandten und Bekannten führten bei den Jungen in 26% der Fälle zum Erfolg, wohingegen nicht ein Mädchen auf diesem Weg Erfolg hatte.[1]

Es zeigt sich, dass sich Mädchen eher als Jungen an das Arbeitsamt wenden, während sich Jungen stärker auf Familie und Verwandtschaft als Gesprächspartner konzentrieren. Auch die hilfreichen Informationen kommen bei den Jungen eher aus der Verwandtschaft und der Vater spielt hier eine sehr viel größere Rolle, während die Mädchen sehr viel stärker auf die LehrerInnen und Personen vom Arbeitsamt angewiesen sind. Mädchen fragen häufiger institutionelle Beratungsangebote am Übergang in Ausbildung und Beruf nach und sind mehr als Jungen auf die Vermittlung durch das Arbeitsamt angewiesen.

74% der Befragten hatten bereits die Berufsberatung des Arbeitsamtes genutzt. Von diesen 172 SchülerInnen gaben knapp 70% an, das Berufsinformationszentrum genutzt zu haben und ca. 56% die Berufsberatung des Arbeitsamtes im Unterricht kennengelernt zu haben; eine Einzelberatung im Arbeitsamt haben lediglich 23% genutzt; Einzelberatung durch das Arbeitsamt in der Schule wurde in 32% der Fälle wahrgenommen.

Von der achten auf die neunte Klasse sinkt die Attraktivität der Berufsberatung des Arbeitsamtes und der Nutzung des Berufsinformations-

1 Es ist zu berücksichtigen, dass es sich hier insgesamt nur um 37 der Befragten handelt. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich. Somit geht die Summe der Prozentangaben über 100%.

zentrums deutlich, wogegen die Einzelberatung im Arbeitsamt und durch das Arbeitsamt in der Schule überproportional stark ansteigt; auch das Nutzungsverhalten von Mädchen und Jungen des Arbeitsamtsangebotes unterscheidet sich deutlich: Während die Jungen das Berufsinformationszentrum stärker genutzt haben, legen die Mädchen mehr Wert auf die Einzelberatung im Arbeitsamt und auch auf die Einzelberatung durch das Arbeitsamt in der Schule.

- Bei den Mädchen geht die Tendenz von der 8. auf die 9. Klasse deutlich in die Nutzung der Einzelberatungen im Arbeitsamt von 7% auf 43% und durch das Arbeitsamt in der Schule von 10% auf 55%. Damit profitieren durch die Einzelberatung des Arbeitsamtes in der Schule insbesondere die Mädchen; aber auch für die Jungen ist festzustellen, dass die Attraktivität an Einzelberatung in der 9. Klasse deutlich zunimmt (im Arbeitsamt von 10% auf 31%; durch das Arbeitsamt in der Schule von 16% auf 40%); während die Nutzung des Berufsinformationszentrums durch die Mädchen deutlich abnimmt (von 83% auf 53%), bleibt sie bei den Jungen weitgehend konstant (72% und 75%).
- Während jedes zweite Mädchen mit den Angeboten des Arbeitsamtes nur teilweise zufrieden war, war es bei den Jungen jeder Dritte. Jungen waren zu 43% eher zufrieden mit dem Angebot, die Mädchen nur zu 21%;
- Bei der Betrachtung der beruflichen Perspektiveeinschätzung ist zu beobachten, dass die Jungen ihre berufliche Perspektive deutlich positiver einschätzen; während nur 19% der Mädchen sehr optimistisch sind, sind es bei den Jungen 29%;
- Bei der Frage nach den Gründen die zu ihrer Einschätzung führen, nannten die Mädchen an erster Stelle ihre schulischen Leistungen (57%), ihr Selbstbewusstsein (45%) und an dritter Stelle die Erfahrungen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz (35%); bei den Jungen wurden ebenfalls an erster Stelle die schulischen Leistungen genannt (52%), gefolgt von den Erfahrungen, einen Ausbildungsplatz zu finden (36%) dann aber von der allgemeinen Wirtschaftslage mit 32%. Während Mädchen ihre Einschätzung stärker auf individuelle Defizite gründen, sehen Jungen eher strukturelle Entwicklungen als Ursache.

Diese Zahlen weisen unmissverständlich darauf hin, dass die Angebote der Berufsberatung geschlechtsspezifisch genutzt werden und legen somit eine Differenzierung in der Ausgestaltung und Ausrichtung auf geschlechtsbezogene Beratungsarbeit nahe. Obwohl insbesondere Mädchen auf das institutionelle Beratungs- und Vermittlungssystem angewiesen sind, wird es ihren Anforderungen nicht gerecht.

Für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule an der Schnittstelle Übergang in die Arbeitswelt impliziert dies folgendes:

- In der Ausgestaltung der vorhandenen Angebote und in der Aufstellung der Angebotspalette müssen die spezifischen Potentiale und Suchstrategien von Mädchen Berücksichtigung finden;[2]
- Die MitarbeiterInnen aus Jugendhilfe und Schule müssen auf diese Differenzierung sensibilisiert werden und ihrerseits die benachbarten Bereiche (Berufsberatung des Arbeitsamtes) sensibilisieren;
- Es bedarf einer Vernetzung und Kooperation der MitarbeiterInnen aus Schule und Jugendhilfe und angrenzenden Bereichen;
- Der Blick muss sensibilisiert werden für die Ganzheitlichkeit der Lebenszusammenhänge von Mädchen und Jungen und deren Differenz.

Im Kern geht es darum, vorhandene Ressourcen, Potentiale und Zugänge von Angeboten und Hilfestellungen öffentlicher und freier Träger effektiver und bedarfsorientierter zu nutzen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Orientierung am Übergang kein geschlechtsspezifisches Problem ist oder ein Problem einer kleinen Minderheit, sondern dass sich dieser Übergang für alle Jugendlichen zunehmend schwieriger gestaltet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig die Frage zu stellen, inwieweit das Angebot den Bedarfen der Mädchen und Jungen im Übergang entspricht und daraus abgeleitet, welcher Beitrag im Rahmen der Kooperation von Jugendhilfe und Schule erwartet werden kann.

2 Beispiel: Im Hinblick auf die stärkere Mobilität von Mädchen, ihren Ausbildungsplatz auch weiter entfernt aufzunehmen, wird es erforderlich, ihnen auch eine Beratung zuteil werden zu lassen, die ihnen Aufschluss gibt über die Möglichkeiten von Hilfe und Unterstützung, die sie bei einer solchen Entscheidung in Anspruch nehmen können. Hierzu gehören auch finanzielle Zuschüsse oder Beihilfen für Miete etc. und das Aufzeigen der Wege, die sie hierbei gehen können. Damit erhalten sie konkrete Hilfestellung, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.

5 Erkenntnisse aus der Praxis der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung

(Irina Bohn/Monika Bradna)

„Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung – kein Problem“!, das ist plakativ und ermunternd das Fazit, das aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ heraus formuliert werden kann. Es hat sich gezeigt, dass Verfahren der Jugendhilfeplanung sich relativ problemlos auf mädchenspezifische Belange ausrichten lassen und der Ansatz bei den Fachkräften auf Resonanz stößt. Im Folgenden sollen die zentralen Erkenntnisse aus dem Projekt nach inhaltlichen Kriterien zusammengefasst werden:

5.1 Inhaltliche Ausrichtung der Planung

Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ ist, dass die Standardverfahren von Jugendhilfeplanung **geschlechterdifferenziert** qualifiziert werden sollten. Im Wesentlichen sprechen folgende Gründe für ein solches Vorgehen.

- Planungsbeauftragte und –beteiligte fühlen sich in der Planung „allen“ Mädchen und Jungen verpflichtet. Dies entspricht auch ihrem gesetzlichen Auftrag. Wenn also integriert geplant wird und an den Standardverfahren angesetzt wird, dann sollte dieser Verpflichtung Rechnung getragen werden. Unserer Erfahrung nach, fragen zahlreiche Handlungsbeteiligte nach, was denn „mit den Jungen“ sei;
- Zahlreiche Aussagen zu Mädchen sind erst dann zu beurteilen, wenn sie im Vergleich zu Jungen gesehen werden können. Ebenso sind Hilfen, die im Interesse von Mädchen und jungen Frauen zu gestalten sind, auch mit Anforderungen an die Jungen und jungen Männer verbunden. So wäre es z. B. falsch, Hilfen für junge Mütter zu konzipieren und hierbei die Väter und Partner nicht in den Blick zu nehmen. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern spielt in der Gestaltung der Jugendhilfe eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Der Einstieg in geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanungsprozesse sollte über **jugendpolitisch relevante Fragestellungen** erfolgen. Hierbei geht es darum, die Ausgangsbedingungen von Planungsprozessen zu erkennen. Für dieses Vorgehen spricht:

- dass, wenn Mädchenarbeit nicht als Sonderaufgabe der Jugendhilfe verstanden werden soll, sich Verfahren, die eine breite Ausrichtung sicherstellen, effektiver im Rahmen aktueller Handlungserfordernisse zu eruieren und implementieren sind;
- dass das Ansetzen an aktuellen Handlungserfordernissen die Beteiligung und das Interesse zahlreicher AkteurInnen besser sichert, als die Definition von Fragestellungen aus begrenzten Leistungsfeldern heraus;
- dass die Aktualität von Fragestellungen Handlungsdruck erzeugt und sich dadurch größere Chancen zur Realisierung geschlechterdifferenzierter Ansätze ergeben.

Mädchenspezifische Themen sollten in einer sukzessiv eingrenzenden Methode **sichtbar gemacht und zielgruppenspezifisch differenziert** und eingegrenzt werden. Wesentlich ist hierbei, dass im Prozess Zielgruppen identifiziert werden können, für die ein jugendhilferelevantes Interesse entwickelt werden kann. Gemeint ist damit, dass es sich um eine relevante Größenordnung von Mädchen handelt und/oder dass die sozialen Folgekosten einer unterlassenen Reaktion der Jugendhilfe als hoch eingeschätzt werden und/oder dass innovativer Handlungsbedarf besteht. In diesem Zusammenhang ist wichtig,

- dass sichergestellt wird, dass die eingegrenzten Themenstellungen zu den Lebenslagen von Mädchen einen lokalen Bezug haben;
- dass Argumentationsketten entstehen, die nachvollziehbar sind und zu jedem Zeitpunkt des Planungsprozesses begründbar machen, wie und warum auf diese Weise vorgegangen wurde,
- dass die Belange der Mädchen so formuliert sind, dass sie in das Aufgabenfeld von Jugendhilfe gehören.

Die Belange der Zielgruppen sollten **nicht in einem einseitigen und rein advokatorischen Verfahren erhoben** werden. Wichtig ist, dass auf unterschiedlichen Ebenen eine Bandbreite von Sichtweisen auf die mädchenspezifischen Lebenslagen zusammengefügt wird. Erst das Zusammenspiel dieser Facetten erlaubt eine möglichst präzise Einschätzung der Lebenssituation einzelner Zielgruppen von Mädchen.

- Mädchen sollten erst dann in qualitativen Verfahren beteiligt werden, wenn sie zu spezifischen Erfahrungen und Lebensumständen Auskunft geben sollen, aussagekräftiger ist aber noch, ihre Sichtweisen denen der Professionellen gegenüberzustellen;
- insgesamt ist es sinnvoll die Ergebnisse eines Befragungsabschnittes in den nächsten einzuspeisen und damit ein gegenseitiges Austauschsystem zu bewirken. Aussagen von Fachkräften zu Belangen

von Mädchen sind nicht annähernd deckungsgleich mit ihren eigenen Ansichten.

5.2 Organisatorische Verankerung

Eine zentrale Erfahrung aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ ist, dass es möglich und auch sinnvoll ist, die geschlechterdifferenzierte Planungsausrichtung **in den Rahmen regulärer Planungsmodelle zu integrieren**. Dieses Vorgehen bedeutet einerseits die Standardverfahren von Jugendhilfeplanung zu nutzen und andererseits ebenfalls auf der Basis der bislang Planungsverantwortlichen und -beteiligten weiterzuarbeiten. Mit der Verankerung in die Regelprozesse wird weiterhin die Signalwirkung erzeugt, dass die geschlechterdifferenzierte Planung keine Sonderaufgabe ist.

Auf der Ebene der **Beteiligung** wurden folgende wichtige Erfahrungen gemacht:

- Die Planungsgruppen, die vor Ort bestehen, sollten in ihren Funktionen belassen werden und für die geschlechterdifferenzierte Planung Verantwortung übernehmen. Dieses Verfahren fördert die Einsicht, dass es eine Aufgabe aller Fachkräfte ist, geschlechtsspezifische Implikationen in der Jugendhilfe zu bearbeiten;
- die Besetzung der Planungsgruppen sollte daraufhin überprüft werden, ob Kompetenzen aus den Bereichen Arbeitsfelder der Jugendhilfe, jugendhilfeexterne Kompetenzen und frauenpolitische Kompetenzen vertreten sind. Gegebenenfalls sind die Planungsgruppen zu erweitern;
- je nach Themenstellung, die im Zentrum der Planung steht, sollten alle angrenzenden bzw. relevanten Handlungsfelder der Jugendhilfe in der Planungsgruppe vertreten sein;
- jugendhilfexterne Tätigkeitsbereiche sind in die Arbeit der Planungsgruppen einzubinden. Die Mitarbeit in den Planungsgruppen ist problemlos.
- es sollten in die Planungsgruppen auch Fachkräfte integriert werden, die aufgrund des Organisations-Checks als wichtige KooperationspartnerInnen identifiziert wurden. Nicht ausschließlich mädchenspezifische Planungsansprüche sollten Anlass zur Zusammenstellung von Planungsgruppen sein, sondern ebenso fachliche wie strategische Notwendigkeiten;

- es sollte von einer zwingenden geschlechtshomogenen Besetzung abgesehen werden, da der Verdacht, dass Partikularinteressen vertreten werden können, den Planungsprozess empfindlich stört;
- die plurale Besetzung von Planungsgruppen sichert eine Vielfalt von Meinungen und damit auch eine bedarfsgerechtere Ausrichtung der Planungsergebnisse, denn die Wahrscheinlichkeit, dass sich Fachkräfte eines eingegrenzten Tätigkeitsbereiches auf begrenzte und institutionsabhängige Sichtweisen einengen ist dann wesentlich geringer;
- politische VertreterInnen sind nicht kontinuierlich am Planungsprozess zu halten. Dennoch sind sie für die Verankerung der Planungsergebnisse wichtig und sollten gezielt eingebunden werden z. B. wenn Auswertungen vorliegen oder relevante Entscheidungen getroffen werden müssen. Insgesamt hat sich im Projekt gezeigt, dass Verwaltung und Politik sehr getrennt voneinander operieren und in den Planungsprozessen leicht die Gefahr besteht, die politische Ebene aus den Augen zu verlieren.
- insofern sollten auch alle relevanten Entscheidungen in Bezug auf die geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung von den Jugendhilfeausschüssen getroffen worden sein. Dies betrifft die Planungsausrichtung aber auch die Auswahl der relevanten Themenstellungen und die Zielgruppen. Die Beteiligung sichert ab, dass die Ergebnisse des Prozesses zur Kenntnis genommen werden, garantiert aber keine Handlungsaufforderung an die Verwaltung.

Auf der Ebene der **Planungssystematik** hat sich im Rahmen des Projektes gezeigt, dass eine integrierte Vorgehensweise besonders wichtig ist. Für die Planungsbeteiligten besteht nur dann die Bereitschaft, die geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung nicht als Sonderaufgabe zu verstehen, wenn sie auch keine erhebliche Zusatzarbeit bedeutet. Aus diesem Grund:

- Sollten die Planungsschritte beibehalten und um eine geschlechterdifferenzierte Komponente erweitert werden und möglichst zusätzliche Arbeitsschritte vermieden werden;
- ebenso sollten immer erst die Schnittstellen zu den jeweiligen allgemeinen Planungsschritten gesucht werden und dort angesetzt werden, wo sinnvollerweise eine Verknüpfung zwischen allgemeinem und mädchenspezifischem Vorgehen möglich ist.

Es hat sich weiterhin gezeigt, dass das Einhalten der Planungsschritte und damit auch **transparenter** und nachvollziehbarer **Argumentationsketten** für die Akzeptanz der Planungsergebnisse von großer Bedeutung ist. So war es an den Standorten, wo nur einzelne Planungsele-

mente (z. B. Bestandserhebung) erprobt wurden meist notwendig, angrenzende Arbeitsschritte wie Bedürfniserkundungen zu bearbeiten. Es hätten sonst wichtige Kriterien für die Beurteilung des Bestandes gefehlt. Deshalb

- sollten die regulären Planungsabläufe und Planungsschritte systematisch eingehalten und geschlechterdifferenziert ausgerichtet werden. Fehlt ein Glied in der Kette von Planungen wie z. B. geschlechterdifferenzierte sozialräumliche Daten, dann schwächt dies immer auch die Ergebnisse.

5.3 Instrumentelles Vorgehen

Wie bereits ausführlich dargelegt, hat sich in Bezug auf das instrumentelle Vorgehen ein Verfahren bewährt, das interaktiv und **sukzessiv einengend** ist und sich aus Informationen unterschiedlicher Quellen speist. Erfahrungen auf dieser Ebene sind:

- Dass die eingesetzten Instrumente in einem frühen Planungsstadium nicht ausschließlich auf spezifische Mädchenfragestellungen verengt sein sollten. Dies engt nicht nur die Themenauswahl und Chancen auf Verifizierung ihrer Jugendhilferelevanz ein, sondern spaltet die mädchenspezifische Planung vom Gesamtprozess ab;
- ebenso sollten zunächst Daten zu Mädchen und Jungen erhoben und aufbereitet werden. Aussagen zu Mädchen allein können sonst nicht gewichtet werden;
- erst wenn es um konkrete Aussagen zu den je spezifischen Lebenslagen von Mädchen geht, die qualitativ eingeholt werden müssen, entfällt die Notwendigkeit von Vergleichen;
- die Beteiligung von Mädchen selbst in qualitativer Form sollte erst dort erfolgen, wo es um das Einholen konkreter Informationen zu sich selbst geht;
- es sollte ein Methodenmix zwischen quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden zum Einsatz kommen, wobei darauf Acht gegeben werden sollte, dass qualitative Erhebungen nur dann erfolgen, wenn sie sich aus den lokalen Diskursen heraus begründen und die Fragestellungen im Rahmen der Planungsprozesse eruiert und begründet wurden;
- qualitative Erhebungen sollten so ausgerichtet sein, dass sie Meinungsbilder aus unterschiedlichen Perspektiven erheben;
- rein advokatorische Planungsansätze sollten nicht zum Einsatz kommen;

- die eingesetzten Erhebungen sollten konsequent geschlechterdifferenziert ausgewertet werden. Vorhandene Instrumente bieten diese Möglichkeit oftmals, werden aber in ihren Ergebnissen nicht stringent differenziert;
- bei der Auswertung von qualitativen Erhebungen sollten die Ergebnisse gegenübergestellt werden. Eine Beurteilung der Ergebnisse sollte auf der Basis eines Abgleichs der Befunde erfolgen.

5.4 Qualifizierung

Die Implementierung erweiterter Kommunikationsprozesse im Rahmen der Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung erfordert es, alle relevanten Akteure – aus den Teilsystemen der Jugendhilfe und den benachbarten Ressorts – einzubeziehen und zur Beteiligung zu befähigen. Die Umsetzung der **Qualifizierung** in Form von Fortbildungen mit Workshop-Charakter, d. h. Impulsreferate, Kleingruppenarbeit und moderierte Diskussion im Wechsel sowie abschließenden Vereinbarungen zur Weiterführung der Arbeit, hat sich als tragfähig erwiesen.

In der Praxis zeigt sich immer noch ein ausgeprägtes Unverständnis von PraktikerInnen gegenüber der Notwendigkeit zur Jugendhilfeplanung. Und auch wenn eine Beteiligung angestrebt wird, so gelingt MitarbeiterInnen nicht immer der wesentliche Abstraktionsschritt von der eigenen Praxis zu den Analyseebenen von Planungsvorhaben. Sollen mädchenbewusste Planungen erfolgreich sein, so muss daher

- der Transfer von **mädchenspezifischem Know-How** gezielt erfolgen. Gerade wenn in den Planungsprozessen mehr als nur die MädchenarbeiterInnen involviert sind, gilt es die Fachkräfte bei der Bearbeitung der inhaltlichen Fragestellungen zu unterstützen. Je gezielter dies im Hinblick auf die aktuellen Themenbereiche erfolgt, desto breiter werden die Fortbildungen genutzt und neue Erkenntnisse in den Planungsprozess eingespeist.
- der Transfer von **methodischem Planungs-Know-How** sichergestellt werden. Auf übergeordnetem Niveau gilt es vor allem eine Transparenz der Prozesse herzustellen, die Aufgaben deutlich zu machen und Ziele sowie Nutzen zu verdeutlichen. Auf dieser Ebene ist es von Bedeutung deutlich werden zu lassen, in welchem Gesamtkontext sich die Bearbeitung mädchenspezifischer Fragestellungen bewegen soll. In der praktischen Umsetzung gilt es im learning-by-doing-Verfahren die Instrumente der Jugendhilfeplanung mädchenspezifisch zu qualifizieren.

- der Transfer von **strategischem Planungs-Know-How** ist ebenfalls unabdingbar. Gemeint ist damit zum einen die Kenntnis des kommunalen who-is-who und eine zweckmäßige Planungsausrichtung. Hierzu gehören genaue Überlegungen zur Zusammensetzung von Arbeitsgruppen zu treffen ebenso wie z. B. die Festlegung von mädchenspezifischen Planungszielen entlang den realen Umständen vor Ort und den Rahmenbedingungen von Gesamtplanungen.

Das im Rahmen des Bundesmodellprojektes entwickelte Konzept der Qualifizierungen weicht von dem gängigen Vorgehen bei Fortbildungen ab, die sich darauf konzentrieren, einen bestimmten Know-How-Baustein und ggf. Praxisbeispiele dazu zu vermitteln. Das Besondere der durchgeführten Qualifizierungen im Rahmen der „Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ liegt in der **Verknüpfung von methodischem oder strategischem Planungs-Know-How <u>und</u> mädchenspezifischem Know-How**. So wurde beispielsweise für die Landesarbeitsgemeinschaften Jugendhilfeplanung und Mädchenarbeit/ Mädchenpolitik in Thüringen ein Workshop zur Qualitätsentwicklung durchgeführt. Die Vermittlung des methodischen Bausteins wurde auf die fachlichen Standards der Mädchenarbeit zugespitzt und in den Kontext der Jugendhilfeplanung gestellt (vgl. Kapitel 11.2.1). Auf der kommunalen Ebene wurden zum Beispiel in Nürnberg MitarbeiterInnen der offenen Jugendarbeit qualifiziert, eine Zukunftswerkstatt für Mädchen im Grundschulalter durchzuführen, um ihre Wünsche und Bedürfnisse in die Planung der Freizeitangebote einfließen zu lassen.

Die Erfahrungen zeigen,

- dass es sinnvoll ist, Qualifizierungen im Vorfeld von und zugleich im aktuellen Bezug zu einzelnen (komplexen) Planungsschritten durchzuführen. Die Fortbildungen stellen so unmittelbar Verbindung zum Planungsprozess her und fördern ihn;
- dass die Verknüpfung der methodischen oder strategischen Rahmen mit mädchenspezifischen Inhalten zur Konkretisierung abstrakter Sachverhalte beiträgt. Die Operationalisierung methodischer Bausteine wird unter Einbezug von mädchenspezifischem Know-How eingeübt und somit das Planungsverständnis erhöht;
- dass die Transparenz der Planung gestärkt wird, wenn sich die Ausschreibung der Qualifizierungen – über die Beteiligten aus den planungsbegleitenden Gruppen hinaus – an alle relevanten Zielgruppen richtet. Gleichzeitig werden dann die Akteure der Planungsgruppe bei der Rückkopplung des Planungsprozesses in die Teilsysteme entlastet und der Transfer gesichert;

- dass die Mischung der Zielgruppen den fachlichen Austausch bereichert und die Zusammenarbeit im Rahmen der Jugendhilfeplanung und darüber hinaus fördert. Bei Planungen, die auf Kooperation abzielen, stellen die Workshops selbst bereits einen ersten Schritt praktizierter Zusammenarbeit dar.

Die Umsetzung zeitgemäßer Methoden der Arbeitsorganisation in mädchenpolitischen Gremien hat sich im Rahmen des Projektes als schwierige Schnittstelle gestaltet. Die kompakten Prozesse von Organisationsentwicklung – inklusive der Entwicklung eines Leitbildes, der Definition von Arbeitszielen und der organisatorischen Ausrichtung von Arbeitsschwerpunkten und -verantwortlichkeiten – wurden als Arbeitsauftrag abgelehnt. Im Prinzip zeigte sich an dieser Stelle, wie auch in weiteren Bezügen, ein Dilemma der mädchenpolitischen Interessensvertretung: Da die LAG „Mädchenarbeit/Mädchenpolitik“ zwar als AG nach § 78 KJHG fungierte, aber über eine ehrenamtliche Geschäftsführung verfügte, trat immer wieder die Diskussion auf, ob die LAG zuerst einer institutionellen Förderung bedarf, um professionell arbeiten zu können oder ob die professionelle Leistungserbringung eine Voraussetzung für die Anerkennung der Förderungswürdigkeit sei.

Die LAG erhielt Unterstützung durch Workshops unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung z. B.:

- Planspiel Jugendhilfeplanung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Ziel- und Arbeitsplanung

Insgesamt zeigt sich aus den Erfahrungen, dass eine Positionierung und Verankerung der LAG „Mädchenarbeit/Mädchenpolitik“ nur dann gelingen kann, wenn es nicht ausschließlich um abstrakte Fragen der Arbeitsorganisation geht. Es geht viel mehr darum, die **Effektivierung an fachpolitisch bedeutsame inhaltliche Fragestellungen und konkrete Arbeitsergebnisse** zu koppeln.

In Thüringen erging die Empfehlung an die LAG,

- die Arbeit der Geschäftsstelle verbindlich zu bestimmen und zu konsolidieren;
- kurzfristige Arbeitsziele, Arbeitsaufträge und Verantwortlichkeiten festzulegen;
- aber vor allem eine fachlich-inhaltliche Positionierung vorzunehmen.

Gerade im letzten Punkt bestand der größte Handlungsbedarf der LAG. Statt sich um die interne Organisation zu kümmern, könnte die Ent-

scheidung, sich einer zentralen mädchenpolitischen Fragestellung und deren Bearbeitung zuzuwenden, die entscheidende Trendwende einläuten. So bietet sich aus den Ergebnissen des Modellprojektes nahezu an, den Themenkomplex der Ausbildungs- und Berufseinmündung von Mädchen und jungen Frauen zu bearbeiten.

Der Vorteil dieses Vorgehens läge insbesondere darin, dass ein klar strukturiertes Arbeitsfeld entstehen könnte, in dem sich die LAG fachlich und strukturell positionieren könnte. Arbeitsschritte könnten eine Situationsanalyse, die Formulierung fachlicher Anforderungen in den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe, die Niederlegung von Förderungskriterien für Projekte und die Vernetzung mit relevanten AkteurInnen sein. Auf einem abgegrenzten Feld könnte die LAG alle Arbeitsschritte, die sie zur Umsetzung ihrer allgemeinen Zielsetzungen benötigt, erproben, mit dem wesentlichen Unterschied, dass konkrete und verwertbare Ergebnisse entstehen, die den Adressatinnen – also den Mädchen in Thüringen – zugute kommen. Auf diesem Wege ließe sich auch die Position und das Image der LAG neu bestimmen.

Können diese Arbeitsschritte strukturiert und mit klaren Ergebnissen vorgenommen werden, so kann sich die LAG mit einem klaren Anforderungsprofil in eine aktuelle Debatte einmischen und auch zu Einflussnahme gelangen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass erst intern und in Kooperation mit ausgewiesenen Fachkräften die inhaltliche Positionierung erfolgt und dann auf der Basis dieser Ergebnisse die externe Einmischung und Lobbyarbeit mit Erfolg umgesetzt werden kann.

5.5 Politische Verankerung

Um sicherzustellen, dass die Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung politische Verankerung erfährt, sind nach den vorliegenden Erfahrungen vier Faktoren von Bedeutung.

Im ersten Schritt sollte zu Beginn der Planungsprozesse darauf geachtet werden, dass

- die rechtlichen Vorgaben des § 9 Abs. 3 KJHG im Verständnis als **gleichrangig** zu den weiteren **fachlichen Anforderungen des KJHG** zur Planung verankert werden.

Nach Erscheinen des Readers „Von der mädchengerechten zur integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ ist ein wichtiger Mei-

lenstein in der Verankerung der fachlichen Notwendigkeit zur geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung gesetzt worden. Johannes Münder u. a. haben in der Neuauflage des Frankfurter Lehr- und Praxis-Kommentars zum KJHG (1988) sowohl in der Kommentierung des § 9 Abs. 3 als auch des § 80 KJHG explizit die Notwendigkeit zur geschlechterdifferenzierten bzw. auch mädchenspezifischen Jugendhilfeplanung als fachlichen Standard benannt und ausgeführt (S. 142, S. 613). Damit ist der § 9 Abs. 3 KJHG zumindest in der Interpretation den anderen grundsätzlichen Orientierungen und aufgabenspezifischen Vorgaben des SGB VIII gleichgestellt. In der Planungspraxis vor Ort zeigt sich, dass die Bindungskraft der gesetzlichen Vorgaben in den fachlichen Diskursen außerordentlich groß ist. Sowohl die aufgabenspezifischen Vorgaben als auch die Strukturmaximen des 8. Jugendberichts werden in den Planungsschritten vor Ort als Maßstab für die Beurteilung der Qualität von Jugendhilfeleistungen herangezogen. Ein wesentlicher Schritt in Richtung einer geschlechterdifferenzierten Qualifizierung von Planungsprozessen vor Ort kann dann gegangen werden, wenn es gelingt, die Gleichrangigkeit der gesetzlichen Vorgaben deutlich zu machen. Je weniger der § 9 Abs. 3 KJHG – so zeigen es unsere Erfahrungen vor Ort – als Instrument einer frauenpolitischen Lobby zur Verankerung von Mädcheninteressen und je verbindlicher er als fachliche Anforderung an die Ausgestaltung von Planungsvorhaben verstanden wird, desto größer ist die Bereitschaft, diesen in der Praxis umzusetzen.

Das zweite wesentliche Element leitet sich aus der Anlage der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung ab. Inwieweit die Ergebnisse fachpolitisch zur Kenntnis genommen werden, hängt entscheidend davon ab, ob es im Planungsprozess gelungen ist, die jugend- und damit mädchenspezifisch relevanten Themenstellungen zu bergen. Nur wenn sich auf politischer Ebene in transparenter Weise nachvollziehen lässt, dass eine Handlungsnotwendigkeit des Jugendhilfesystems besteht, werden die Ergebnisse der Planung und damit auch der Planungsprozess an sich anerkannt. Hierbei spielt eine wichtige Rolle, dass zu Beginn der Planung **Kriterien** festgelegt werden, die eine **Relevanz** markieren. In der Regel liegen Jugendhilfeausschüssen keine strukturierten Kriterien vor, die Vorgaben des KJHG sind Richtwerte, die aber im Bereich mädchenspezifischer Ansätze nur ungenaue Standards festlegen. Im Rahmen des Modellprojektes kamen folgende Kriterien zur Anwendung und wurden als nützlich erkannt:

- Die Lebenslagen, die im Planungsprozess zentrale Betrachtung erfahren haben, müssen eine **relevante Anzahl** von Mädchen bzw. jungen Frauen betreffen;

- die Lebenslagen müssen Handlungsbereiche jenseits der persönlichen Sphäre im Verantwortungsbereich der Jugendhilfe (und angrenzender Bereiche) markieren und es muss deutlich werden, dass die **sozialen Folgekosten** einer unterlassenen Reaktion des Jugendhilfesystems wachsen werden;
- ebenso sollte ein **Innovationsbedarf der Jugendhilfe** in quantitativer und qualitativer Hinsicht vorliegen und erkennbar sein, dass vorhandene Maßnahmen nicht ausreichend in der Lage sind, den vorliegenden Lebenslagen Rechnung zu tragen;
- die Lebenslagen müssen **mädchenspezifische Relevanz** aufweisen. Es muss in der Darstellung der Lebenslagen deutlich werden, in welcher Weise Mädchen spezifisch betroffen sind, welche spezifischen Risiken sie tragen und warum nur Mädchen diesen in besonderer Weise ausgesetzt sind;
- es sollte absehbar sein, dass in einem **festlegbaren Zeitraum** Einfluss auf die Lebenslagen durch das Jugendhilfesystem genommen werden kann.

Aus der dritten Ebene ist von Bedeutung, dass die Ergebnisse des Planungsprozesses **nachvollziehbar und professionell aufbereitet** die Jugendhilfeausschüsse erreichen. Hierzu gehört eine aufbereitete Ergebnisdokumentation, möglichst auch ein Prozessverlauf, aus dem die Beteiligung von ExpertInnen ersichtlich wird und die Formulierung von Empfehlungen. Die Empfehlungen sollten so formuliert sein, dass sie konkrete Handlungshinweise geben und nicht in plakativen Appellen münden.

Schließlich und endlich sind die **Wege der Einflussnahme** auf Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse von Bedeutung. Trotz ihrer Beteiligung bei der Auswahl der Themenstellung und Zielgruppen der Planung und trotz der möglichst weitreichenden Einbindung von politischen VertreterInnen gelang nicht überall eine befriedigende Form der Einflussnahme auf die Entscheidungen von Jugendhilfeausschüssen. Die Schwierigkeit liegt weniger darin, dass die Ergebnisse nicht zur Kenntnis genommen werden, sondern in der Veranlassung von gezielten Maßnahmen. Als Schwierigkeit erweist sich in den Planungsprozessen, dass die Jugendhilfeausschüsse nicht in derselben Weise fachlich begleitet werden, wie i.e. Teile der Verwaltung. Hierfür besteht weder ein Auftrag, noch eine Einsicht. Insofern konstatieren wir, dass die im Projekt beschrittenen Wege zwar einen Anfang markieren, nicht aber ausreichend sind.

Aus fachlicher Sicht wären zur tatsächlichen Absicherung der Umsetzung von Planungsergebnissen folgende vier Arbeitsschritte vonnöten:

1. Formulierung und Verabschiedung politischer Ziele aus den Planungserkenntnissen heraus durch die Jugendhilfeausschüsse;
2. Definition der notwendigen Maßnahmen und Ressourcen in Verantwortung der Verwaltung unter Beteiligung der Träger;
3. konzeptionelle Differenzierungen einzelner Angebote durch die Träger und
4. Installation eines Systems zur regelmäßigen Überprüfung der bewirkten Ergebnisse durch den Jugendhilfeausschuss.

Des Weiteren wäre von Bedeutung, eine geschlechterdifferenzierte Systematik in der Beurteilung von Jugendhilfeleistungen durch die Jugendhilfeausschüsse zu haben. Im Hinblick auf die Bedeutung von Beschlüssen der Jugendhilfeausschüsse ist die Qualifizierung ihrer Arbeitsweise in geschlechterdifferenzierter Hinsicht von großer fachlicher Bedeutung.

6 Weiterführende Erkenntnisse aus dem Modellprojekt

(Irina Bohn)

Im Projekt Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung wurden Erfahrungen gesammelt, die zufriedenstellende Ergebnisse für die systematische Beachtung mädchenspezifischer Belange und problematischer Lebenslagen von Mädchen und junge Frauen zeichnen. Im Rahmen der Standardverfahren von Jugendhilfeplanung ist es – so unser Fazit – sowohl möglich, Zielgruppen mit spezifischen benachteiligten Lebenslagen zu identifizieren, den fachpolitischen Handlungsbedarf in Abwägung des Bestandes an Einrichtungen und Diensten zu eruieren als auch Unterstützung in einer breiten Fachöffentlichkeit zu mobilisieren und konkrete und praktikable Maßnahmeempfehlungen zu formulieren.

An drei wesentlichen Schnittstellen des Projektes sind wir dennoch auf Schwierigkeiten gestoßen, bzw. haben sich aus unserer Sicht grundlegende konzeptionelle Grenzen abgezeichnet:

- Während es zwar in allen Planungsprozessen möglich war, Fachkräfte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendhilfe aber auch externer Bereiche wie Schule, Planungsämter oder Arbeitsverwaltung und Bildungsträger in die Arbeit der Planungsgruppen zu integrieren, gelang die Einbindung der jugendhilfeexternen Leistungsfelder in die systematische Bestandserhebung nicht. Die unterschiedlichen formalen Zuständigkeiten, die Parzellierung der Leistungsbereiche und auch die grundsätzlich unterschiedlichen Aufgabenbereiche mit einem unterschiedlichen professionellen Verständnis waren Hürden, die das Anliegen einer konsequenten Querschnittsorientierung verhindert haben. Nur in einem Standort, dort wo die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ausdrücklich Themenschwerpunkt der Planung war und die Kooperation zwischen diesen Handlungsfeldern von Anbeginn an vereinbart wurde, gelangen Schnittstellen.

Dass diese Form der Querschnittsausrichtung nicht gelang, ist aus der Sicht der Systeme zunächst einmal verständlich. Angesichts der Tatsache aber, dass die Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen an den biographischen Schnittstellen zwischen Ausbildung/Beruf und Familie weder im Schoß der Jugendhilfe beginnen, noch vor ihren Toren Halt machen, zeichnet sich ein eher grundsätzlich problematisches Bild. Bereits heute sind die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen, in denen sie deutlichen Benachteiligungen ausgesetzt sind, in ein Setting

gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen eingebettet, die monokausale Lösungsversuche ausschließen. Folgendes Beispiel macht dies deutlich: Wer im Rahmen der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe gezielte Ausbildungsmaßnahmen für junge Mütter fordert, darf neben allen anderen Fragen von Kinderbetreuung, psychosozialer Versorgung, Wohnen etc. nicht übersehen, dass die Auszahlung von Erziehungsgeld an eine Begrenzung der Arbeitszeit auf nunmehr 30 Stunden gekoppelt ist.

In Anbetracht dieser Tatsachen, deutet sich hier ein Handlungsbedarf an, der nicht mehr im Rahmen der Jugendhilfeplanung abzuhandeln ist. Zwar sollten und müssen aus der Jugendhilfe heraus im Sinne der „Einmischung“ (Mielenz) Impulse in jugendhilfeexterne Bereiche ergehen. Bislang gibt es aber kein systematisches Verfahren, das eine fachübergreifende Gesamtplanung im Sinne von Zielgruppen – und damit auch der von Mädchen und jungen Frauen – gewährleistet bzw. sicherstellt. Jugendhilfeplanung gerät als Instrument an dieser Stelle an Grenzen.

- Im Projekt wurden die planerischen Vorarbeiten der politischen Entscheidungsfindung systematisch, transparent, unter Beteiligung zahlreicher Fachkräfte und Betroffener und professionell aufbereitet erbracht. Dennoch hat dies nicht automatisch dazu geführt, dass die Jugendhilfeausschüsse unmittelbar Beschlüsse zu konkreten Maßnahmen gefasst haben.

Im Projekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurden sowohl Planungsbeteiligte als auch eine erweiterte Gruppe von Fachkräften in geschlechterrelevanten, planungsrelevanten und jugendhilfesystematischen Fragestellungen qualifiziert. Aus vier Jugendämtern erhielten wir die Rückmeldung, dass die geschlechterdifferenzierte Systematik in der Planung beibehalten werden soll. Es ist uns aber nicht gelungen, eine grundlegende Systematik der geschlechterdifferenzierten Analyse und Tätigkeitsausrichtung in die Arbeit aller Fachabteilungen der Jugendämter zu installieren. Dort, wo Fachabteilungen in der Planungsgruppe eingebunden waren, sind zwar Impulse ausgegangen und Einsichten in Notwendigkeiten entstanden, aber eine zwingende Wirkungskraft auf die Ausrichtung des Alltagshandelns blieb selbstverständlich aus. Auch hier sind deutliche Wirkungsgrenzen von Jugendhilfeplanung zu sehen. Dies gilt ebenfalls für die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse. Zwar können durch gut gearbeitete Vorlagen sowie durch gezielte Lobbyarbeit und die frühzeitige Einbindung politischer Ebenen die Chancen auf Kenntnisnahme mädchenspezifischer Lebens- und Problemlagen deutlich erhöht werden; vom Wissen zum Handeln sind es

dann aber noch weite Wege, die weitaus mehr mit der politischen, denn fachlichen Seite von Jugendpolitik zusammenhängen. Diese Seite sollte in Planungsprozessen mit in den Blick genommen werden, z. B. dadurch, dass Diskurse jenseits der Kommunalpolitik mit zahlreichen Ebenen und PartnerInnen eröffnet werden. Dennoch, auch hier bleibt klar, eine Form der Einflussnahme auf die Systematik der Entscheidungsfindung bei geschlechterrelevanten Fragestellungen in Jugendhilfeausschüssen ist nicht gegeben.

- Die Absicht, im Rahmen des Modellprojektes, die Arbeit der LAG Mädchenpolitik in Thüringen in einem Prozess der Organisationsentwicklung zu qualifizieren, konnte in der geplanten Weise nicht erfolgen. Nach einer differenzierten Einführung in die Arbeitsschritte und Anforderungen von OE-Prozessen, traf die LAG die Entscheidung, einem solchen Prozess nicht zuzustimmen und stattdessen gezielt an Fortbildungssequenzen z. B. zum Thema Arbeitsplanung, Öffentlichkeitsarbeit oder „Rollenspiel-Jugendhilfeplanung“ teilzunehmen. Die vorgebrachten Argumente der Frauen gegen einen OE-Prozess waren der „Zeitmangel“ und der nicht abgesicherte Status der LAG, die über eine ehrenamtliche Geschäftsführung verfügte. Im Verlauf des Projektes ist es nicht gelungen, die Arbeit der LAG mit den Anliegen der Jugendhilfeplanungsprozesse zu koppeln.

An dieser Schnittstelle manifestierte sich ein Grundsatzproblem: Die LAG „Mädchenarbeit/Mädchenpolitik in Thüringen“ hat zwar einen Status als AG nach § 78 KJHG, ist aber ehrenamtlich organisiert. Die Geschäftsführung rotiert und durch die Befristung zahlreicher Stellen in der Mädchenarbeit wechseln auch häufig die Fachkräfte, die sich in der LAG engagieren. Die Folge dieser Situation ist, dass es der LAG deutlich schwer fällt, die Arbeit zu strukturieren und verbindlich umzusetzen. Wichtige Schnittstellen zur Landesjugendhilfeplanung oder zur Arbeit in anderen Gremien werden nicht systematisch besetzt. Im Laufe der Jahre hat sich aus externer Sicht heraus ein Arbeitsverhalten eingestellt, das nur noch interne Belange der Arbeitsgemeinschaft in den Blick nimmt und kaum mehr Kapazitäten für eine erfolgreiche Lobbypolitik nach außen bereithält. Während wir argumentieren, dass eine Konzentration auf die Ergebnisse und Zielgruppen der Planungen in Thüringen, d. h. die landesweite Zusammenführung der Ergebnisse und entsprechende Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zu konkreten Arbeitserfolgen, einer besseren Arbeitsorganisation sowie Vernetzung und in der Folge dann auch Anerkennung und eventuell auch Förderung der LAG führen werden, sieht die LAG zunächst einen Bedarf an personeller Absicherung ihrer Tätigkeit, um den Anforderungen entsprechen zu können. In diesen grundsätzlich unterschiedlichen Ansichten gelang im

begrenzten Rahmen des Modellprojektes keine wesentliche Annäherung. Damit wird deutlich, dass trotz Einsicht in die Notwendigkeit mädchenpolitischen Handelns und auch eines gezielten und legitimierten Auftrages, die systemimmanenten Haltungen und Rahmenbedingungen von Arbeit einen immensen Einfluss haben. Auch an dieser Stelle sind mädchenbewussten Planungen Grenzen gesetzt, sie nehmen keinen Einfluss auf die Organisation von Arbeitsprozessen an sich.

Anhand der vorliegenden Auswertung wird deutlich, dass der „Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ an zwei relevanten Schnittstellen keine ausreichenden Wirkungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen:

- In jugendhilfeexterne Bereiche hinein sowie
- in die Systematik der geschlechterrelevanten Leistungserbringung in der Verwaltung, den Jugendhilfeausschüssen sowie in Gremien.

Nichts liegt angesichts dieser Erkenntnisse näher, als die Anschlüsse zum derzeit im Zentrum der Diskussionen stehenden Verfahren des Gender-Mainstreaming zu suchen. Da Gender-Mainstreaming als ein Verfahren gilt, das eine systematische Revision aller Bereiche staatlicher Leistungserbringung im Hinblick auf die geschlechterspezifischen Implikationen und Ergebnisse vornimmt, nehmen wir – sollten Schnittstellen zwischen geschlechterdifferenzierter Jugendhilfeplanung und Gender-Mainstreaming-Prozessen möglich sein – eine potenzierende Wirkung an.

7 Exkurs: Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe

(Irina Bohn)

Seit der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking wurde der Gender Mainstreaming-Ansatz einer zunehmend breiten Fachöffentlichkeit bekannt und im Rahmen zahlreicher staatlicher Handlungsbereiche diskutiert. Vor dem Hintergrund der Verabschiedung einer globalen Aktionsplattform wurden in Peking Regierungen und andere Entscheidungstragende aufgefordert, geschlechterspezifische Belange in die Konzeptionen aller Politiken und Programme einzubeziehen, so dass vor dem Treffen von Entscheidungen die Folgen für Männer bzw. Frauen analysiert werden.

Mit der Annahme des Amsterdamer Vertrages und der Verabschiedung des EG-Vertrages wurde festgelegt, dass „bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten die Gemeinschaft darauf hin (wirkt), Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“ (Art. 3 Abs. 2 EG-Vertrag). In ihren beschäftigungspolitischen Leitlinien hat im Jahr 1999 die EG das Vorgehen auf den Ansatz des Gender Mainstreaming konkretisiert. Hier heißt es: „Daher werden die Mitgliedstaaten einen Gender Mainstreaming-Ansatz bei Umsetzung der Leitlinien in allen vier Säulen zugrunde legen. Im Hinblick auf eine aussagefähige Bewertung der mit dem Mainstreaming erzielten Fortschritte haben die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass geeignete Datenerhebungssysteme und -verfahren zur Verfügung stehen“ (Leitlinie Nr. 19).

Über diesen internationalen bzw. europäischen Zusammenhang gelangte das Konzept auch in die aktuellen Diskussionen und staatlichen Aktivitäten zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Das Bundeskabinett erkannte in seinem Beschluss vom 23. Juni 1999 die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und sprach sich mit Bezug auf seine europarechtliche Verpflichtung dafür aus, diese Aufgabe als Querschnittsaufgabe unter dem Begriff Gender Mainstreaming zu fördern. Am 26. Juli 2000 beschloss das Bundeskabinett die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien und legt in § 2 fest, dass „die Gleichstellung von Frauen und Männern durchgängiges Leitprinzip ist und bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden soll (Gender Mainstreaming)“ (vgl. Bundesministerium des Innern 26. Juli 2000).

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Mädchenarbeit wird der Begriff zwar diskutiert, das Konzept hat aber bislang keine fachliche Konkretisierung erfahren. Zwar wurden in Niedersachsen erste Initiativen umgesetzt und hat auch das Land Sachsen-Anhalt am 2. Mai 2000 ein Konzept zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Verwaltung und Politik beschlossen, dennoch kann bislang nicht von einem breiten Erfahrungshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen werden (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales Juli 2000; www.ms.sachsen-anhalt.de/frauen/fr_prgr.htm).

Der Begriff „Gender Mainstreaming" ist – das bestätigen Fachkräfte in zahlreichen Arbeitsfeldern – schlecht gewählt aber alternativlos. Das größte Problem besteht wohl darin, dass er sich als – amerikanischer – Begriff dem Zuhörer nicht direkt inhaltlich erschließt. „Gender Mainstreaming", was soll das heißen? Das Problem wäre wohl zu lösen, gäbe es eine kodifizierte Ausgestaltung und autorisierte Definition des Begriffes (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales 2000, S. 7), die in der gegenwärtigen Diskussion verbindlich genutzt würde. Stattdessen kursieren aber unterschiedliche Begriffsbestimmungen. Mückeberger und Tondorf haben eine Übersetzung aus dem Sachverständigenbericht des Europarates „L´approche intégrée de l´égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des „bonnes practiques"" vorgenommen, die als Basisdefinition genutzt werden soll:

„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten AkteurInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen" (Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales 2000, S. 7).

Damit unterscheidet sich der Ansatz des Gender Mainstreaming prinzipiell von den bisher entwickelten und angewandten Ansätzen der Frauen- bzw. Mädchenförderung. Gender Mainstreaming erweitert die Logik von Gleichstellungspolitik und auch ihre Handlungsebenen in folgenden wesentlichen Bereichen:

- Gender Mainstreaming fokussiert nicht ausschließlich die gesellschaftliche Stellung von Frauen, sondern die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und somit die Position von Frauen und Männern;
- Gender Mainstreaming nimmt auf diese Weise die Entwicklungspotentiale beider Geschlechter in den Blick und erweitert somit den Handlungsradius möglicher politischer Entscheidungen;

- Gender Mainstreaming setzt nicht an den Stellen an, wo erkennbare Defizite im Geschlechterverhältnis sind und diese zielgerichtet behoben werden sollen, sondern auf allen Ebenen und in allen Themenfeldern von Politik. Damit setzt Gender Mainstreaming auch dort an, wo zunächst keine erkennbaren geschlechtsspezifischen Bezüge bestehen. Der Ansatz trägt mit diesem Vorgehen der Tatsache Rechnung, dass es keine gesellschaftlichen Handlungsfelder gibt, in denen die Geschlechterfrage keine Rolle spielt;
- Gender Mainstreaming ist somit eine Querschnitts- und keine Sonderaufgabe;
- Gender Mainstreaming setzt auf die Dialog- und Kooperationsfähigkeit von EntscheidungsträgerInnen in Bezug auf die Frage der Geschlechtergerechtigkeit und versucht diese herzustellen;
- Gender Mainstreaming delegiert die Verantwortung für die Veränderungsprozesse im Hinblick auf eine Geschlechtergerechtigkeit nach oben, d. h. an die Stellen, wo politische Entscheidungen vorbereitet, getroffen und in Maßnahmen umgesetzt werden. Hierbei wird die Verantwortung nicht einem Ressort übertragen, sondern als Aufgabe aller Politikbereiche definiert;
- Gender Mainstreaming ist somit keine kurzfristige Strategie, sondern eine eher langfristige und nachhaltige, da sie das System politischen und staatlichen Handelns insgesamt verändert;
- Gender Mainstreaming ist nicht nur ein Denkkonzept, sondern auch eine Methode. Gender Mainstreaming impliziert ein systematisches Vorgehen bei der Gestaltung politischer Prozesse;
- Gender Mainstreaming ist logischerweise kein endliches Programm, sondern eine permanente Aufgabe von Analyse, Planung, Umsetzung, Evaluation und Reorganisation.

Das Konzept des Gender Mainstreaming ist mit diesen z. T. neuen Implikationen so verheißungsvoll wie umstritten aufgenommen worden. Es trat zu einem Zeitpunkt in die Debatten, als die bisherigen Konzepte der Mädchenarbeit bereits in die Kritik geraten waren und die Frage nach ihrer modernen Ausrichtung gestellt wurde (vgl. Meyer/Seidenspinner 1998). Die GegnerInnen des Konzeptes kritisieren entlang der Begriffe „Querschnittsaufgabe“ und „Integration in das Alltagshandeln“, dass der Ansatz zu einem Verschwinden weiblicher Perspektiven führt. Da der Ansatz an sich nicht die Weiterentwicklung der Identität der Geschlechter verfolge, verharre er in der geschlechterspezifischen Revision des Status quo. Eine grundsätzliche Veränderung der geschlechterhierarchischen Gesellschaftsverhältnisse würde damit nicht erreicht. Ganz grundsätzlich verbirgt sich hinter diesen Argumenten auch die existenzielle Frage nach der Legitimität eines eigenständigen und abgegrenzten Arbeitsfeldes „Mädchenarbeit“. Die BefürworterInnen des Konzeptes

sehen wiederum in ihm eine Chance, neuen Wind in die Diskussionen zu bringen. Vor dem Hintergrund des erweiterten geschlechterdifferenzierten Vorgehens wird dafür plädiert, endlich Abschied von den stereotypen Benachteiligungszuschreibungen von Mädchen zu nehmen und Differenzierungen vorzunehmen. Erwartet wird hierbei, dass Mädchenarbeit sich konzeptionell von der zentralen Handlungsprämisse der „Persönlichkeitsentwicklung“ von Mädchen löst und den realen und handfesten Benachteiligungsrisiken von Mädchen (z. B. Mediennutzung oder Erwerbsarbeit) zuwendet. Von Bedeutung ist aber ebenso, dass der Ansatz des Gender Mainstreaming eine neue, systematische und umfassendere Vorgehensweise verspricht, die die heutige Gleichstellungspolitik von den Prämissen und Postulaten der Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre gründlich entstaubt.

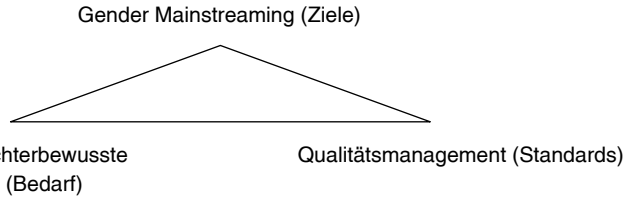
Von welcher Seite auch betrachtet, derzeit stehen folgende Fragestellungen im Zentrum der Überlegungen:

- Was bedeutet in der heutigen Zeit Gleichstellung von Männern und Frauen. Wie wird Gleichstellung definiert?
- Welche Wege und Methoden werden zur Beförderung von Gleichstellung benötigt und angewandt?
- Welche faktischen Auswirkungen hat Gleichstellungspolitik für die Geschlechter zu zeichnen?

Für die Mädchenarbeit im Konkreten bedeuten die Fragestellungen

- ob weiterhin pauschal vom Postulat der Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen ausgegangen werden kann;
- ob die Konzepte von Geschlechtshomogenität, Parteilichkeit und Gegenkultur noch zeitgemäß sind;
- ob die Abgrenzung von Mädchenarbeit als eigenständiges Arbeitsfeld aufrechterhalten bleiben kann
- und insbesondere, an welchen Qualitätsstandards und Ergebnissen sich Mädchenarbeit in Zukunft messen lassen kann.

Diese Fragen beschäftigen derzeit mit Vehemenz die Mädchenarbeit. Die Definition dessen, was Mädchenarbeit ist, welche Aufgaben sie hat, lässt sich aber nicht theoretisch aus der Profession selbst heraus definieren. Sie muss sich konstellieren im Dreieck der Lebenslagen der Betroffenen, der grundsätzlichen Definition von Gleichstellungspolitik und der Qualitätsstandards öffentlich organisierter Dienstleistungen.



Damit ergibt sich zwangsläufig die Schlussfolgerung, dass Mädchenarbeit nicht per se ist und sich auch nicht aus sich selbst heraus reproduziert, sondern im jeweiligen lokalen und sozialen Kontext definiert werden muss. Die Prozesse dieser Definitionsleistungen sollen in der Gegenüberstellung und möglichen Verknüpfung von Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming ausgelotet und kritisch diskutiert werden. Zu bedenken wäre in einem nächsten Schritt dann auch, welche Verknüpfungsebenen sich zu Prozessen des Qualitätsmanagements erschließen lassen.

8 Zur Verknüpfung von Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming

(Irina Bohn)

Jugendhilfeplanung im Interesse von Mädchen und jungen Frauen und Gender Mainstreaming sind zwei Ansätze, die sich auf den ersten Blick nicht zueinander fügen. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass sich die ursprünglichen Handlungsfelder der Ansätze – Jugendhilfe hier, Gleichstellungspolitik dort – nicht decken und vor allem auch, dass das Konzept von Jugendhilfeplanung aufgrund langjähriger Erfahrungen profunder operationalisiert ist.

Dennoch erscheint es in der aktuellen Debatte angebracht, nicht mit jedem neuen Konzept das alte über Bord zu werfen. Es ist fachlich viel spannender und effizienter aus einem Bündel von Optionen Weiterentwicklungen zu gestalten. Und bei genauem Hinsehen wird auch deutlich, dass zahlreiche Fragestellungen, die in den Debatten um die richtigen Verfahren von Jugendhilfeplanung im Interesse von Mädchen und jungen Frauen in den vergangenen Jahren geführt wurden, eine Hinführung zum Konzept des Gender Mainstreaming beinhalten.

8.1 Gemeinsamkeiten zwischen den Ansätzen „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ und „Gender Mainstreaming“

Während die traditionelle mädchengerechte Jugendhilfeplanung vom Prinzip der Gegenkultur ausgeht und Planung im Interesse von Mädchen und jungen Frauen als eigenständigen, dem Prinzip der Parteilichkeit verpflichteten und von Frauen organisierten Prozess versteht, wurde bereits Mitte der 90er Jahre in Theorie und Praxis ein integriertes Planungsmodell entwickelt und umgesetzt. Im Ansatz der integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung wurden u. a. Standards definiert, die sich mit den Prinzipien des Gender Mainstreaming-Ansatzes überwiegend decken:

- Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung ist eine **Querschnittsaufgabe**, die auf allen Handlungsfeldern der Jugendhilfe erfolgen muss;
- Integrierte Mädchenwusste Jugendhilfeplanung muss **alle Planungselemente** berücksichtigen und umsetzen;

- Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung ist unabhängig vom Geschlecht **Aufgabe aller** an der Planung beteiligten **Fachkräfte und ein Prozess des Dialoges**;
- Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung vernetzt **ressortübergreifend**;
- Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung ist **systematischer Bestandteil** der regulären Planungsabläufe.

So gesehen, sind von der konzeptionellen Grundausrichtung die Ansätze der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming einander eher zugewandt als entgegengesetzt. Den Ansätzen gemeinsam sind die Erkenntnisse:

- Dass isolierte Mädchen- oder Frauenprojekte wenig Einfluss auf die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern haben, Systeme insgesamt nur wenig verändern und nur zu einem geringen Anteil von den finanziellen Ressourcen profitieren (vgl. Schalkwyk, Thomas, Woroniuk, 1996, S. 2) sowie
- dass eine gemischtgeschlechtliche und in den bestehenden Systemen verankerte Vorgehensweise bei der Gleichstellungspolitik deutlich höhere Potentiale freisetzt (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales 2000, S. 9).

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Ansätzen zeigen sich derzeit in der Ausrichtung der Handlungsebenen. Während Jugendhilfeplanung verstanden werden kann als ein Analysesystem zur politischen Entscheidungsvorbereitung – also von unten nach oben –, siedelt sich der Gender Mainstreaming-Ansatz derzeit eher auf der Ebene der politischen Entscheidungsvorbereitung und -findung – also in einem Prozess von oben nach unten – an.

Im Überblick lassen sich die Ansätze folgendermaßen gegenüberstellen (vgl. auch Bohn 1999, S. 499ff.; BMFSFJ 2000):

	Integrierte Mädchen-bewusste Jugendhilfe-planung	Gender Mainstreaming
Fokus	Mädchen und junge Frauen	Mädchen und junge Frauen, Jungen und junge Männer sowie deren Verhältnis zueinander
Auftrag	Systematische Erkundung der Lebens- und Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen, Überprüfung der angemessenen und ausreichenden Ausrichtung der Jugendhilfeleistungen am Bedarf und Planung notwendiger Maßnahmen	Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen, so dass in allen Politikbereichen und Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden
Ziele	Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen an Jugendhilfeleistungen Bereitstellung kompensatorischer Angebote in Lebensbereichen, die Mädchen und junge Frauen benachteiligen Förderung positiver Lebensumstände für Mädchen und junge Frauen	Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entwicklungsprozessen, die von Programmen und Projekten ausgehen • Angleichung der Partizipation von Frauen und Männern am Nutzen von Projekten und Programmen • Angleichung der Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
Handlungsprinzipien	• Querschnittauftrag • Einbezug aller Fachkräfte • Betroffenenbeteiligung • Ressortübergreifende Vernetzung • Sozialraumorientierung • Systematisches und kontinuierliches Vorgehen	• Querschnittauftrag • institutionalisiertes Handlungsmuster • Einbezug von allen AkteurInnen, die an Entscheidungen und politischer Gestaltung beteiligt sind • Systematisches und kontinuierliches Vorgehen
Methodische Umsetzung	• Sozialraumanalyse • Bestandserhebung • Bedürfniserkundung und Beteiligung der Betroffenen • Bedarfsermittlung • Maßnahmenplanung • Evaluation	• Definition der gleichstellungspolitischen Ziele • Analyse von Problemlagen und der betroffenen Zielgruppen • Entwicklung von Optionen • Analyse der Optionen und Entwicklung eines Lösungsvorschlags • Umsetzung der Entscheidung • Evaluation

Einer der grundlegenden Unterschiede zwischen dem Ansatz der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung und dem Gender Mainstreaming-Ansatz liegt im **Fokus der Betrachtungsweise sozialer Geschlechterverhältnisse** begründet. Während der Ansatz der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung zwar einen geschlechterdifferenzierten Blick einfordert und in der Praxis z. T. auch umsetzt (vgl. Kommunale Sozialberichterstattung, Sozialräumliche Erstbeschreibung der Stadt Jena, ISS-Aktuell 16/2000), integriert er diesen Blick nicht systematisch in sein konzeptionelles Vorgehen. Gender Mainstreaming dagegen fokussiert von Anbeginn an, auf eine geschlechterdifferenzierte Analyseebene. Es geht um die Anliegen beider Geschlechter und das Verhältnis zwischen beiden. Allerdings ist dieser Blickwinkel in der Praxis gleichwohl nicht ausreichend eingelöst. Werden die Ergebnisberichte der Aktionspläne zum Gender Mainstreaming z. B. aus Finnland oder den Niederlanden auf ihre Projekte hin untersucht, so fällt deutlich auf, dass die Mehrzahl der definierten Entwicklungsziele und angestoßenen Projekte auf eine gezielte Frauenförderung hinauslaufen (vgl. Ministry of Social Affairs and Health Finland, Office of the Ombudsman for Equality 1999; Ministry of Social Affairs ans Employment Netherland, Department for the Co-ordination of Emancipation, 1999).

Dennoch: Es ist sowohl gesetzlich festgeschrieben als auch fachlich indiziert, bei der Analyse der bedarfsgerechten Ausrichtung von Jugendhilfeleistungen einen geschlechterdifferenzierten Blick einzunehmen und systematisch zu verfolgen. Die konzeptionelle Umsetzung der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung macht diese Erweiterung prinzipiell auch möglich. Mit den in der Praxis erprobten Verfahrenswegen lassen sich die jungenspezifischen Belange ebenso bearbeiten, wie die mädchenspezifischen Fragestellungen. In **Zukunft kann es also nur noch um geschlechterdifferenzierte Ansätze der Jugendhilfeplanung gehen**. Es ist zu erwarten, das bestätigt die Praxis des Modellprojektes, dass die Akzeptanz eines solchen Vorgehens bei den Verantwortlichen und den Fachkräften größer ist, als bei einem rein mädchenspezifischen Planungsansatz. Wer aber gleichzeitig erwartet, dass sich auf diese Weise die Konfliktpotentiale geschlechtsspezifischer Planungen minimieren lassen, wird sich rasch eines Besseren belehren lassen müssen. Auch einen Systemwechsel im Interesse beider Geschlechter wird es ohne Widerstände nicht geben.

Bei der Betrachtung der **Aufträge** der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung und des Gender Mainstreaming-Ansatzes beginnt sich die Schere zwischen beiden Konzeptionen zu öffnen, auch wenn die grundlegende Gemeinsamkeit, des systematischen Einbringens und Berücksichtigens geschlechterspezifischer Sachlagen in politischen Steue-

rungsprozessen unberührt bleibt. Es ist vielmehr die Stelle, an der der Hebel angesetzt wird, die Unterscheidungen hervorhebt. Jugendhilfeplanung ist ein systematisches Analyseverfahren, das der jungendpolitischen Entscheidungsvorbereitung dient. Insofern ist es als Verfahren aufgefächert angelegt und berücksichtigt viele Ebenen von gesetzlichen und fachlichen Vorgaben über die Wünsche und Bedürfnisse von Betroffenen bis hin zu Merkmalen des Leistungssystems. Gender Mainstreaming mag in der grundlegenden Ausrichtung ebenfalls umfassend zu verstehen sein, faktisch aber setzt das Konzept derzeit an den politischen Entscheidungsprozessen und deren Revision an. Während also Jugendhilfeplanung weitaus stärker die bedarfsbeeinflussenden Variablen in den Blick nimmt, analysiert Gender Mainstreaming zentral die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung, deren Organisation und faktische Folgen für die Geschlechter.

Gerade in diesem Unterschied liegen aber Entwicklungspotentiale. Zwar sieht die Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Qualität der Planungsdurchführung, deren Ergebnisse und der Qualität jugendpolitischer Entscheidungen, mit der Erstellung von Empfehlungen zu konkreten Maßnahmen und der Lobbyarbeit im Hinblick auf eine Durchsetzbarkeit dieser im Jugendhilfeausschuss endet aber ihr Tätigkeitsfeld. Gender Mainstreaming wiederum würde an dieser Stelle ansetzen. Es würde in einem organisierten Prozess die EntscheidungsträgerInnen sensibilisieren, die Organisationsstrukturen und deren immanente geschlechterrelevanten Einflussfaktoren analysieren, Entwicklungsziele und -optionen definieren und in Maßnahmen und dauerhafte Analyseprozesse münden lassen.

Damit wird deutlich: Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung nimmt nicht systematisch geschlechterdifferenzierte Organisationsentwicklungsprozesse auf der Ebene politischer oder verwaltungsinterner Gremien in den Blick. Gender Mainstreaming wiederum setzt keinen deutlichen Fokus auf die systematische Erkundung der für die jeweiligen geschlechterrelevanten bedarfsbeeinflussenden Variablen. Insofern kann nur von einer notwendigen Ergänzung beider Ansätze ausgegangen werden. Gender Mainstreaming kommt in der Jugendhilfe nicht ohne eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung, die Entscheidungsgrundlagen bereitstellt, aus, während die Ergebnisse einer geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung ohne Gender Mainstreaming-Prozesse auf der politischen Entscheidungsebene und im Verwaltungshandeln ebenfalls nicht voll zur Wirksamkeit kommen können.

Zukünftig sollten beide Handlungsstränge miteinander verschränkt zum Einsatz kommen. Gerade in der Jugendhilfe könnte der gesetzliche Auftrag zur Planung ein deutlicher Beitrag dazu sein, dass Gender Mainstreaming-Prozesse nicht auf organisatorischer Ebene verharren, sondern mit konkreten und lokal begründbaren Inhalten zur Gleichstellung der Geschlechter gefüllt werden können.

Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming verfolgen dieselben globalen **Zielsetzungen**: Die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Jungen an Leistungen und Nutzen öffentlicher Maßnahmen sowie an spezifische Benachteiligungen abbauenden Angeboten. Dies impliziert selbstverständlich auch einen gleichberechtigten Zugang zu Entscheidungsprozessen. Diese Einigkeit soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundlegenden Ziele von Gleichstellungspolitik – egal in welchem Ressort – nicht unverrückbar feststehen, sondern definiert werden müssen. Insofern könnte die o. g. Verknüpfung der Modelle ein zuverlässigeres Ineinandergreifen fachlicher und politischer Steuerung sicherstellen. Derzeit ist eher die Gefahr zu sehen, dass Gender Mainstreaming-Prozesse auf der Ebene von Ämtern und Ministerien in Gang gesetzt werden und damit der Jugendhilfe von oben aufgesattelt werden. Die in diesen Prozessen formulierten Ziele können dann allenfalls grobe Leitlinien umfassen. Erfahrungen mit den Empfehlungen der Mädchenarbeit zeigen aber, dass übergeordnete und einseitig eingebrachte Vorgaben selten große Wirkungen entfalten. Insofern könnte argumentiert werden, dass eine Zieldefinition jugendpolitischer Gleichstellung ohne eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung kaum durchschlagende Kraft entfalten wird.

Auch hinsichtlich der **Handlungsprinzipien** beider Ansätze sind mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen zu konstatieren. Wesentliche Eckpunkte sind hierbei, dass die Ansätze sich als Querschnittsfunktion definieren, analytisch und systematisch begründbar vorgehen und ressortübergreifend angesiedelt sind. Jugendhilfeplanung setzt allerdings einen wesentlichen Standard, dem in Gender Mainstreaming-Prozessen – zumindest in der Rezeption – zu wenig Beachtung und Gewicht beigemessen wird: der Betroffenenbeteiligung. Insgesamt benennt der Gender Mainstreaming-Ansatz die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen als ein wesentliches Kriterium zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit und fordert der Ansatz auch in den Analyseschritten seine Umsetzung. Dennoch verharrt der Ansatz aber auf einer advokatorischen Basis, die leicht einsehbar ist. Jugendpolitik gestalten in der Regel nicht die Betroffenen selbst. Zwar mag die Qualität von Gender Mainstreaming-Prozessen im

Wesentlichen vom Zugang zu Basisinformationen – und damit möglicherweise auch von O-Ton Informationen – abhängen, es mag aber dahingestellt bleiben, ob die Transferwege gelingen und in der Fülle der zu betrachtenden Faktoren dieser Blick ausreichend berücksichtigt wird. **Im Klartext heißt dies, dass Jugendhilfeplanung als Instrument deutlich näher an den Betroffenen ist und ihnen auch direktere Zugänge ermöglicht**. Damit ist die geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung ein realistischeres Instrument von Empowerment. Dieser Faktor hat eine große Bedeutung, denn die Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung" zeigen eines deutlich: Zu relevanten Ergebnissen hinsichtlich mädchenspezifischer Belange in der Jugendhilfe kommt man insbesondere dann, wenn Aussagen von Betroffenen und Professionellen gegenübergestellt werden.

In der **methodischen Umsetzung** wiederum zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen geschlechterdifferenzierten Ansätzen der Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming, die auf die unterschiedlichen Handlungsebenen zurückzuführen sind. Beim gegenwärtigen Stand der Diskussionen in der Bundesrepublik insgesamt und der Jugendhilfe im Besonderen ist aber klar, dass das Instrument der Jugendhilfeplanung weitaus besser operationalisiert ist als das des Gender Mainstreaming. Es kommt hinzu, dass das vorwiegend induktive Vorgehen von Jugendhilfeplanung angemessen erscheint, um nicht nur allgemeine gleichstellungspolitische Forderungen nach unten herunterzubrechen, sondern zielgerichtet bedarfsorientiert zu arbeiten. Dieses Vorgehen ist deshalb wichtig, weil es die Transparenz und den Nutzen entsprechender Maßnahmen verdeutlicht und damit die Akzeptanz fördert. Mädchenpolitische Leitorientierungen allein sind nicht ausreichend, um Veränderungen in der Angebotsstruktur der Jugendhilfe zu bewirken.

Damit wird sichtbar, dass die Ansätze kompatibel erscheinen, dass sie aber auf unterschiedlichen analytischen Ebenen angesiedelt sind. Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung kann als Untersuchungsinstrument von Gender Mainstreaming-Prozessen verstanden werden, deren Ergebnisse in den weiteren Prozess eingespeist werden können. Kritisch reflektiert könnte dies aber auch bedeuten, dass die Konkretheit der Ergebnisse, die die Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung erbringt, im Kontext mannigfaltiger Fragestellungen verloren geht. Gerade der Ansatz der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung hat ja offen kritisiert, dass sich Jugendhilfeeinrichtungen und mädchenspezifische Projekte zu sehr mit den organisationsimmanenten Prozessen beschäftigt und darüber den Kontakt zu der Zielgruppe verloren haben. Diese Gefahr birgt auch der Ansatz des Gender Main-

streamings, der derzeit deutlich auf die (politischen) Entscheidungsprozesse in Organisationen begrenzt bleibt. Umgekehrt kann aber auch argumentiert werden, dass eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung die jugendpolitisch inhaltliche Konkretisierung des Gender Mainstreaming-Ansatzes bedeutet. Hier zeigen sich allerdings die Defizite der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung, die Aspekte von Organisationsentwicklung weitgehend unberührt lässt. Insofern lässt sich schlicht bewerten, dass eine Verknüpfung beider Ansätze in der Praxis vorteilhaft wäre.

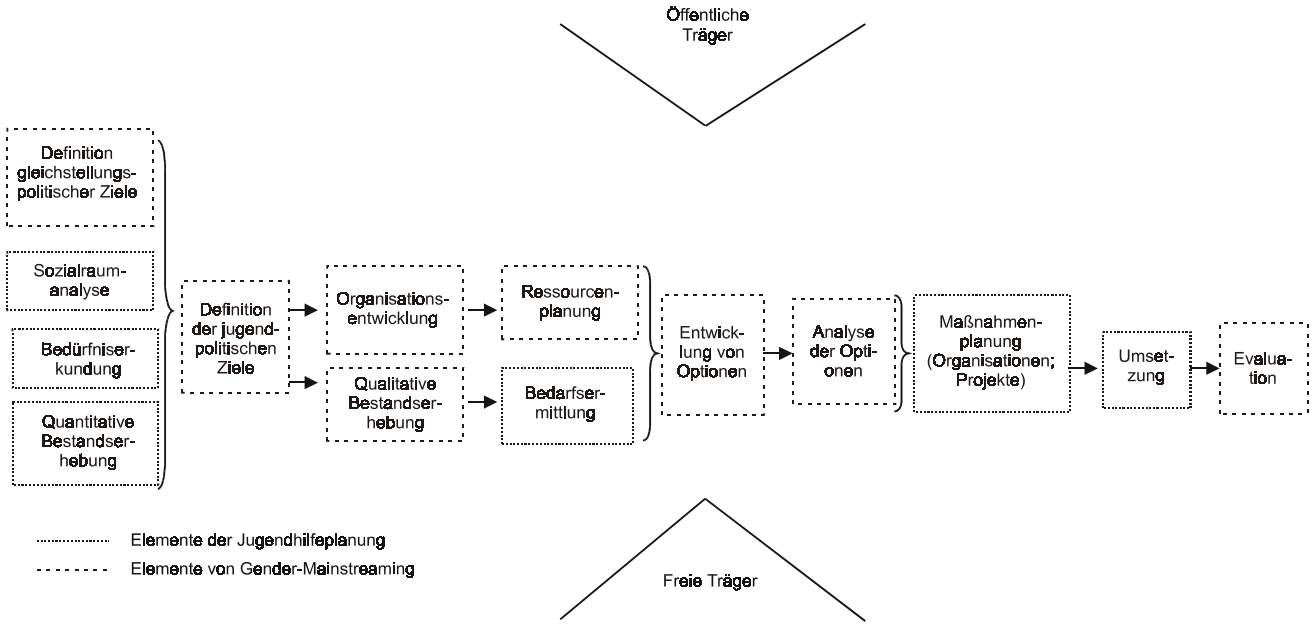
8.2 Modell der Verknüpfung zwischen „Integrierter Mädchenbewusster Jugendhilfeplanung“ und „Gender Mainstreaming“

Die Verknüpfung zwischen dem Ansatz der „Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ und „Gender Mainstreaming-Prozessen“ kann für die Jugendhilfe eine spannende Vision sein, die in einer Potenzierung der Ressourcen beider Ansätze mündet.

Die geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung könnte in Verbindung mit „Gender Mainstreaming“ eine Einbettung in weitreichende Diskurszusammenhänge erfahren. Sollte ausgehend von den europäischen rechtlichen Verpflichtungen faktisch eine grundlegende inhaltliche und methodische Bewegung in Gang kommen, so kann dies im Endeffekt die Verbindlichkeit einer geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung stärken. Eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung wäre damit eine zwingende Voraussetzung zur Umsetzung eines weiterreichenden Gender Mainstreaming-Prozesses in der Jugendhilfe. Profitieren kann die Jugendhilfeplanung, die ja nicht erst seit der Modernisierungsdebatte mit Prozessen der Organisationsentwicklung in Berührung kommt, von den systematischen organisationsinternen Revisionsprozessen. Bislang werden diese nicht regelmäßig in den Blick von Jugendhilfeplanung genommen. In den mädchenspezifischen Ansätzen wurden Veränderungsprozesse zudem vor allem in Abhängigkeit von der Qualität der Lobbyarbeit von Frauen gesehen. Welcher Qualifizierung Entscheidungsträger bedürfen, um in systematischer Weise geschlechterrelevante Fragestellungen bewerten zu können, wird erst durch „Gender Mainstreaming“ fokussiert. Ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Jugendhilfeplanung ergibt sich aus der vorausschauenden Orientierung des Gender Mainstreaming-Ansatzes, der ja auch wesentliche Kriterien entwickelt, um für zukünftige Maßnahmen und Programme geschlechterdifferenzierte Ziele festzuschreiben.

Der Gender Mainstreaming-Ansatz wiederum profitiert vom operationalisierten Konzept der Planung, das spezifizierte Entscheidungskriterien für die quantitative und qualitative Ausrichtung von Jugendhilfeleistungen für Mädchen und Jungen erarbeiten kann. Er profitiert auch vom Prinzip der (Betroffenen)Beteiligung, weil sich durch die vielfältige und auf unterschiedlichen Hierarchieebenen angesiedelten Beteiligungsformen die Akzeptanz der Ergebnisse deutlich steigern lässt. Insofern kann auch geschlossen werden, dass Prozesse des Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe leichter zu implementieren sein werden als in anderen politischen Handlungsfeldern, weil sich durch die gesetzliche Verpflichtung zur Planung ja bereits wesentliche Reflexionstrukturen und mancherorts auch -kulturen entwickelt haben.

Eine mögliche Verbindung der beiden Ansätze veranschaulicht das folgende Schaubild:


Öffentliche Träger
Definition gleichstellungs-politischer Ziele
Sozialraum-analyse
Bedürfniser-kundung
Quantitative Bestandser-hebung
Definition der jugend-politischen Ziele
Organisations-entwicklung
Qualitative Bestandser-hebung
Ressourcen-planung
Bedarfser-mittlung
Entwick-lung von Optionen
Analyse der Opti-onen
Maßnahmen-planung (Organisationen; Projekte)
Umset-zung
Evalua-tion
Elemente der Jugendhilfeplanung
Elemente von Gender-Mainstreaming
Freie Träger

In den ersten Arbeitsschritten dieses Modells geht es darum, die IST-Analysen, so wie es die Verfahren der Jugendhilfeplanung vorsehen, und die übergeordnete SOLL-Definition des Gender Mainstreaming-Verfahrens parallel zueinander anzustoßen und miteinander zu verschränken. Das bedeutet, dass neben dem klassischen Vorgehen der geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung, die jugendpolitischen Entscheidungsinstanzen frühzeitig in die Verantwortung genommen werden, sich aktiv in die gleichstellungspolitischen Fragestellungen der Jugendhilfe einzumischen, Positionen zu entwickeln und die eigenen Entscheidungsgrundlagen einer Revision zu unterziehen. So können dann in der folgenden Zusammenführung der Ergebnisse präzise Zielsetzungen und Aufträge an den weiteren Prozess formuliert werden. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ zeigen, dass die Verständigung auf klar umrissene Zielsetzungen eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Planungsvorhaben ist. Dabei ist darauf zu achten, dass die gleichstellungspolitischen Ziele nicht isoliert vom Gros der jugendpolitisch relevanten Fragestellungen zu behandeln sind, sondern aus diesen heraus formuliert werden müssen (vgl. Zwischenbericht des Modellprojektes Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung, ISS-Aktuell 7/99, S. 42ff.). Insofern liegt in der Verknüpfung der Ansätze die Chance einer passgenaueren Zieldefinition. Passgenau meint hier, dass die Ziele sowohl jugendpolitisch relevant als auch fachlich indiziert sind.

Im zweiten Arbeitsabschnitt dieses Modells geht es darum, das organisationsspezifische Setting der Jugendhilfe auf seine Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die vorab definierten Ziele zu untersuchen. Das meint einerseits die detailliertere Untersuchung der Qualität der Angebote und Leistungen der Jugendhilfe und meint nun auch die Untersuchung der organisations- und ressourcenspezifischen Rahmenbedingungen der Leistungserbringung. Auf diese Weise ließe sich eine ganzheitliche Herangehensweise an Gleichstellungspolitik in der Jugendhilfe realisieren. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt vor allem darin, dass nicht lediglich notwendige Angebote und Leistungen definiert werden, die dann in das bestehende System eingefügt werden müssen, sondern das gesamte System in Bewegung kommt. Allerdings ist an dieser Stelle davor zu warnen, die Handlungsebenen der Personalentwicklung und Ressourcenplanung als schlichte Quotierungsinstrumentarien zu begreifen. Starre Regularien wie „50 % der Mittel für Mädchen“ oder „50 % Frauen in den Jugendhilfeausschuss“ ergeben noch lange keine Gleichstellung. Wesentlich ist, dass die Ergebnisse aus allen Arbeitsschritten miteinander verwoben werden und notwendige Veränderungsschritte nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch geplant werden. Erst dann ergeben sich Chancen zu einer nachhaltigen Veränderung.

In der dritten Arbeitsphase schließlich geht es um die dezidierte Planung von Umsetzungsschritten. Einen wesentlichen Beitrag des Gender Mainstreaming-Ansatzes auf dieser Ebene zur Qualifizierung des Gesamtprozesses liegt in der strategischen Planung. Planungsprozesse im Allgemeinen, aber auch mädchenspezifische Planungen stießen bislang auf das Problem, dass sie Empfehlungen aussprachen, aber nur bedingt Einfluss auf die Umsetzung hatten. Werden geschlechterdifferenzierte Planungen und Gender Mainstreaming-Prozesse miteinander gekoppelt, so ergibt sich zwangsweise die Fortführung des Prozesses auf der Ebene der politischen Entscheidungsfindung und -durchsetzung. Hilfreich sind hierbei die Methoden der Entwicklung und Analyse von Optionen, die das Konzept des Gender Mainstreamings einzubringen vermag. Sie legen klare Prüfkriterien fest, anhand derer die gender adäquate Ausrichtung der Leistungen gemessen werden kann und erweitern den Blick auf eine relevante Fragestellung: Welchen Nutzen sollen die Zielgruppen von den jeweiligen Maßnahmen haben (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales 2000, S. 12).

Damit werden zentrale Kriterien festgelegt, die als Vorgaben für die Praxis herangezogen werden können z. B. indem sie in Leistungsvereinbarungen einfließen. Ebenfalls werden damit die Kriterien niedergelegt, an denen die Zielerreichung zukünftig geprüft und bewertet werden kann.

Da Gender Mainstreaming als Verfahren ja nicht auf die Jugendhilfe beschränkt bleibt, ergeben sich nunmehr auch gute Chancen, die Ergebnisse angrenzender Handlungsfelder miteinander zu verschränken und zu bearbeiten.

Die Verknüpfung einer geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung mit Gender Mainstreaming-Prozessen – das zeigen die Ausführungen – bedeutet einen inhaltlichen und methodischen Zugewinn. Wesentlich erscheint jedoch, aus der Sicht der Jugendhilfe heraus, dass im Ergebnis nicht nur gleichstellungspolitische Maßnahmen in der Jugendhilfe entwickelt werden, sondern diese **gleichstellungspolitischen Maßnahmen bedarfsgerecht ausgerichtet sind.**

9 Ausblick und Empfehlungen

Während in der Bundesrepublik Deutschland „Gender Mainstreaming-Prozesse noch in den Kinderschuhen stecken“ (vgl. Zweiwochendienst Nr. 153/1999, S. 8), liegen aus anderen Ländern aufbereitete Erfahrungsberichte vor (vgl. auch Final Report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming (EG-S-MS (98) 2 des Europarates). Diese auf die relevanten Schwachstellen von Mainstreaming-Prozessen hin auszuwerten, kann in der aktuellen Debatte hilfreich sein, um die pauschale Ablehnung, die diesem Ansatz von einigen VertreterInnen der Mädchenarbeit und von freien Trägern entgegengebracht wird, zu überwinden. Denn eines ist schon heute abzusehen: Die Verpflichtung zur Implementierung von Gender Mainstreaming-Prozessen ist supranational festgelegt worden und eine bereits auf europäischer Ebene gültige rechtliche Verpflichtung (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales 2000, S. 8). Sie hat somit auch verbindliche Auswirkungen auf das politische Handeln in der Bundesrepublik. Es kann also nicht darum gehen, in Ablehnung zu verharren, sondern es gilt, die Herausforderung anzunehmen und so nutzbringend wie möglich umzusetzen.

Diese Haltung entspringt nicht nur aus der Akzeptanz der rechtlichen Verpflichtung, sondern auch der festen Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Veränderungen, die die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen heute beeinflussen, sich nicht mehr mit „Mädchenprojekten“ allein begegnen lassen. Angesichts globaler Benachteiligungsrisiken für Mädchen und junge Frauen, die sich u. a. in der Einmündung in Erwerbsarbeit, dem Zugang zu neuen Informationstechnologien oder der Teilprivatisierung sozialer Absicherung abzeichnen, wird es in Zukunft Aufgabe aller Politikbereiche und selbstverständlich auch aller Handlungsfelder der Jugendhilfe sein, die Teilhabechancen von Mädchen und jungen Frauen an den gesellschaftlichen Entwicklungen sicherzustellen. Mädchenarbeit wird deshalb in Zukunft eine Querschnittsaufgabe sein müssen, denn sie wird auf die Zusammenarbeit aller Leistungsbereiche angewiesen sein, was aber nicht heißt, dass die Notwendigkeit für eigenständige Mädchenprojekte entfällt. Dennoch wird sich Mädchenarbeit damit verändern, d. h. sie wird sich wesentlich stärker über die jeweiligen Ziele der Arbeit als über ihre Strukturmerkmale definieren müssen.

Gender Mainstreaming könnte eine hilfreiche Strategie sein, die Querschnittsfunktion herzustellen. Dennoch ist auf folgende Schwachstellen

der Umsetzung hinzuweisen (vgl. Woroniuk, Thomas, Schalkwyk 1996, S. 28ff.):

- Gender Mainstreaming-Prozesse sind top-down-Strategien, sie funktionieren nur dann effektiv, wenn Führungskräfte sie gezielt fördern;
- In der Umsetzung von Gender Mainstreaming-Prozessen werden Organisationsentwicklungsprozessen zu wenig Beachtung geschenkt, dies führt dann dazu, dass Verfahren verändert werden, nicht aber das Verständnis der Organisationen bei der Erbringung geschlechtergerechter Dienstleistungen;
- zuweilen enden Gender Mainstreaming-Prozesse mit den Delegationen von Aufgaben an einzelne marginale Personen oder Arbeitsfelder;
- Gender Mainstreaming-Prozesse werden oftmals auf Trainings- und technische Verfahren reduziert

und daraus folgt die wohl weitreichendste Kritik am Verfahren, nämlich dass

- die Bedürfnisse der Betroffenen nicht ausreichend in den Blick genommen werden und an der Peripherie statt im Zentrum des Interesses stehen.

Gerade an diesem Punkt offenbart sich aber die Stärke von Jugendhilfeplanungsprozessen, die mit den Vorgaben von Beteiligung, Sozialraumorientierung, Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der AdressatInnen deutlich näher an den Mädchen und Jungen dran ist.

In der Verknüpfung beider Ansätze liegt deshalb nicht nur die Chance zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, sondern insbesondere der Entwicklung und Umsetzung einer **bedarfsgerechten Gleichstellungspolitik in der Jugendhilfe**.

Wenn – wie in Abschnitt 4 dargelegt – infolge der gesellschaftlichen Pluralisierung sich die klassischen Geschlechterdifferenzen und -benachteiligungen z. T. auflösen, sicher aber tiefgreifend verändern, wenn heute oftmals zwischen den Geschlechtern in einzelnen Lebensabschnitten mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede ausgemacht werden können, aber dennoch in spezifischen Lebenslagen Benachteiligungen massiv geschlechtsspezifisch (z. B. Armut) zum Tragen kommen, dann haben die Mädchenarbeit und die Jugendhilfe insgesamt diese widersprüchlichen Entwicklungen mitzuvollziehen. Sie haben sich dem Bedarf ihrer AdressatInnen in anderer Weise als ausschließlich über die Kategorie „Geschlecht“ zu nähern und bedürfen deshalb verfeinerter Instrumentarien zur Bedarfsermittlung als bisher.

Jugendhilfeplanung ist ein adäquates Instrumentarium zur Eruierung der jeweiligen Lebenslagen von Mädchen und Jungen und der spezifisch wirksamen Benachteiligungsrisiken, zur Bewertung des Leistungsspektrums der Jugendhilfe und zur Identifizierung von Entwicklungsnotwendigkeiten. Gerade weil sich die Bedarfslagen von Mädchen und jungen Frauen nicht mehr einheitlich über eine feministische Rhetorik und Zielsetzung vordefinieren lassen, zwingt sich die Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung mehr denn je auf. Jugendhilfeplanungsprozesse (und nicht mehr ausschließlich Mädchenprojekte) sind die Plattform, auf der Bedürfnis- und Problemlagen erkannt und gewichtet sowie institutionelle Strategien entwickelt werden müssen, weil die bedarfsbeeinflussenden Faktoren das Analyse- und Bearbeitungsvermögen einzelner Leistungsbereiche der Jugendhilfe übersteigen. Jugendhilfeplanung ist ebenfalls das Instrument, das derzeit am ehesten garantiert, dass die objektiven und unterschiedlichen Bedingungen des Aufwachsens von Mädchen und jungen Frauen systematisch sichtbar gemacht werden können. Damit ist eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung der Rahmen, in dem die inhaltliche Ausrichtung von Mädchen- und Jungendarbeit künftig ausgehandelt werden sollte.

Selbstverständlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass der politische Wille zur Einnahme einer mädchenspezifischen bzw. geschlechterdifferenzierten Perspektive in der Jugendhilfeplanung in allen Kommunen und Landkreisen ausgeprägt wäre. So erhalten die bisherigen Bemühungen mit der Ausweitung des Gender Mainstreaming-Ansatzes in der Bundesrepublik deutlichen Aufwind und Unterstützung. Dass sich Jugendhilfeplanung und Gender Mainstreaming trefflich ergänzen können, ist bereits ausführlich dargelegt worden. Gender Mainstreaming eröffnet der Jugendhilfeplanung die notwendigen Schnittstellen zu anderen staatlichen Handlungsfeldern und in die Systeme der Organisationen staatlicher Leistungserbringung hinein.

Auf eines bleibt noch hinzuweisen:

Bei der Implementierung von Gender Mainstreaming-Konzepten als Querschnittsaufgabe in der Jugendhilfe wird es nicht ausreichen, den Trägern das „neue“ Vorgehen auf das Papier bzw. den Zuwendungsbescheid zu schreiben. Dies würde zur Fortschreibung der bisherigen Logik der Mädchenförderung führen: Es würde eine strukturelle und nicht inhaltliche Steuerung erfolgen. Derzeit bedarf die geschlechterdifferenzierte Arbeit aber vielmehr inhaltlicher und zielgruppenspezifischer Begründungszusammenhänge. Hierzu wird Wissen über die Lebenslagen (das die Jugendhilfeplanung vorhalten kann) sowie der politische Wille,

der sich in der Formulierung gleichstellungspolitischer Zielsetzungen und der Bereitstellung von Rahmenbedingungen manifestiert (und in Gender Mainstreaming-Prozessen erarbeitet werden kann), benötigt. Es muss bewusst werden und sein, dass das Konzept des Gender Mainstreaming keine gleichstellungspolitische Zielsetzung an sich ist. Diese Zielsetzungen müssen in der Jugendhilfe neu erarbeitet und definiert werden. Dies könnte am besten, d. h. am bedarfsgerechtesten, in der Verknüpfung von Gender Mainstreaming-Prozessen und Jugendhilfeplanung gelingen.

Damit sind die Empfehlungen aus dem Modellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ in die übergeordnete fachpolitische Diskussion hinein folgende:

- Jugendhilfeplanung sollte regelmäßig im Rahmen der Standardverfahren geschlechterdifferenziert werden, die Vorgaben des § 9 Abs. 3 KJHG sind als gleichrangig zu allen anderen Vorgaben zu verankern;
- dort, wo in der Jugendhilfe Gender Mainstreaming-Prozesse in Angriff genommen werden, sollten diese zwingend mit einer „Integriert geschlechterdifferenzierten Jugendhilfeplanung“ verknüpft werden; nur so lässt sich sicherstellen, dass eine Bedarfsorientierung gewährleistet wird;
- da Jugendhilfeplanungsprozesse eine begrenzte Einflusssphäre auf angrenzende Tätigkeitsfelder aber auch Systeme der Leistungserbringung in der Jugendhilfe haben, sollten die Chancen von Gender Mainstreaming-Prozessen erschlossen und Verknüpfungen gestaltet werden.

Für Mädchen und Jungen als AdressatInnen der Jugendhilfe bedeuten die fachlichen Prämissen einer bedarfsgerechten Ausrichtung von Gleichstellungspolitik und die Notwendigkeit zur systematischen Überprüfung der geschlechterspezifischen Implikationen staatlicher Leistungserbringung also mehr als nur ein Schlagwort. Es ist die Chance auf Überwindung geschlechtsspezifisch festgeschriebener Defizite, die Option auf selbstgewählte Vielfalt aber auch ein gesellschaftlicher Schutz im Sinne einer staatlichen Verpflichtung, die global wirkenden strukturellen Benachteiligungsrisiken, die geschlechterbezogene Auswirkungen haben, zu beseitigen.

10 Literaturangaben

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V./Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.), Mehr als nur ein Stück weit.....Jugendarbeit als Begleiterin von Mädchen im Übergang von der Schule in den Beruf, Stuttgart 1999

Bohn, I., „Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ in: Jordan, E., Schone, R., Handbuch Jugendhilfeplanung, Münster 1998, S 499 – 518

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Stuttgart/Berlin/Köln 2000.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Von der mädchengerechten zur integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung, Stuttgart 1996

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Grundlagenpapier zu Gender-Mainstreaming 2000, www.bmfsfj.de/infoc/download/mainstr.doc

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Familien ausländischer Herkunft in Deutschland, 6. Familienbericht, Berlin 2000

Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.), 8. Jugendbericht – Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe, Bonn 1990

Bundestagsdrucksache: Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland – 6. Jugendbericht, Nr. 10/1007 vom 15.02.1984

Deutsche Shell-Studie, Jugend 2000, Band 1, (Hrsg.), Opladen 2000

Europarat, „L´approche intégrée de l´égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des ‚bonnes pratiques‘“, Strasbourg, 26 März 1998

Europarat, „Final Report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming“, (EG-S-MS (98)2)

Finkel, M., Für wen ist was Erfolg? Ergebnisse der JULE-Studie über die Situation von Mädchen in erzieherischen Hilfen, in: Forum Erziehungshilfen, 6. Jg. 2000, Heft 4

Heinrich Böll Foundation (Ed.), On the National Implementation of the Platform for Action of the 4th World Conference on Women in Beijing: Comment on the Response of the Federal Government by German Non-Governmental Organizations, Berlin, December 1999

Hock, B./Holz, G. u.a., Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Frankfurt am Main 2000a

Hock, B./Holz, G., Erfolg oder Scheitern? Arme benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben, Frankfurt am Main 2000b

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt/M. (ISS e.V.), Zwischenbericht des Modellprojekts „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“, ISS-Aktuell 7/1999

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt/M. (ISS e.V.), Kommunale Sozialberichterstattung. Sozialräumliche Erstbeschreibung der Stadt Jena unter Berücksichtigung einer geschlechterbewussten Jugendhilfeperspektive, ISS-Aktuell 16/2000

Jordan, E./Schone, R., Jugendhilfeplanung – aber wie? Eine Arbeitshilfe für die Praxis, Münster 1992

Jordan, E./Schone, R., Handbuch Jugendhilfeplanung, Münster 1998

Kilb, R., Jugendhilfeplanung – ein kreatives Missverständnis?, Opladen 2000

Landesregierung Sachsen-Anhalt, Konzept der Landesregierung zur systematischen Einbeziehung des Ziels der Chancengleichheit von Frauen und Männern in sämtliche Politikbereiche (gender-mainstreaming), www.ms.sachsen-anhalt.de/frauen/fr_prgr.htm

March, C., A Tool Kit. Concepts and Frameworks for Gender Analysis and Planning , Oxfam July 1996

Merchel, J., Kooperative Jugendhilfeplanung, Eine praxisbezogene Einführung, Opladen 1994

Meyer, D., Die Dimension Geschlecht im Kontext des Strukturwandels der Jugend und Jugendphase, in: SPI (Hrsg.), Geschlechtersequenzen. Dokumentation des Diskussionsforums zur geschlechtsspezifischen Jugendforschung, Berlin 1999

Meyer, D./Seidenspinner, G., „Mädchen. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel“, in: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hrsg.), 50 Jahre AGJ, Einheit der Jugendhilfe, Bonn 1998, S. 58 - 76

Ministry of Social Affairs and Employment, Netherlands Interdepartmental Plan of Action on Gendermainstreaming 1999 – 2002

Ministry of Social Affairs and Health, Office of the Ombudsman for Equality, Final Report on the Plan of Action for the Promotion of Gender Equality of the Government of Finland 5.2.1997 – 28.02.1999

Mitteilung der Kommission: Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft, KOM (96) 67 endg. vom 21.02.1996

Moser, C., Gender Planning and Development: Theory, Practice and Training, London Routledge 1993

Münder, J. u.a., Frankfurter Lehr- und Praxis-Kommentar zum KJHG, 3. Auflage, Münster 1998

Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Gender-Mainstreaming, Informationen und Impulse, Hannover Juli 2000

Nissen, U., Theorie, Empirie und Praxis – Neuere Ansätze zur Erklärung weiblicher Sozialisation und ihre Bedeutung für die Praxis der geschlechtsbezogenen Jugendarbeit, in: Kreisjugendring München-Stadt (Hrsg.), Abschied von der Geschlechterrollen?, München 2000

Oechsle, M., Gleichheit mit Hindernissen, Berlin 2000

Rose, L., „Mädchenarbeit und Jungenarbeit in der Risikogesellschaft. Kritische Überlegungen zur geschlechterbewussten Qualifizierung in der Jugendhilfe“, in: Neue Praxis 3/2000, S. 240 - 253

Schalkwyk, J./Thomas, H./Woroniuk, B., Mainstreaming: A strategy for Achieving Equality between Women & Men, A Think Piece, Swedish International Development Cooperation Agency, Stockholm July 1996

Seifert, W., Am Rande der Gesellschaft? Zur Entwicklung von Haushaltseinkommen und Armut unter Ausländern, in: IZA 3/4, 1994, S. 16 - 23

Trede, W., Nichtdeutsche junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 2/2000

United Nations, Platform for Action and the Beijing Declaration, Fourth World Conference on Women, Beijing, China 4-15 September 1995

United Nations, Division for the Advancement of Women, Economic Commission for Latin American and the Caribbean, Report: National Machineries for gender Equality, Expert Group Meeting, Santiago, Chile 31 August – 4 September 1998

Woroniuk, B./Thomas, H./Schalkwyk, J., Gender Equality Action Plans: A Think Piece, International Development Cooperation Agency, Stockholm January 1996

Zweiwochendienst, Nr. 153/1999, S. 8

11 Anhang

11.1 Exemplarische Erhebungsinstrumente

11.1.1 Fragebogen zur Lebens- und Freizeitsituation von Schülerinnen und Schülern der Abgangsklassen (Nordhausen)

Jugendamt Nordhausen

Fragebogen zur Lebens- und Freizeitsituation von Schülerinnen und Schülern der Abgangsklassen

Bitte lies den Fragebogen Frage nach Frage aufmerksam durch! Überlege, welche der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten für Dich persönlich zutrifft, und kreuze diese dann so (X) an!

Wenn „Mehrfachnennungen möglich“ hinter der Frage steht, kannst Du auch mehr als eine der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ankreuzen.

Bei einigen Fragen sind noch keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben, hier sollst Du Deine Antwort möglichst genau in eigene Worte fassen.

Und nun viel Spaß beim Beantworten der Fragen!

Zuerst einige Fragen zu Deiner Freizeit und Deinen Freizeitinteressen!

1) Was tust du in deiner Freizeit?
(Schreibe Deine fünf wichtigsten Freizeiftätigkeiten auf!)
a) _____
b) _____
c) _____
d) _____
e) _____

2a) Über wieviel freie Zeit kannst du an normalen WOCHENTAGEN verfügen?
(1) *weniger als 2 Stunden*
(2) *2 bis 4 Stunden*
(3) *4 bis 6 Stunden*
(4) *mehr als 6 Stunden*
(8) *kann ich nicht sagen*

2b) Wo verbringst du an dann <u>hauptsächlich</u> deine freie Zeit?
(Mehrfachnennungen möglich)

(1) *zu Hause*
(1) *bei FreundenlFreundinnen*
(1) *in einem Verein*
(1) *im Jugendclub*
(1) *auf dem Sportplatzl in der Sporthalle*
(1) *im Kino*
(1) *in der Disco*
(1) *auf der Straße*
(1) *andere (bitte nennen):*

3a) Über wieviel freie Zeit kannst du an normalen <u>WOCHENEND-TAGEN</u> verfügen?

(1) *weniger als 2 Stunden*
(2) *2 bis 4 Stunden*
(3) *4 bis 6 Stunden*
(4) *mehr als 6 Stunden*
(8) *kann ich nicht sagen*

3b) Wo verbringst du dann <u>hauptsächlich</u> deine freie Zeit?
(Mehrfachnennungen möglich)

(1) *zu Hause*
(1) *bei FreundenlFreundinnen*
(1) *in einem Verein*
(1) *im Jugendclub*
(1) *auf dem Sportplatzl in der Sporthalle*
(1) *im Kino*
(1) *in der Disco*
(1) *auf der Straße*
(1) *andere (bitte nennen):*

_____

4) Wenn du abends weggehst, bis wann musst du wieder zu Hause sein?
(Bitte Uhrzeit eintragen)

a) *an Wochentagen* *bis* _____ *Uhr*
b) *an Wochenendtagen* *bis* _____ *Uhr*

5) Was schränkt dich bei der Nutzung von Freizeitangeboten oft ein?

(Mehrfachnennungen möglich)

(1) *Verbote durch ElternlElternteil*
(1) *schulische bzw. berufliche Belastungen*
(1) *Verpflichtungen zu Hause (Mithilfe im Haushalt, Betreuung von Geschwistern usw.)*
(1) *Geldknappheit*
(1) *fehlende Angebote im Wohngebiet*
(1) *schlechte Erreichbarkeit der Angebote mit öffentlichen Verkehrsmitteln*
(1) *fehlende Informationen über Freizeitangebote*
(1) *ungünstige Öffnungszeiten der Jugendfreizeiteinrichtungen*
(1) *andere Gründe (bitte nennen):*

_____

6) Welche Pflichten hast du zu Hause? Bitte nenne nur die drei wichtigsten!

a) _____
b) _____
c) _____

7) Wie schätzt du die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in deinem Wohngebiet / in deiner Gemeinde ein?

(1) *sehr gut* (2) *gut* (3) *zufriedenstellend*
(4) *ausreichend* (5) *mangelhaft*

8) Welche Freizeitangebote für Jugendliche fehlen deiner Meinung nach in deinem Wohngebiet / in deiner Gemeinde? Nenne die drei wichtigsten!

a) _____
b) _____
c) _____

9) Welche Freizeitangebote wünschst du dir für die Ferien?
(Mehrfachnennungen möglich)

(1) *Ferientager für Kinder*
(1) *Jugendfreizeit im Inland*
(1) *Jugendfreizeit im Ausland*
(1) *Ferienspiele für Kinder*
(1) *Straßen-IStadtteilfest unter Mitwirkung von Jugendeinrichtungen*
(1) *Sportveranstaltungen (Trainingslager, Turniere, Wettkämpfe etc.*
(1) *andere Angebote (bitte nennen):* _____

10a) Was sollte deiner Meinung nach ein Jugendtreff bieten, wenn er für dich attraktiv sein soll?
Wie sollte er ausgestattet sein? _____
_____
Welche Angebote sollten dort gemacht werden? _____
_____
Wen willst du dort treffen? _____
Wen willst du dort nicht treffen _____

10b) Wann sollten Jugendfreizeiteinrichtungen geöffnet sein?
- an Wochentagen von _____ Uhr bis _____ Uhr
- an Wochenendtagen von _____ Uhr bis _____ Uhr

11) Könntest du dir vorstellen, in einem Jugendtreff aktiv mitzuarbeiten?
(1) *ja*
(2) *nein*

Wenn ja: **Was würdest du gern machen?** _____

12a) Welche Angebote zur Freizeitgestaltung gibt es an deiner Schule?
(Mehrfachnennungen möglich)
(1) *keine Angebote*
(1) *Sportarbeitsgemeinschaft*
(1) *Arbeitsgemeinschaften für Kunst*
(1) *Arbeitsgemeinschaften für Theater*
(1) *Arbeitsgemeinschaft für Naturwissenschaften*
andere (bitte nennen) _____

12b) Welche der Angebote nutzt du regelmäßig?
(Mehrfachnennungen möglich)
(1) *nutze keine Angebote*
(1) *Sportarbeitsgemeinschaft*
(1) *Arbeitsgemeinschaften für Kunst*
(1) *Arbeitsgemeinschaften für Theater*
(1) *Arbeitsgemeinschaft für Naturwissenschaften*
(1) *andere (bitte nennen) :* _____

12c) Welche Angebote wünschst du dir noch zusätzlich?
_____
_____

13) Besuchst du regelmäßig einen Jugendclub oder eine Jugendfreizeiteinrichtung?
(1) *ja*
(2) *nein, gehe nur unregelmäßig / ganz selten dorthin*
(3) *nein, war noch nie dort*

Wenn ja:
Welche Einrichtung ist das? _____

Wie oft gehst du dorthin?
ungefähr _____ mal im Monat
(88) *kann ich nicht sagen*

14) Bist du Mitglied in einer oder mehreren Organisationen wie z.B. einem Sportverein, einem Jugendverband oder einer Jugendgruppe?
(1) *ja*
(2) *nein*

Wenn ja: **Welche sind das genau?**
a) _____
b) _____
c) _____
d) _____

15) Hattest du selbst oder deine Familie schon einmal Leistungen der Jugendhilfe erhalten (z.B. Ferienfreizeit, Schularbeitshilfe, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehungsberatung)?
(1) *ja*
(2) *nein*

Wenn ja: **Was waren das für Leistungen?** (bitte möglichst genau nennen)
a) _____
b) _____
c) _____

Nun einige Fragen zu deinen ganz persönlichen Ansichten!

16) Wenn du an die unterschiedlichen „Jugendszenen" denkst, fühlst du dich selbst einer bestimmten (z.B. Techno-Fans, Skins, Punks) zugehörig?
(1) *ja*
(2) *nein*

Wenn ja, **welche ist das?** _____

17) Wenn du persönliche Fragen und Probleme hast, würdest du dich beraten lassen?
(1) *ja, ganz* bestimmt
(2) *ja, kommt auf das Problem an*
(3) *nein, ganz bestimmt nicht (⇒ weiter mit Frage 18)*

Wenn ja, **zu welchem Thema?** (Mehrfachnennungen möglich)
(1) *Freundschaft, Sexualität, Familienplanung*
(1) *Probleme mit den Eltern, familiäre Probleme*
(1) *Berufswahl / Berufsausbildung*
(1) *Drogen (Alkohol, Rauchen, „harte" Drogen etc.)*
(1) *Freizeitgestaltung*
(1) *andere (bitte nennen):* _____

Wo sollte eine entsprechende Beratung stattfinden?
(Mehrfachnennungen möglich)
(1) *in einer spezialisierten Beratungsstelle*
(1) *in der Schule*
(1) *bei mir zu Hause*
(1) *im Jugendclub*
(1) *in der Kirchengemeinde*
(1) *im Jugendamt*
(1) *im Arbeitsamt*
(1) *woanders (bitte nennen):* _____

18) Wie schätzt du die Leistungsanforderungen an deiner Schule ein?
(1) *zu hoch*
(2) *gerade richtig*
(3) *zu niedrig*

19) Welches Verhältnis hast du zu deinen Lehrer/innen?

a) Klassenlehrer/in	**b) Fachlehrer/innen**	**c) Beratungslehrer/in**
(1) *sehr gut*	(1) *sehr gut*	(1) *sehr gut*
(2) *eher gut*	(2) *eher gut*	(2) *eher gut*
(3) *weder gut, noch schlecht*	(3) *weder gut, noch schlecht*	(3) *weder gut, noch schlecht*
(4) *eher schlecht*	(4) *eher schlecht*	(4) *eher schlecht*
(5) *sehr schlecht*	(5) *sehr schlecht*	(5) *sehr schlecht*

20) Über die Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden unterschiedliche Auffassungen geäußert. Gib bitte für jeden der folgenden Sätze an, inwieweit er deiner Meinung nach stimmt!

a) Jugendlichen wird durch Verbote das Leben schwer gemacht.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

b) Eltern mischen sich dauernd in Dinge ein, die sie nichts angehen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

c) Jugendlichen fehlen Ideale und Werte zur Orientierung.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

d) Sorgen und Probleme von Jugendlichen werden ernst genommen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

e) Jugendliche können in der Gemeinde mitbestimmen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

21) Über Gewalt unter Jugendlichen wird viel diskutiert. Wie ist deine persönliche Haltung dazu? Gib bitte für jeden der folgenden Sätze an, inwieweit er deiner Meinung nach stimmt!

a) Es gibt Situationen, da bleibt einem nichts anderes übrig, als zur Gewalt zu greifen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

b) Wer Gewalt ausübt, wird mehr beachtet.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

c) Man wird in der Gruppe nur anerkannt, wenn man Gewalt ausübt.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

d) Gewalt ist unter Jugendlichen ganz normal.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

e) Gewalt darf nur zur Verteidigung oder aus Notwehr ausgeübt werden.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum* (4) *stimmt gar nicht*

Nun zu einigen Erfahrungen, die du selbst gemacht hast!

22) Welche Form von Gewalt hast du in deinem Umfeld bereits erlebt?
(Mehrfachnennungen möglich)
(1) *Anpöbeln, Belästigung*
(1) *Zerstörung, Vandalismus*
(1) *Schlägerei mit Personen-/Sachschaden*
(1) *Körperverletzung*
(1) *Erpressung*
(1) *Bedrohung mit Waffen*
(1) *Überfall/ Raub/ Wohnungseinbruch*
(1) *Kindesmisshandlung*
(1) *Kindesmissbrauch*
andere (bitte nennen): _____

23a) Wie häufig hast du Kontakt zu Ausländer/innen?
(1) *nie* (2) *selten* (3) *häufig* (4) *ständig, laufend*

23b) Welche Erfahrungen hast du mit Ausländer/innen gemacht?
(1) *sehr gute*
(2 eher gute
(3) *weder gute, noch schlechte*
(4) *eher schlechte*
(5) *sehr schlechte*

23c) Zur Ausländerpolitik gibt es verschiedene Standpunkte. Wie ist deine Meinung zu folgenden Aussagen?

a) Ausländer sollten Deutschland möglichst bald verlassen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum*
(4) *stimmt gar nicht*

b) Ausländer sollten bei uns bleiben und sich anpassen, bis sie richtige Deutsche sind.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum*
(4) *stimmt gar nicht*

c) Ausländer sollten bei uns bleiben, ohne dass sie dabei auf ihre eigene Kultur verzichten müssen.
(1) *stimmt völlig* (2) *stimmt überwiegend* (3) *stimmt kaum*
(4) *stimmt gar nicht*

24) Welche Rolle spielen für dich die Medien als Informationsquellen?

		sehr wichtig	***weniger wichtig***	***unwichtig***
Fernsehen	(1)	(2)	(3)	
Nordhäuser Fernsehen	(1)	(2)	(3)	
Radio	(1)	(2)	(3)	
Tageszeitung	(1)	(2)	(3)	
Intemetl Onfine-Dienste	(1)	(2)	(3)	
Info-Broschüren	(1)	(2)	(3)	

25) Kannst du einen Computer regelmäßig nutzen?

(1) *ja, ich besitze selbst einen Computer*
(2) *ja, ich kann einen Computer benutzen*
(3) *nein, habe aber Interesse, einen Computer zu nutzen*
(4) *nein, habe auch kein Interesse an Computern*

Wenn ja: **Wofür nutzt du den Computer vorrangig?**
(1) *Schule / Ausbildung* (2) *Spiele* (3) *Hobby* (4) *Sonstiges*

26) Kannst du dir vorstellen, in deiner Freizeit ein Ehrenamt zu übernehmen?

(1) *ja*
(2) *nein*

Wenn ja, ***in weichem Bereich?*** *(bitte nennen)* _____
_____

27) Wenn du könntest, würdest du von deinem Wohnort wegziehen?

(1) *ja, sofort* (2) *ja, vielleicht* (3) *nein, bestimmt nicht*
(8) *weiß nicht*

28) Wenn du in deinem Wohnort etwas ändern könntest, was würdest du tun?

_____
_____
_____
_____

29) Welche Probleme und Ängste bewegen dich zur Zeit?

	oft	***manch-mal***	***nie***
Schwierigkeiten mit den Eltern	(1)	(2)	(3)
Bedrohung der persönlichen	(1)	(2)	(3)
Sicherheit	(1)	(2)	(3)
mangelnde Anerkennung in der	(1)	(2)	(3)
Gruppe	(1)	(2)	(3)
den Freund / die Freundin zu	(1)	(2)	(3)
verlieren	(1)	(2)	(3)
Ärger in der Schule bzw. in der Ausbildung			
Arbeitslosigkeit			
Perspektivlosigkeit			

Anderes (bitte nennen): _____

30) Was ist für dich im Leben wichtig?
(Bilde eine Rangreihe, d.h. was dir am wichtigsten ist, erhält Rang 1, was dir am zweitwichtigsten ist, Rang 2 usw.)

sich in der Gesellschaft engagieren *Rang* ____
eine Familie gründen *Rang* ____
Kindl Kinder haben *Rang* ____
berufliche Karriere machen *Rang* ____
das Leben genießen *Rang* ____

31) Wie wichtig ist dir deine Familie?
(1) *sehr wichtig* (2) *eher wichtig* (3) *eher unwichtig*
(4) *ganz unwichtig*

32) Alles in allem, wie bist du mit deinem bisherigen Leben zufrieden?
(1) *vollkommen zufrieden*
(2) *eher zufrieden*
(3) *weder zufrieden noch unzufrieden*
(4) *eher unzufrieden*
(5) *gänzlich unzufrieden*
(8) *kann ich nicht sagen*

Vielen Dank für Deine Teilnahme!

11.1.2 Fragebogen für die Einrichtungen am Übergang in die Arbeitswelt (Bergstraße)

Fragebogen für die Einrichtungen am Übergang in die Arbeitswelt

Bitte beantworten Sie die Fragen sorgfältig und ausführlich. Nicht abgefragte Informationen, die jedoch von Bedeutung für Ihre Einrichtung oder Ihre Angebote sind, vermerken Sie bitte auf ein gesondertes Blatt (evtl. unter Bezug auf eine der Fragen).

Falls Unklarkeiten beim Ausfüllen des Fragebogens auftauchen oder Sie noch weitere Fragen haben, können Sie sich gerne an Herrn Volk, Jugendhilfeplanung des Kreises Bergstraße, unter der Telefonnummer 06252-15600 wenden.

Zur Einrichtung

1) **Name der Einrichtung:** _____

2) **Anschrift:** _____
_____

3) **Telefon:** _____/_____

4) **Öffnungszeiten:** _____
_____

5) **Träger der Einrichtung:** _____

6) **Name der/des Leiterin/Leiters:** _____

7) **Welche Themen-/Handlungsfelder bilden Schwerpunkte in der Tätigkeit Ihrer Einrichtung/Diensstelle?**
(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

8) **Welche Arten von Angeboten bieten Sie schwerpunktmäßig an?**
(z. B. Qualifizierung, Vermittlung, Beratung u.a.)
(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

9) An welche Zielgruppe/n richten sich Ihre Angebote im Wesentlichen?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

10) Wieviele MitarbeiterInnen sind in der Einrichtung tätig?

Anzahl der Mitarbeiterinnen: _____
Anzahl der Mitarbeiter: _____

11) Welche Ausbildungen und Zusatzausbildungen haben die MitarbeiterInnen?

Ausbildung/Zusatzausbildung	Anzahl

12) Wie sehen die Beschäftigungsverhältnisse der MitarbeiterInnen aus?

Anzahl	Vollzeit	Teilzeit
unbefristet		
befristet		
Jahrespraktikum		

13) Wie bewerten Sie die räumliche und sächliche Ausstattung?

☐ eher gut ☐ eher schlecht ☐ keine Angabe

14) Ist der Bestand der Einrichtung gesichert?

☐ ja ☐ ja, aber nur verändert ☐ nein
☐ z. Zt. nicht absehbar ☐ keine Angabe

Zum pädagogischen Konzept

15) Liegt in Ihrer Einrichtung ein pädagogisches Ziel- und/oder Arbeitskonzept in Schriftform vor?

(a) *ja* *bitte fügen Sie Ihre Konzeption dem Fragebogen bei*
(b) *nein*

16) Bitte skizzieren Sie kurz die Leitlinien Ihrer Einrichtung!

_____
_____
_____
_____
_____

17) Werden Jugendliche bei der Entwicklung der Angebote einbezogen?

☐ ja, in der Regel ☐ ja, eher sporadisch ☐ nein

wenn ja, in welcher Weise?

_____
_____

18) Arbeitet Ihre Einrichtung mit einem bestimmten geschlechtsbezogenen Ansatz?

(z. B. parteiliche Mädchenarbeit, bewusste Jungenarbeit)

☐ ja, mit _____ ☐ nein

19) Wird das soziale Umfeld der AdressatInnen eingebunden?

☐ ja, indem _____

☐ nein

20) Mit wem kooperiert die Einrichtung bei der Durchführung ihrer Angebote?

(z. B. Eltern, bestimmte Einrichtungen etc.)

(a) _____

(b) _____

(c) _____

(d) _____

(e) _____

21) Findet eine Rückmeldung nach Ablauf der Angebote an den/die Kooperationspartner statt?

☐ ja, indem _____

☐ nein

22) Welche Erfahrungen liegen mit den genannten Kooperationspartnern vor?

a) _____
_____

b) _____
_____

(c) _____
_____

23) Werden die einzelnen Angebote ausgewertet?

☐ ja, regelmäßig ☐ ja, gelegentlich
☐ nein ☐ keine Angabe

24) Wie erhalten Sie Kenntnis über den Wirkungsgrad der Angebote?

_____
_____
_____
_____
_____

25) Findet für die MitarbeiterInnen regelmäßig Supervision statt?

☐ ja, und zwar _____ mal im Monat ☐ nein
☐ keine Angabe

wenn ja, wie wird sie durchgeführt?

☐ von Externen ☐ intern durch _____ (Funktion)

26) Nehmen die MitarbeiterInnen regelmäßig an Fortbildungen teil?

☐ ja, und zwar _____ mal im Jahr ☐ nein
☐ keine Angabe

Zu den Teilnehmenden der bisherigen Angebote

27) Über welche (Informations- und Zugangs-) Wege kommen die Jungen und Mädchen in die Angebote?

Mädchen:	Jungen:
(a)	(a)
(b)	(b)
(c)	(c)

28) Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis der an den Angeboten teilnehmenden Mädchen und Jungen insgesamt?

Mädchen **:** Jungen = _____ **:** _____

29) Gibt es bestimmte Angebote, an denen überwiegend Mädchen oder Jungen teilnehmen?

überwiegend Mädchen:	überwiegend Jungen:
(a)	(a)
(b)	(b)
(c)	(c)
(d)	(d)
(e)	(e)

30) Wodurch zeichnen sich die Angebote aus, die überwiegend von Mädchen in Anspruch genommen werden?

(a) _____

(b) _____

(c) _____

31) Wodurch zeichnen sich die Angebote aus, die überwiegend von Jungen in Anspruch genommen werden?

(a) _____

(b) _____

(c) _____

32) Wie hoch ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen in den Angeboten?

ca. _____ %

33) Wie ist das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis der an den Angeboten teilnehmenden ausländischen Jugendlichen?

Mädchen **:** Jungen = _____ **:** _____

34) Welche besonderen Erfahrungen liegen mit ausländischen Jugendlichen vor?

Mädchen:	Jungen:
(a)	(a)
(b)	(b)
(c)	(c)

35) Wie hoch ist der Anteil der jugendlichen AussiedlerInnen in den Angeboten?

ca. _____ %

36) Wie ist das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis der an den Angeboten teilnehmenden jugendlichen AussiedlerInnen ?

Mädchen : Jungen = _____ : _____

37) Welche besonderen Erfahrungen liegen mit den AussiedlerInnen vor?

Mädchen:	Jungen:
(a)	(a)
(b)	(b)
(c)	(c)

Zu den Angeboten am Übergang in Ausbildung und Beruf

38) Welche Angebote bieten Sie für SchülerInnen am Übergang in die Arbeitswelt an?

Bitte füllen Sie für jedes Angebot einen Kasten aus. Falls die Vordrucke nicht ausreichen, kopieren Sie bitte die erforderliche Anzahl.

Thema:
Zielgruppe nach **Alter:** **Geschlecht:** **Nationalität:** **Schulform:** **besonderen Problemlagen:** **Einzugsgebiet:**
Ziel:
Inhalte:
Durchführungsort:
zeitlicher Rahmen (z. B. Projektwoche; einjähriger Kurs 2 Stunden wöchentlich u. a.)**:**
Angebotsart (z. B. Qualifizierung; Beratung u. a.)**:**
Ansprech-/Auskunftsperson:
Angebotsform: Mehrfachnennungen möglich! ☐ individuell ☐ Gruppe ☐ Klassenverband ☐ sonstiges: _____ ☐ geschlossen ☐ offen ☐ freiwillig ☐ verpflichtet durch: ___
Findet eine Geschlechterdifferenzierung statt hinsichtlich der Inhalte? ☐ ja ☐ nein **Methode/Didaktik?** ☐ ja ☐ nein
Regelmäßigkeit des Angebotes: ☐ einmalig ☐ unregelmäßig ☐ jährlich ☐ als Projekt befristet
Erfolgt die Finanzierung des Angebotes über Fördermittel? ☐ ja ☐ nein ☐ zum Teil
Angebot findet statt in Kooperation mit:
Aufgaben des Kooperationspartners:

39) Welche Angebote / Hilfen am Übergang Schule – Beruf fehlen Ihrer Einschätzung nach?

Thema / Inhalte	Zielgruppe/n

Zu den Erfahrungen mit Schule als Kooperationspartner

40) Was begünstigt die Zusammenarbeit mit Schule Ihren Erfahrungen nach?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

41) Worin liegen negative Erfahrungen mit Schule begründet?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

42) Wie könnte eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Schule aussehen?

_____
_____
_____
_____
_____
_____

43) Welche Erwartungen haben Sie an Schule als Kooperationspartner? Was sollte von Schule in dem jeweiligen Kontext geleistet werden?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

44) Welche Ressourcen kann Ihre Einrichtung im Rahmen einer Kooperation mit Schule bereitstellen?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

Zur Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

45) Wie machen Sie die Angebote Ihrer Einrichtung bekannt?
(z. B. Internet, Auslegen von Broschüren in Schule und Arbeitsverwaltung, Plakate u. a.)

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

46) Wer sind Ihre Ansprechpartner, wenn es darum geht die Angebote bekannt zu machen?

(a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

47) In welche Netzwerke ist Ihre Einrichtung eingebunden?

Name des Netzwerkes:	Zweck der Vernetzung:

11.1.3 Leitfaden für die Befragung junger allein erziehender Mütter im Landkreis Nordhausen

Leitfaden für die Befragung junger allein erziehender Mütter im Landkreis Nordhausen

1. Einleitung:
   - persönliche Vorstellung
   - Vorstellung des Vorhabens und der Ziele
   - Hinweis auf Anonymität

2. Vorstellung der Interviewpartnerinnen:
   - Vorname
   - Alter
   - Bildungs-/ Ausbildungsstand
   - Anzahl und Alter des Kindes / der Kinder

3. **Wie sieht deine aktuelle Situation aus?**
   - Wohnen
   - Arbeit / Ausbildung
   - Familie
   - FreundInnen
   - Geld / Finanzierung: Erziehungsgeld, Arbeitslosengeld
   - Freizeit für dich persönlich
   - abgesicherte Kinderbetreuung: Kita und Alternativen
   - Geschlechterrolle
   - Mobilität / Flexibilität / Ortsgebundenheit
   - Behinderungen

4. **Bist du mit deiner Lebenssituation zufrieden?**
   - finanzielle Absicherung
   - Überlastungen: Erziehungsfragen, Einsamkeit, Wohnungsprobleme
   - Unterstützung durch Familie und FreundInnen
   - Erfahrungen mit Jobsuche/Ausbildung: Verständnis des Arbeitgebers/Ausbilders im Hinblick auf Ausfallzeiten und beschränkte Arbeitszeiten u. a.

5. **Welche Unterstützung wünschst du dir in deiner aktuellen Situation?**

6. **Woher erhältst du derzeit Unterstützung / Hilfen?**
   - Freundeskreis, Clique
   - Sozialamt, Jugendamt, Arbeitsamt
   - Einrichtungen der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
   - Familie

7. **Welche Erwartungen / Vorstellungen hast du an die Zukunft?**
   - angestrebter Schulabschluss
   - beruflich: Ziele / Wünsche, Interessen / Neigungen
   - Lebensplanung: Sozialhilfe, Ausbildung, 1./2. Arbeitsmarkt
   - Motivation

8. **Welche Hilfsangebote benötigst du für die Umsetzung deiner Zukunftsvorstellungen?**
   - (Zugänglichkeit von) Informationen / Beratung
   - Finanzierung des Lebensunterhaltes
   - Angebote des Arbeitsamtes: Praktikumsplatz, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung
   - Vereinbarkeit von Schule/Beruf und Familie

9. **Danksagung für Mitarbeit und Glückwünsche für Zukunft**

Ort:
Dauer:

11.1.4 Leitfaden für Schlüsselpersonen in der Schule/Schulsozialarbeit (Aussiedlerinnen in Jena)

Leitfaden für ExpertInneninterviews in der Schule/Schulsozialarbeit (Aussiedlerinnen in Jena)

- **Welche Fördermaßnahmen werden angeboten?**
  - Art + Umfang
  - Bewertung des Erfolges (für wen gut, für wen nicht; im zeitlichen Verlauf)

- **Welche Angebote fehlen Ihrer Einschätzung nach?**

- **Wie sehen die schulischen Leistungen aus?**
  - in welchen Fächern sind sie gut/schlecht
  - Zurechtkommen mit „neuen“ Unterrichtsformen
  - nach Geschlecht (z.B. Sport und Umkleiden)
  - nach Eintrittsalter (8./9./10. Klasse besonders schwer?)

- **Findet der Schulbesuch kontinuierlich statt?**
  - Bummelei
  - Zuzug/Wegzug
  - leistungsbegründeten Schulformwechsel
  - Heirat und Kinderkriegen

- **Wie hoch ist der Anteil derjenigen, die keinen Schulabschluss erreichen?**
  Warum nicht?
  - nach Geschlecht
  - frühe Heirat und Kinder: wie wirkt sich das aus?

- **Wie gestaltet sich der Übergang in die Arbeitswelt für die Aussiedlerinnen?**
  - typische Schwierigkeiten
  - typische Ausbildungsgänge
  - missglückte Übergänge / Hilfeangebote

- **Welche Bedeutung haben die Eltern?**
  - gibt es (regelmäßige) Kontakte
  - gibt es Unterstützungsangebote für sie
  - wissen sie über das Schul- und Ausbildungssystem Bescheid
  - wie unterstützen sie ihre Kinder nach Geschlecht
  - was ist ihnen wichtig/Erziehungsmuster nach Geschlecht
  - Generationenkonflikt

- **Wie sieht das Rollenverhalten der AussiedlerInnen aus?**
  - nach Geschlecht
  - nach Alter
  - nach Herkunftsgebiet
  - nach Aufenthaltsdauer
  - wie reagieren einheimische SchülerInnen darauf
  - welches Verhalten der einheimischen SchülerInnen bereitet den Aussiedlerkindern Probleme

- **Ausgangssituation und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen**
  - was haben sie sich erwartet
  - werden ihre Erwartungen erfüllt
  - wie gehen sie mit Enttäuschungen um (nach Geschlecht und Alter)
  - welche Spannungen/Konflikte entstehen daraus
  - welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Rückstufung
  - wie verhält es sich bei der Integration von Gruppen/Einzelnen in der Klasse
  - welche Probleme/Ängste/Sorgen haben die Kinder (nach Geschlecht)

- **Kennen die LehrerInnen die Problemlagen der AussiedlerInnen?**
  - haben sie Verständnis für ihre Situation
  - wie sieht das (Vertrauens-)Verhältnis zueinander aus

- **Welche Auswirkungen hat die finanzielle Situation der AussiedlerInnen auf ihre Kinder?**
  - wo werden sie dadurch beeinträchtigt
  - wie gehen sie damit um

- **Womit verbringen Aussiedlerinnen ihre Freizeit?**
  - welche Angebote nehmen sie wahr
  - welche Sportarten
  - häusliche Pflichten
  - was tun sie, wenn sie keine organisierten Angebote wahrnehmen

- **Welche psycho-soziale Konstitution wird sichtbar?**
  - Selbstwertgefühl
  - Engagement
  - Umgang mit häuslichen Problemen
  - Annahmeverhalten von Hilfe
  - Isolation

- **Dank und Verabschiedung**

11.1.5 Auswertungskriterien für Interviews mit Schlüsselpersonen

I. Auswertung für die offizielle Präsentation

1. Funktion (Unterteilung in Kompetenzbereiche und Arbeitsfelder: VertreterInnen: freier Träger, öffentl. Träger, politische Ebene),
2. Geschlecht
3. Anbindung bzw. bisherige Beteiligung an die/der Jugendhilfeplanung
4. Aktuelle (gegenwärtige) Aufgaben der Jugendhilfe am Standort
5. Zukünftige Entwicklungsschwerpunkte
6. Aufgaben vor denen die Jugendhilfeplanung aktuell und zukünftig steht
7. Im Interview benannte Themen, die jugendpolitisch brisant sind
8. Prioritätensetzung hinsichtlich der Lebenssituation von Mädchen am Standort nach Einschätzung der Befragten
9. Sonstige Informationen zu: Mädchen/jungen Frauen in der Jugendhilfe
   Aussagen zum Anliegen des Modellprojektes
10. Aussagen zur Situation von Mädchen/Frauen allgemein (von Arbeitsmarkt bis Politik ➜als zusätzliche Informationen, Illustrationen)

II. Informelle Auswertung

1. Einschätzung zur Situation der Jugendhilfe (im Sinne unseres Organisationschecks: wo stehen sie, welche Art von Beziehungen/Kommunikation werden gepflegt, welche Ansprüche bestehen, welche Defizite, („wo brennt's“).
2. Erwartungen und Haltungen zum Modellprojekt (persönlicher Bereich, Interessen, Vor- und Nachteile die der Einzelne als Person oder als VertreterIn einer Institution mit dem Modellprojekt verbindet).

11.2 Qualifizierungen

11.2.1 Konzeption zum Workshop

Bildung von Indikatoren und Qualitätsstandards – eine Schlüsselqualifikation für die Qualitätsarbeit

Am 07.01.2000 fand in Erfurt eine Fortbildung im Rahmen des Modellprojektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung statt. Die gemeinsame Arbeit bestand u. a. darin, fachliche Standards zu definieren und zu überlegen, welchen Stellenwert sie in der Jugendhilfeplanung haben.

Zur Erinnerung:
Standards sind festgelegte Ausprägungsgrade für ausgehandelte Anforderungen an die Qualität der sozialen Infrastruktur einer Kommune/eines Kreises bzw. an die Qualität der Sozialen Arbeit in einer Einrichtung.

Wenn man also *Standards* gewinnen will, braucht man zunächst *Kriterien* für die gewünschte Qualität der Arbeit. Kriterien kann man auf verschiedenen Wegen gewinnen:

- Eine (pragmatische) Möglichkeit wäre, diese direkt über den Weg des Aushandelns festzulegen entlang der Frage: „Wann ist unsere Arbeit gut?“ bzw. Was zeichnet eine gute (mädchenbewusste) Jugendhilfeplanung aus?
- Eine zweite wäre, Kriterien aus dem Studium der Fachliteratur über (mädchenbewusste) Jugendhilfeplanung abzuleiten und diese an die Arbeit anzulegen (vgl. etwa die beispielhaften Skalen aus dem sog. WAN.IA-Instrumentarium).
- Eine dritte Möglichkeit ist, die Kriterien aus (ausgehandelten) Zielen für die (mädchenbewusste) Jugendhilfeplanung abzuleiten, die aus den Erwartungen der verschiedenen Betroffenen und Beteiligten gebildet worden sind.

Gegenstand der gemeinsamen Arbeit auf der Fortbildung war die dritte Möglichkeit. Punktuell und mit vorgegebenem Material haben sich die TeilnehmerInnen mit folgender Vorgehensweise auseinandergesetzt:

1. Arbeitsgang:
   a) Erwartungen der verschiedenen Beteiligten sammeln,
   b) daraus Ziele ableiten und
   c) diese zu allgemeinen (Konsens)Zielen für die Mädchenförderung in einer Kommune / einem Landkreis zusammenführen.

2. Arbeitsgang:
   a) aus den Zielen Kriterien bzw. (ergebnisbezogene) Indikatoren der Zielerreichung ableiten,
   b) Handlungsschritte bzw. Maßnahmen zu entwerfen, die auf die operationalisierten Ziele hinführen,
   c) strukturelle Voraussetzungen beschreiben, die unabdingbar für die Umsetzung der Ziele notwendig sind (etwa Ausstattung, Räume, Atmosphäre, Lage, Zugang, Erreichbarkeit, Personalqualifikation, Stellenbeschreibungen/-pläne, Zuständigkeiten, Kooperationsstrukturen, Ressourcen, Fortbildungen usw.).
3. Arbeitsgang:
   Ausprägung der Qualitätskriterien für die verschiedenen Planungsbereiche beschreiben = Minimal- bzw. Maximalstandards: Wofür sollte mindestens (ideal) gesorgt werden? Was sollte immer vorhanden sein?

Es wurde deutlich, dass die Bildung von Kriterien bzw. Indikatoren (die durch die Festlegung der Ausprägung zu Standards werden) eine Schlüsselqualifikation für die Qualitätsarbeit ist. Wer Indikatoren und Standards bilden kann, kann diese immer wieder für verschiedene Planungs- und Auswertungsarbeiten benutzen, u. a.

- als Leitlinien für die (mädchenbewusste) Maßnahmenplanung in einem Sozialraum und/ oder einer Einrichtung, aber auch als Leitlinien für die Gestaltung des Planungsprozesses;
- als Zwischenschritt für die Umsetzung von Zielen in Maßnahmen und weiter, um die geplanten Maßnahmen weiter in Handlungsschritte zu konkretisieren (methodisches Handeln);
- als Standards für die Entwicklung von Beurteilungsskalen für die Selbst- und Fremdbewertung der Arbeit;
- als Bewertungskriterien für die Konstruktion von Untersuchungsinstrumenten in der Selbstevaluation und Fremdevaluation.

Am Ende des 1. Fortbildungstages stand die Erkenntnis, dass die Teilnehmerinnen sich noch nicht sicher fühlen in der Bildung von Standards. Es wurde vereinbart, dass noch eine „Operationalisierungswerkstatt“ durchgeführt werden soll.

Die Grundlage soll sein, dass die Teilnehmerinnen mit eigenem, authentischen Material die Zusammenführung von Erwartungen zu Zielen sowie die Bildung von Kriterien, Indikatoren und Standards üben, um genauer zu sehen, welchen Stellenwert solche Standards für die eigene Arbeit bekommen können.

Entsprechend ergeht nun die Bitte an die TeilnehmerInnen des folgenden Fortbildungstages:

- Bitte lesen Sie sich noch einmal die Arbeitsmaterialien der letzen Fortbildung durch und bilden Sie (mädchenbewusste) Ziele für Ihren Arbeitszusammenhang (Jugendhilfeplanung, Einrichtungen) und leiten Sie daraus Kriterien/Indikatoren und Standards ab.
- Schicken Sie diese Arbeiten per Fax, e-mail oder Post bis spätestens zum 3. März an Frau v. Spiegel (private Adresse). Sie können auch schon vorhandenes Material, etwa Konzeptionen, Entwürfe für eine (mädchenbewusste) Jugendhilfeplanung, Standards der Mädchenfördenung oder was auch immer in unseren Arbeitszusammenhang passt, einsenden. Wichtig wäre, dass die Arbeit an diesem Material für Sie weiterführend ist, dass es also Ihre Arbeit ist, die im Mittelpunkt steht.
- Diese wird das Material sichten und auf dieser Grundlage einen Vorschlag für die gemeinsame Werkstatt-Arbeit zusammenstellen.

11.2.2 Ergebnisse des Workshops „Erarbeitung von Leitlinien zur mädchenbewussten Spielraumplanung in Nürnberg am 11./12.10.1999

Veranstaltungsablauf

Montag, den 11. Oktober 1999

10:00 Uhr	Ankunft und Kaffee
10:15 – 10:30 Uhr	Begrüßung Vorstellung des Programms
10:30 – 12:00 Uhr	Vortrag Grit Hottenträger: Untersuchungsergebnisse zum Nutzungsverhalten von Mädchen
12:00 – 13:00 Uhr	Mittagspause
13:30 – 14:30 Uhr	Gruppenarbeit Warum einen besonderen Blick auf Mädchen werfen? – Warum wollen wir für Mädchen Spielflächen als Erfahrungs- und Handlungsraum optimieren?
14:30 – 14:45	Pause
14:45 – 16:00 Uhr	Vortrag Grit Hottenträger: Spielraumkonzepte für die Gesamtstadt: Was bringt das den Mädchen?

Dienstag, den 12. Oktober 1999

10:00 – 10:45 Uhr	Kartenabfrage Was tun Mädchen, was nutzen sie? Was behindert sie?
10:45 – 11:30 Uhr	Spielplatzbegehung
11:30 – 12:00 Uhr	Ergänzung der Kartenabfrage Was war gut / schlecht / wünschenswert?
12:00 – 13:00 Uhr	Mittagspause
13:00 – 16:00 Uhr	Gruppenarbeit Wie kommen wir zu mädchengerechten Spielplätzen? Wie kommen wir zu einer mädchenbewussten Spielraum Konzeption für die Gesamtstadt?

Grit Hottenträger:
Anforderungen an mädchengerechte Spielräume

Die Vorträge sind nicht wörtlich dokumentiert. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine Auswahl der gezeigten Folien.

Mädchengerechte Freiräume – geschlechtsspezifische Aspekte auf städtebaulicher Planungsebene

- Stadt insgesamt als Spiel- und Lebensraum von Kindern, Mädchen und Jungen, begreifen und diesen Aspekt adäquat und gleichberechtigt zu anderen Planungen berücksichtigen.
- Quantitativ ausreichend Spielraum für alle Kinder (Richtwerte s. DIN 18034). (Ausg. 11. 1971 und 1989).
- Spielräume im direkten Wohnumfeld.
- Räumliche Nähe von öffentlichen Spielorten.
- Sichere Erreichbarkeit:
  - Verkehrssicherheit
  - Sozial kontrollierte Wegeverbindungen.
- Zentrale Lage im Stadtraum (keine Randlagen).
- Sicherheit an Spielorten:
  - Soziale Kontrolle (Lage)
  - Einsehbarkeit
  - Verknüpfung mit Freiraumangeboten für Erwachsene
  - Ggf. „Patenschaften“ für Spielplätze
  - Vermeidung sozialer Randgruppen, wie Obdachlose, Alkoholiker u. a.
- Spezielle Angebote für alle Gruppen, d. h. auch für Mädchen.
- Beteiligung von Mädchen / Jungen an der Planung.
- Förderung der pädagogischen Betreuung.

Angebote für Mädchen älter als 12 Jahre:

- Treffpunkte (sowohl mit Freundin, als auch mit Jungen) öffentliche Orte: sehen und gesehen werden: und „heimliche“,
- Bummelmöglichkeiten
- Spaziergänge
- Pferde / Reitmöglichkeiten
- Spiel- und Sportangebote: Rollschuhplatz / Schlittschuhbahn mit Musik
- Volleyball / Basketball – weniger leistungsorientiert, z. B. auf Rasenflächen im Park, nicht als vorgezeichnete Spielfelder
- Tennisfelder – gewährleisten, dass keine Verdrängungen stattfinden; evtl. in Schulhöfen, ggf. Aneignung üben, oder auch mal nur für Mädchen zulassen.

Angebote für Mädchen jünger als 12 Jahre:

Für Mädchen haben folgende Aspekte und Angebote in der Freiraumplanung besondere Bedeutung: (trifft z. T. für *alle* jüngeren Kinder zu).

- alle Freiräume sollten für Kinder / Mädchen nutzbar gestaltet sein;
- Spielplätze generell werden von Mädchen überproportional genutzt;
- wichtig ist eine räumliche Gliederung (Minderung von Nutzungskonflikten und Verdrängungen;
- Sitzgelegenheiten mit Tischen (niedrige / hohe) für Plaudern und kreative Spiele;
- Sitzgelegenheiten zum Beobachten;
- Informelle Sitzgelegenheiten (Mäuerchen, Treppen, Findlinge ....);
- Malwände;
- Spielgeräte: Präferenzen z. B. Schaukeln, Rutschen, aber auch andere, wie Sand-Wasser-Spiele etc.;
- Vegetation als Erlebnis zum Spielen;
- Angebote für Rollenspiele: Hütten, Nischen, „Bühnen";
- Rollschuh / Rollerskates: Angebote für tänzerische Nutzungen und Geschicklichkeitsspiele;
- Flächen, die im Winter als Eisbahn dienen können;
- Tiere zum Pflegen und Streicheln.

Beeinträchtigungen

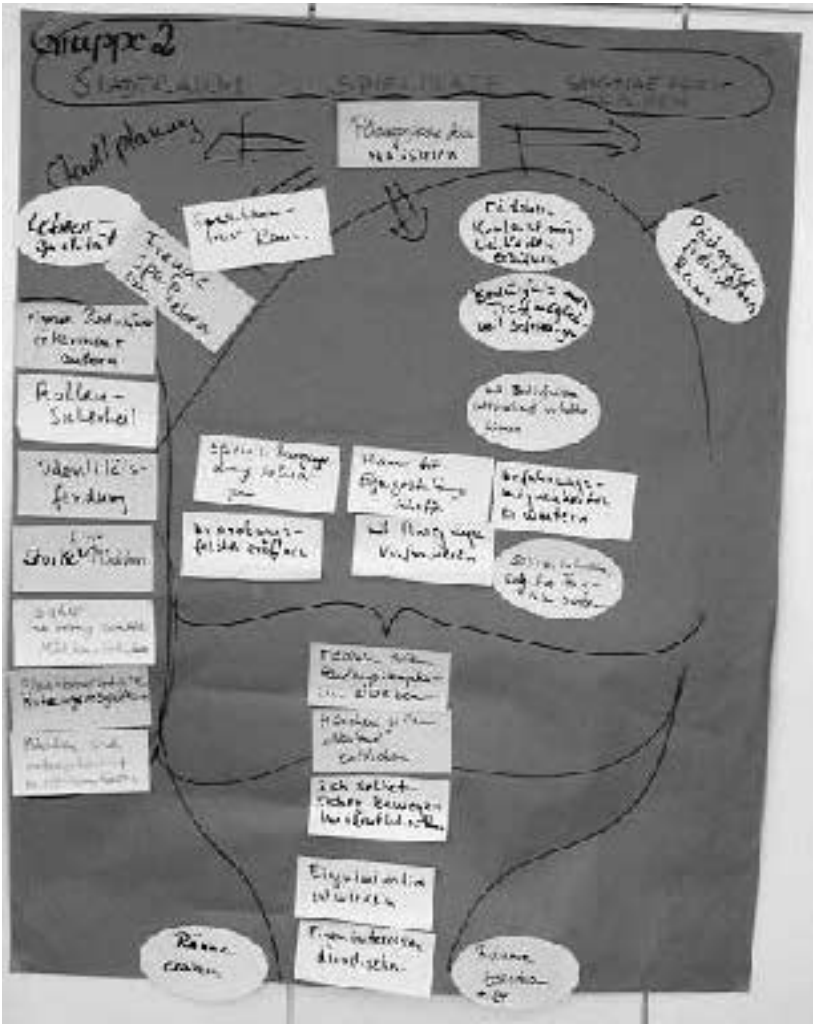
- fehlende soziale Kontrolle und Sicherheit;
- fehlende räumliche Gliederung / Überschaubarkeit (unübersichtliche, dunkle Bereiche werden nicht genutzt);
- Verdrängungen: durch insgesamt Flächendefizite, durch Dominanz von Jungen (wie bei Bolzplätzen / Volleyballfeldern);
- Nutzung durch soziale Randgruppen (wie Alkoholiker, Obdachlose etc.);
- Dreck auf Spielbereich und Umgebung, „abgespielte" Plätze (Pflegezustand!);
- Hunde;
- Falsche räumliche Zuordnungen (z. B. Tischtennis direkt neben dem Bolzplatz).

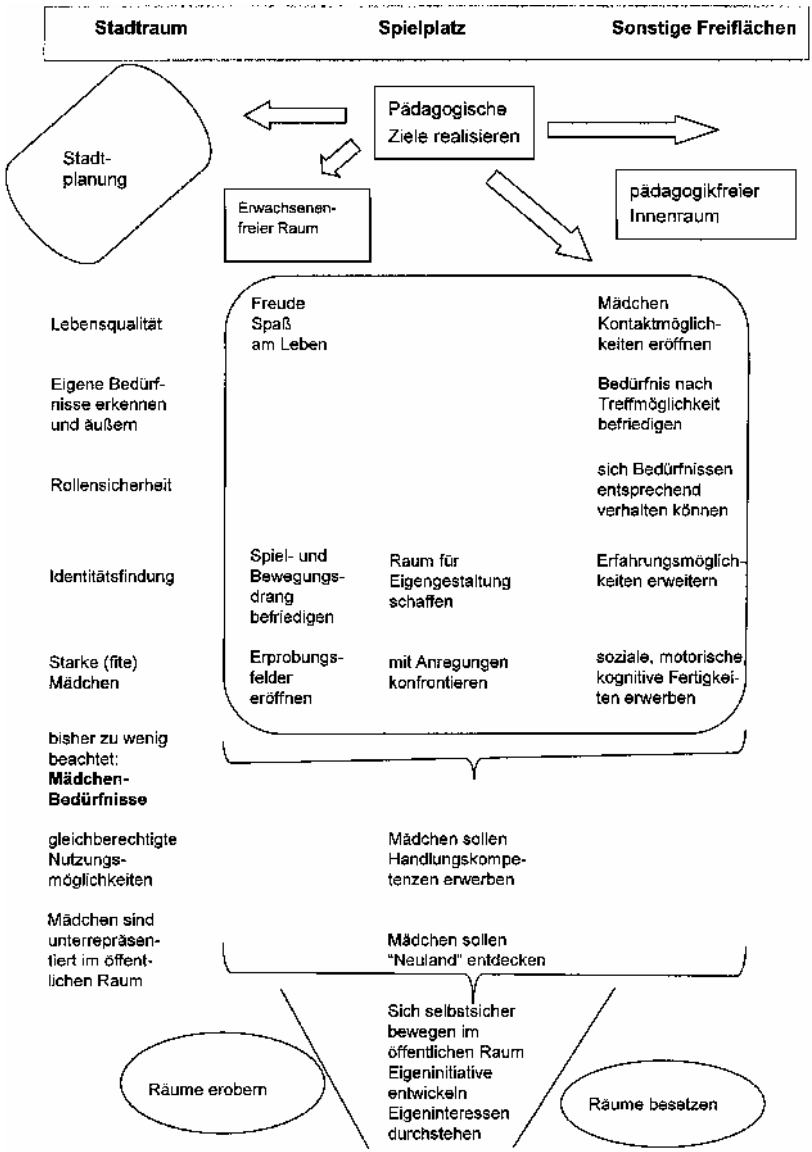
Warum wollen wir für Mädchen Spielflächen als Erfahrungs- und Handlungsraum optimieren?

Arbeitsergebnisse der Gruppe 1

	bereichert das soziale Leben in der Stadt		Identifikation mit dem Stadtteil
zu wenig Mädchen im öffentlichen Raum	damit sie gleichberechtigt sind	mehr Freizeitmöglichkeiten eröffnen	annehmen der Spielangebote
damit sie sich sicher fühlen	mehr Bewegungsmöglichkeiten	kreative Nutzung	sich wohl fühlen
und den Raum mehr nutzen	Selbstsicherheit u. Selbstbewusstsein	Beziehungsaufbau	Abbau von Vorurteilen der Eltern
aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben	Bedürfnis nach Erreichbarkeit befriedigen	Ernstnehmen von Bedürfnissen	präventiven Charakter
Öffentlichen Raum als sozialen Raum ausbauen	Umgebung als veränderbar erleben	Erweiterung der Lebenswelt	Vertrauen zur Umgebung schaffen
	und aktiv mitgestalten		

Arbeitsergebnisse der Gruppe 2




Stadtraum
Spielplatz
Sonstige Freiflächen
Stadt-planung
Pädagogische Ziele realisieren
Erwachsenen-freier Raum
pädagogikfreier Innenraum
Lebensqualität
Freude Spaß am Leben
Mädchen Kontaktmöglich-keiten eröffnen
Eigene Bedürf-nisse erkennen und äußern
Bedürfnis nach Treffmöglichkeit befriedigen
Rollensicherheit
sich Bedürfnissen entsprechend verhalten können
Identitätsfindung
Spiel- und Bewegungs-drang befriedigen
Raum für Eigengestaltung schaffen
Erfahrungsmöglich-keiten erweitern
Starke (fite) Mädchen
Erprobungs-felder eröffnen
mit Anregungen konfrontieren
soziale, motorische, kognitive Fertigkei-ten erwerben
bisher zu wenig beachtet: Mädchen-Bedürfnisse
gleichberechtigte Nutzungs-möglichkeiten
Mädchen sollen Handlungskompe-tenzen erwerben
Mädchen sind unterrepräsen-tiert im öffent-lichen Raum
Mädchen sollen "Neuland" entdecken
Räume erobern
Sich selbstsicher bewegen im öffentlichen Raum Eigeninitiative entwickeln Eigeninteressen durchstehen
Räume besetzen

Stärken-Schwächen-Analyse

Was behindert Mädchen?

- dunkle Ecken
- Jungs
- Verkehr
- „besetzte Plätze“
- Erwachsene und Verbote
- Verbindung innen – außen
- eigene Sozialisation
- Kulturelle Werte
- fehlende adäquate Angebote

Was fördert und unterstützt sie?

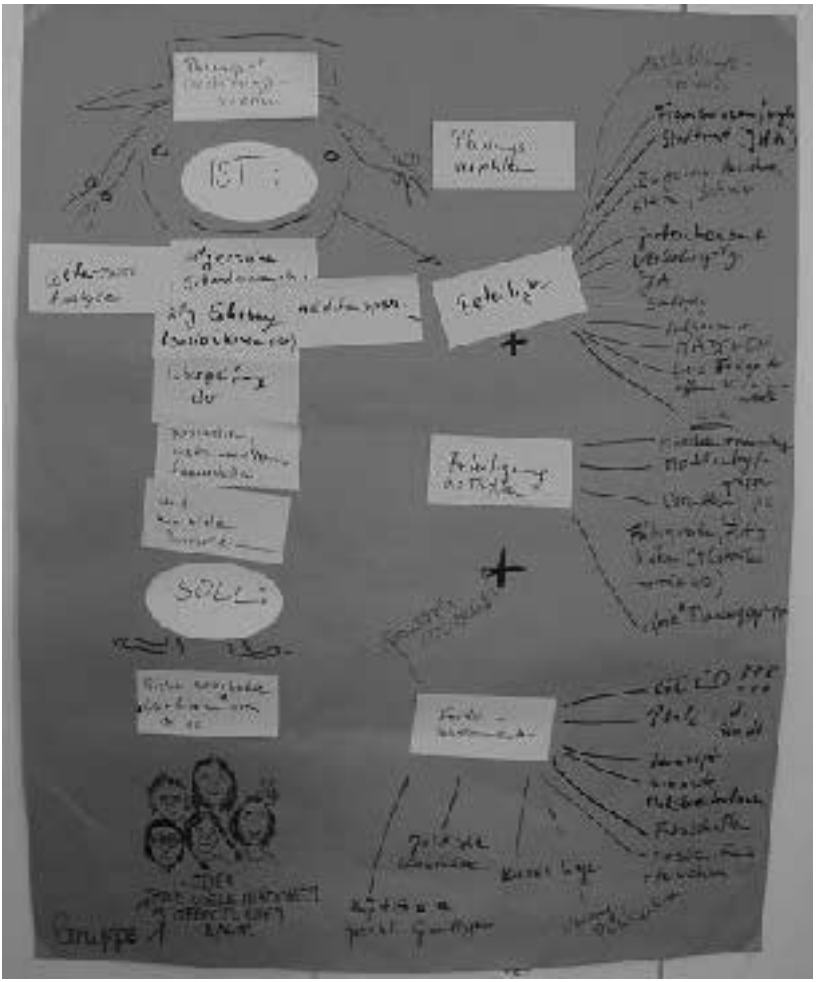
- Richtige funktionierende Zuordnungen
- Vernetzung zu anderen Freiflächen
- Verbindung von innen und außen
- Natur und Landschaft
- Haselnuss, Früchte, Vegetation
- Schönheit
- offene Nischen
- Vielfalt im Angebot
- Raumstruktur
- Sitz- und Kommunikationsmöglichkeiten
- Bewegungsmöglichkeiten (hüpfen, springen, Tanz)
- Spielgeräte + Aktionsobjekte
- Sauberkeit
- geschützte Sportmöglichkeiten
- überdachte Bänke und Tische
- Betreuung
- begleitete Angebote
- Zielgruppenbestimmung
- separate Beteiligung von Mädchen
- thematische Verknüpfung mit Eigenheit der Stadt
- Schaukeln
- Karussell
- Wippen
- Seilbahn
- Seilnetzkonstruktionen
- Bühnen
- Verbindungen / Spielabläufe
- Sicherheit
- Beleuchtung
- Übersichtlichkeit
- sichere Erreichbarkeit
- Pferde

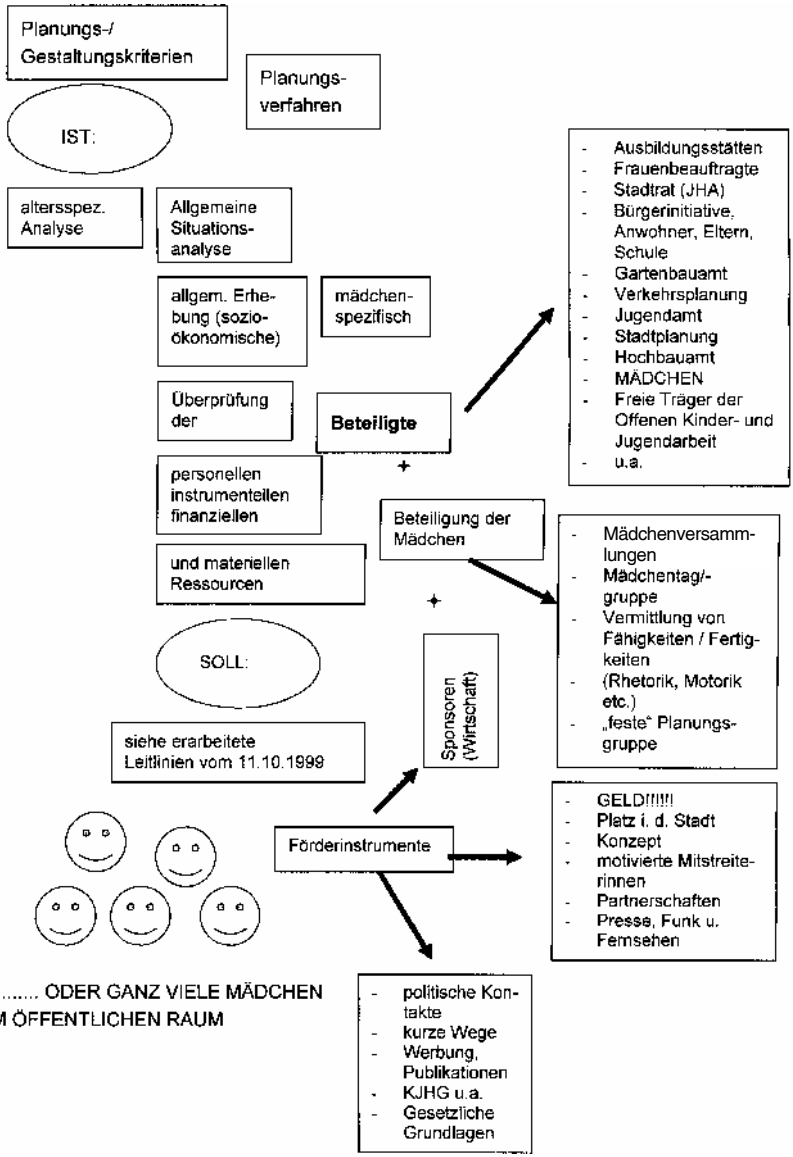
Wie kommen wir zu mädchengerechten Spielräumen und zu einer mädchenbewussten Spielraumkonzeption in Nürnberg

Planungs- / Gestaltungskriterien

Planungsverfahren

Arbeitsergebnisse der Gruppe 1




Planungs-/ Gestaltungskriterien
Planungs-verfahren
IST:
altersspez. Analyse
Allgemeine Situations-analyse
allgem. Erhebung (sozio-ökonomische)
mädchen-spezifisch
Überprüfung der
Beteiligte
personellen instrumenteilen finanziellen
und materiellen Ressourcen
- Ausbildungsstätten
- Frauenbeauftragte
- Stadtrat (JHA)
- Bürgerinitiative, Anwohner, Eltern, Schule
- Gartenbauamt
- Verkehrsplanung
- Jugendamt
- Stadtplanung
- Hochbauamt
- MÄDCHEN
- Freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- u.a.
Beteiligung der Mädchen
- Mädchenversammlungen
- Mädchentag/-gruppe
- Vermittlung von Fähigkeiten / Fertigkeiten
- (Rhetorik, Motorik etc.)
- „feste" Planungsgruppe
SOLL:
siehe erarbeitete Leitlinien vom 11.10.1999
Sponsoren (Wirtschaft)
Förderinstrumente
- GELD!!!!!!
- Platz i. d. Stadt
- Konzept
- motivierte Mitstreiterinnen
- Partnerschaften
- Presse, Funk u. Fernsehen
- politische Kontakte
- kurze Wege
- Werbung, Publikationen
- KJHG u.a.
- Gesetzliche Grundlagen
..... ODER GANZ VIELE MÄDCHEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Erläuterung (Tonbandmitschnitt)

Also, wir haben uns überlegt, bei den Planungs- und Gestaltungskriterien, dass wir da ganz so vorgehen würden, wie wir SozialpädagogInnen häufig vorgehen, nämlich dass wir den IST-Zustand versuchen rauszubekommen, zu benennen und daraus dann den SOLL-Zustand formulieren. Das „WIE“ ist dann wieder so, dass das dann teilweise schon wieder in den anderen Bereich überlappt. Ich weiß nicht, ob das jetzt verständlich genug war. Zur IST-Analyse gehört für uns zunächst erst mal die Allgemeinsituationsanalyse: was finden wir vor, sowohl in der Stadt als auch auf dem konkreten Spielplatz oder auch auf dem Stadtplatz, Fußgängerzone oder so und dann die altersspezifische Analyse: für welche Altersgruppe wird was angeboten? Dazu gehört eine mädchenspezifische Analyse – welche Angebote sind vorhanden, die Mädchen ansprechen und das haben wir dann noch in Verbindung gebracht mit den Beteiligten. Das gehört alles dazu. Zur IST-Zustanderhebung gehört eine ganz allgemeine Erhebung: was finde ich in dem Stadtteil vor, was für eine Wohnbebauung es gibt, was für Familiensituationen es gibt, wie ist die ökonomische Situation, wie ist die verkehrstechnische Situation, wie ist die Infrastruktur, was ist an Einkaufsläden, an Sozialeinrichtungen usw. vorhanden. Und zur Überprüfung des IST-Zustandes gehört, dass man guckt, was ist an personellen, instrumentellen, finanziellen und materiellen Ressourcen vorhanden. Beim SOLL-Zustand, da haben wir uns das sehr einfach gemacht. Da haben wir gedacht, da haben wir eigentlich schon einmal gearbeitet, gestern relativ ausführlich und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Punkte, die wir gestern ausgeführt haben, dass wir die nicht noch einmal explizit aufschreiben und darauf verweisen.

Dann mit dem Planungsverfahren, haben wir geguckt, wer sind die Beteiligten. Da haben wir einfach eine Auflistung, die lesen wir dann einfach runter: **Ausbildungsstätten**, darunter verstehen wir FH, Schulen, Fachakademien, eigentlich müssten wir frauenspezifische, mädchenspezifische Belange verstärkt einbeziehen. Dann die Frauenbeauftragte, der Stadtrat, der Jugendhilfeausschuss, Bürgerinitiativen, Anwohner, Eltern, Schulen, Gartenbauamt, Verkehrsplanung, Jugendamt, Stadtplanung, Hochbauamt, die Mädchen nicht zu vergessen, Freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit u. a.. Dann Beteiligung der Mädchen, das haben wir dann abgesplittet, im Grunde müssten wir uns ja dann überlegen, wie kann man diese einzelnen Beteiligten an der Sache beteiligen. Da haben wir gesagt, das tun wir nicht, da sehen wir nicht unsere Aufgabe drin, sondern wir gucken, wie kann man die Mädchen beteiligen und haben da einige Beispiele aufgeführt, z. B. Mädchenversammlungen gibt es, bei uns gibt es den Mädchentag, gibt es

auch verschiedene Mädchengruppen. Dann gehen wir zur Beteiligung oder zur Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im rhetorischen und motorischen, in kreativen und sonstigen Bereichen. Dann wäre noch eine Möglichkeit der Beteiligung in einer festen Planungsgruppe für ein konkretes Projekt: hier ist geplant, einen Spielplatz neu zu gestalten. Habt Ihr Interesse mit in die Planungsgruppe zu gehen? Dann sind wir auf die Förderinstrumente eingegangen und haben da geguckt, wen gibt's und als ganz wichtiger Punkt erschien uns das Geld, ansonsten Platz, Raum den wir mit Mädchen besetzen können in welcher Form auch immer, im Haus, in der Öffentlichkeit, im Konzept. Motivierte Mitstreiterinnen, das war ein langer Diskussionspunkt weil wir nicht wussten, ob wir die noch einmal aufgliedern sollten. Da sind im Grunde die Förderinitiativen, die Eltern, die Schulen gemeint aber auch die professionellen Mitarbeiter, das heißt im Grunde müssen Mitarbeiterinnen auch motiviert werden, eine derartige Arbeit zu tun, um selbst fördern zu können. Patenschaften für Bäume, für Gegenstände, die im öffentlichen Raum stehen, Presse, Funk und Fernsehen, Werbung und Publikationen. Dann war ein Förderinstrument „kurze Wege", damit auch plausibel wird, es passiert tatsächlich was, politische Kontakte, das Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie andere gesetzliche Grundlagen.

Arbeitsergebnisse der Gruppe 2

- Sensibilisierung für Mädchenbelange, Wünsche und Bedürfnisse von Mädchen in der
  - Öffentlichkeit
  - Politik
  - bei Querschnittsämtern
- Bedarfsgrundlagen

Fläche	Planungs- und Gestaltungskriterien	Verfahren Beteiligte Instrumente
Öffentlich ausgewiesene Spielfläche und: -plätze -höfe	- Wichtige Funktionen für Mädchen für Gestaltung, Geräte, Angebote (siehe „was fördert Mädchen“) + Wasser	- Kinder- und Jugendliche; geschlechtsgetrennte; E zuerst - Einrichtungen, die mit Kindern / Jugendlichen } arbeiten - vor und bei Planung
Betreute Spielflächen - Aktivspielplätze - Außenanlagen, Kita’s, KJH’s, J-treffs, (Aktionsfläche)	- Wichtige Funktionen für Mädchen für Gestaltung, Geräte, Angebote (siehe „was fördert Mädchen“) - Wasser - Tiere - geschützte Sportangebote/ -möglichkeiten - Gestaltungsfreiraum	- geschlechtsspezifische Beteiligung bei Programm- u. Angebotsgestaltung - Einbeziehung bei Planung, Umplanung, Veränderungen der Kinder / Jugendlichen
öffentliche Flächen - Parks - Plätze	- was braucht’s, damit Mädchen hingehen und sich wohlfühlen: Sicherheit, Sauberkeit, Ästhetik, Überschaubarkeit, nutzbar	- Beteiligung von ExpertInnen, MultiplikatorInnen (Stadtteilarbeitskreise, Einrichtungen, Vereine .....)
Stadtraum - Straßen - Fußgängerzonen - Brachen - U-Bahnhöfe - Kaufhäuser - Rolltreppen	- Raumgewinnung und –besetzung, s. öffentliche Flächen - Treff- und Kommunikationsmöglichkeit (nicht kommerziell) - Beleuchtung	- Beteiligung von ExpertInnen bei Stadt- und Verkehrsplanung
private Spielflächen Abstandsgrün	Gestaltung	Beratung

Erläuterung (Tonbandmitschnitt)

Also, wir sind ein bisschen anders vorgegangen. Aber, wie gesagt, es ergänzt sich recht gut. Im Zentrum steht natürlich grundsätzlich als Ziel letztendlich das Entwickelte auf der Grundlage der Wünsche, Bedürfnisse von Mädchen und zwar in der Öffentlichkeit, in der Politik vor allem auch bei den Querschnittsämtern, die heute nicht vertreten sind. Und wir haben vorausgeschickt, allgemeine Bedarfsgrundlagen, das ist jetzt sozusagen das IST und SOLL da drüben. Das haben wir ausgespart, weil wir damit angefangen haben und versucht haben gleich durch eine Differenzierung auch ein bisschen gleich in die Tiefe zu gehen. Wir haben in der linken Spalte mal geguckt, welche Flächen lassen sich denn überhaupt unterscheiden. Das eine sind also wie gesagt öffentlich ausgewiesene Spielflächen und Spielplätze, gestaltete Schulhöfe usw. Davon abzugrenzen sind die betreuten Spielflächen, da haben wir die Aktivspielplätze, also die heißen jetzt anders, Aktivspielplätze im alten Jargon, heute heißen sie pädagogisch betreute Spielplätze. Aber auch bei betreuten Spielplätzen wollten wir jetzt die Außenanlagen hinzunehmen, von den Kita's, die sind ja praktisch in einer Betreuung oder die von Kinder- und Jugendhäusern und auch die Aktionsflächen bei Jugendtreffs. Dann haben wir zu unterscheiden die öffentlichen Flächen wie jetzt Park, Plätze. Den Stadtraum, worunter halt fällt: Straßen, Fußgängerzonen, Brachen, U-Bahnhöfe, Kaufhäuser, Rolltreppen, also die Liste könnte man natürlich erweitern, und noch die privaten Spielflächen und das Abstandsgrün.

Dann haben wir jetzt für diese unterschiedenen Flächen jeweils Planungs- und Gestaltungskriterien und ein paar Anleitungen zu Verfahren, Beteiligte und Instrumente gesucht, jetzt aber immer unter diesem mädchenspezifischen Blick. Klar bei den öffentlichen ausgewiesenen, da können wir nur verweisen auf das, was wir schon erarbeitet haben zu der Frage, was fördert oder was behindert Mädchen. Die Frage nach den Funktionen für Mädchen bezüglich Gestaltung, Geräteausstattung, Angebote und was wir aber da noch vergessen haben, das nur ergänzend. Jetzt mal hier runter, bei den betreuten Spielflächen gilt das auch. Was hier hinzukommt, dass wir hier wirklich was mit Tieren machen können, was sehr ankam, also nicht nur die Pferde denke ich, und dann auch die geschützten Sportangebote und Sportmöglichkeiten, und was in diesem Bereich ganz wichtig ist, dass ganz viel Gestaltungsfreiraum den Mädchen vor allem auch ermöglicht und zugestanden wird. Bei den öffentlichen Flächen haben wir gesagt, die Fragerichtung muss immer sein, was braucht's damit Mädchen hingehen, sich wohlfühlen können. Da ist natürlich vor allem klar Sicherheit, Sauberkeit, Ästhetik, Überschaubarkeit. Wobei es nicht immer nur darum geht, dass da irgend-

welche Bespielbarkeiten sind, sondern auch wo man einfach mal rumflappen kann. Bei Stadtraum geht es einfach darum, Räume zu gewinnen, zu besetzen, hatten wir auch gestern schon, kann man auch wieder verweisen auf die Kriterien die gelten auch hier. Wichtig ist auch, dass man noch mehr nichtkommerzielle Treff- und Kommunikationsmöglichkeiten schafft, also innerhalb von Fußgängerzone z.B. und ganz wichtig ist da das Thema Beleuchtung und bei privaten Spielflächen klar Gestaltung.

Zudem haben wir jetzt dann immer noch geguckt was jetzt da wichtig wäre bei Verfahren, Beteiligte, Instrumente. Hier haben wir festgestellt, dass bei den ersten beiden Flächenarten wirklich Kinder, Jugendliche, Mädchen, Jungs getrennt, geschlechtsspezifisch, möglichst zuerst Mädchen, wirklich beteiligt werden, also direkt unmittelbar, wobei auch im Vorfeld und bei der Planung in dem Bereich der Programm- und Angebotsgestaltung oder wenn es jetzt Kita's anlangt, sie einbezieht, bei der Planung, Umplanung. Also bei den öffentlichen Flächen die Hauptzielgruppe Kinder und Jugendliche haben wir schon gesagt, wirklich mehr zu setzen auf ExpertInnen, MultplikatorInnen aus Stadtteilarbeitskreisen, Einrichtungen, Vereinen, aber auch partiell sicherlich auf Mädchen, Mädchengruppen usw.. Aber jetzt nicht mehr so wie jetzt oben in den beiden ersten, wo wir die direkt und unmittelbar beteiligen wollten. Bei Stadtraum geht es wirklich darum ExpertInnen zu beteiligen bei der Stadt- und Verkehrsplanung und bei den privaten Spielflächen wirklich nur die Beratung bezüglich Mädchenbelange.

Ergänzungen (Tonbandmitschnitt)

Was vielleicht noch ein Punkt wäre: das sind die Wege, Schulwege usw.. Bei der Beteiligung von ExpertInnen im Stadtraum, da kann man auch Kinder gut beteiligen, weil die wissen, wo die Gefahrenpunkte sind und wo sie nicht rüber kommen. Das wissen die sehr genau und da haben die einfach ihre Erfahrungen und das ist was, was man als Erwachsener gar nicht so sieht. Also das könnte ich vielleicht noch hinzufügen, weil gerade dass sie selbständig ihre Wege gehen lernen, das ist ja für die Sozialisation oder für das Selbstbewusstsein ein ganz wichtiger Punkt, den man versucht zu fördern. Das Institut Wohn- und Umwelt hat das in Darmstadt gemacht, sichere Schulwege geschaffen also für den ganzen Ort Schulwege untersucht, geguckt was man da verbessern kann und da wirklich in der Verkehrsplanung zusammenarbeiten, weil oft fehlen da an den richtigen Stellen halt die Ampeln und die Kinder, die gehen nicht ein Stück weiter zur Ampel und dann werden sie mit dem Auto gebracht, weil es zu gefährlich ist und dann lernen sie es nicht.

Abschließende Bewertung

Folgende Bewertungen wurden von den TeilnehmerInnen vorgenommen und werden hier stichwortartig dokumentiert:

- sehr gute Ergebnisse, voll zufrieden;
- viele kleine Anregungen;
- Statistik zu Spielräumen gut, noch viele Defizite, viele Anregungen;
- Text, Pläne, Dias sind gut angekommen;
- fand's interessant;
- gute neue Blickwinkel;
- Anregungen;
- Anregungen für Mädchentag;
- Kontakte zu anderen Ämtern;
- Augen öffnend.

TeilnehmerInnen-Liste

Name	Einrichtung
Chris Adelmann	Kinderhaus Maxfeld, Hausaufgabenbetreuung, Spiel- u. Freizeitangebot für Schulkinder
Marion Cremer-Zwikla	Amt f. Wohnen u. Stadterneuerung
Dorle Gömmel	Jugendamt, Dietzstraße 4 Sachgebiet Kinder, Spiel und Stadt
Susanne Hahn	Kinderhaus Maxfeld, Freizeit- und Spielangebote für Schulkinder
Simone Herold	Jugendamt, Abt. Kinder- u. Jugendarbeit
Petra Javorsky	Praktikantin im Kinderhaus Maxfeld
Bernd Kammerer	Jugendamt, Abt. Kinder- und Jugendarbeit
Manuela Kramer	Studentin ev. FH Nürnberg
Elisabeth Werner-Hager	Jugendamt, Abt. (Regionalleitung) Kindertagesstätten
Siegmund Wohs	Jugendamt / Spielmobile Info, Betreuung u. Verleih v. Spielgeräten
Michaela Wolf	Kinder- und Jugendhaus Wiese 69 Stadt Nbg.- Jugendamt, Abt. Kinder- + Jugendarbeit
Heike Wolff	Jugendamt / Spielflächen + Spielräume
Rudolf Zeevaert	GBA

Moderation:

Monika Bradna	Dipl.-Soz., Mag. rer. publ., ISS-Frankfurt/M.

Referentin:

Dr. Ing. Grit Hottenträger	Landschaftsarchitektin, Professorin an der FH Wiesbaden